

# Stadt Celle



Residenzstadt  
**Celle**

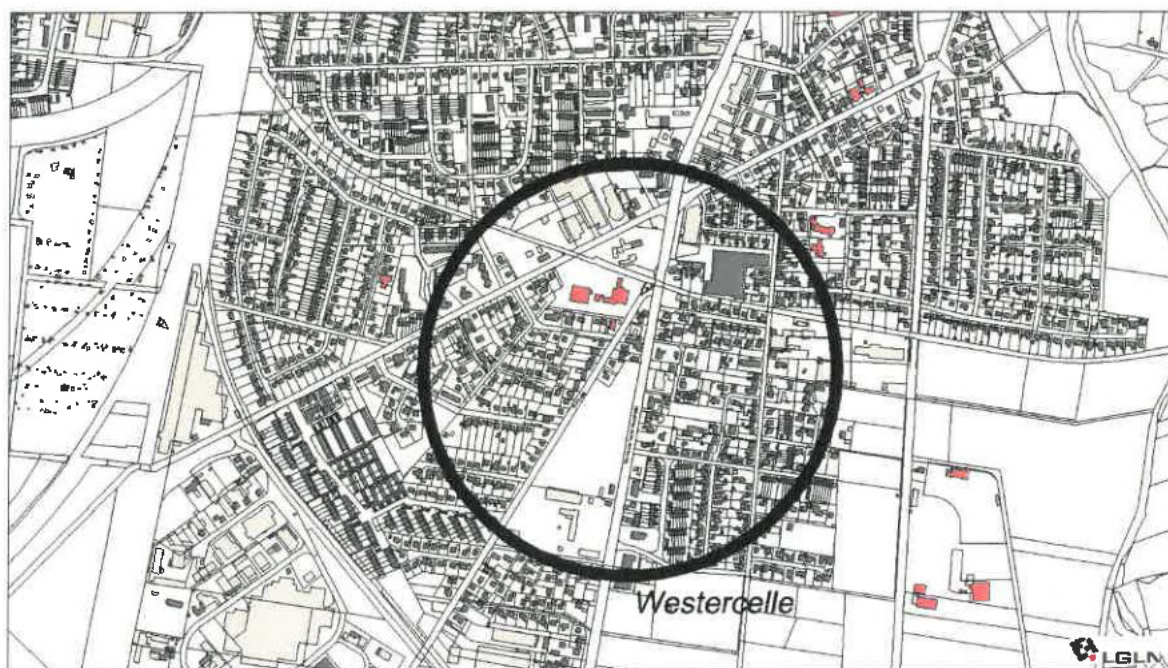
Bebauungsplan Nr. 39 Wce

**"Feuerwehrgerätehaus Westercelle"**

## Begründung

Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB

ZUR **PLANURKUNDE** gehörig  
~~Stadtbauplanung~~ / Stadtplanung



Übersicht, Maßstab 1 : 20.000

Kartengrundlage: DGK

Vervielfältigungserlaubnis  
erteilt durch das Katasteramt Celle

Stadt Celle – Der Oberbürgermeister

Fachdienst 61 –Stadtplanung

Telefon 0 51 41 / 12 - 0 · Fax 0 51 41 / 12 - 6099

Am Französischen Garten 1 · 29221 Celle

Stand: 08.10.2020  
(Satzung)

Planverfasser:

Dr.-Ing. W. Schwerdt Büro für Stadtplanung GbR  
Waisenhausdamm 7  
38100 Braunschweig

Tel.: (0531) 123 34 - 0  
[stadtplanung@dr-schwerdt.de](mailto:stadtplanung@dr-schwerdt.de)

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
1 Einführung .....	5
2 Räumlicher Geltungsbereich .....	5
2.1 Lage, Eingrenzung und Umgebung .....	5
2.2 Zugehörige Flächen und Eigentumsverhältnisse .....	6
3 Planerische Vorgaben .....	6
3.1 Landes- und Regionalplanung .....	6
3.2 Flächennutzungsplan der Stadt Celle .....	7
3.3 Landschaftsplanung .....	7
3.4 Bebauungsplanung .....	7
3.5 Innenbereich nach § 34 BauGB .....	8
3.6 Satzungen nach Ortsrecht .....	8
3.7 Natur- und Landschaftsschutz .....	8
3.8 Sonstige Vorgaben und Nutzungsbeschränkungen .....	8
4 Bestandsbeschreibung .....	10
4.1 Nutzungen .....	10
4.2 Natur und Landschaft .....	10
4.3 Grün- und Erholungsflächen .....	14
4.4 Verkehr .....	14
4.5 Technische Infrastruktur .....	14
4.6 Gemeinbedarf und Nahversorgung .....	15
4.7 Sonstiges .....	15
5 Anlass und Ziele der Planung .....	15
5.1 Veranlassung .....	15
5.2 Ziele und Zwecke .....	15
5.3 Erforderlichkeit .....	16
5.4 Alternativenprüfung .....	16
5.5 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan .....	17
5.6 Vereinbarkeit der Planung mit den strategischen Zielen der Stadt Celle .....	17
6 Planinhalte .....	17
6.1 Städtebauliche Grundkonzeption .....	17
6.2 Arten und Maße der baulichen Nutzung .....	18
6.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen, Nebenanlagen .....	18
6.4 Verkehr .....	18
6.5 Technische Infrastruktur .....	19
6.6 Gemeinbedarf .....	20
6.7 Grünflächen .....	20
6.8 Immissionsschutz .....	21
6.9 Vermerke und nachrichtliche Übernahmen .....	25
6.10 Hinweise .....	26

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
7. Umweltbelange .....	26
7.1 Bestand .....	27
7.2 Planung .....	29
7.3 Umweltauswirkungen .....	33
7.4 Planungsalternativen .....	36
7.5 Zusammenfassung .....	37
8 Auswirkungen der Planung, Kosten und Finanzierung .....	37
8.1 Auswirkungen .....	37
8.2 Finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Celle .....	37
8.3 Finanzielle Auswirkungen auf Dritte .....	38
8.4 Art der Finanzierung .....	38
9 Realisierung .....	38
9.1 Bodenordnungsmaßnahmen .....	38
9.2 Baumaßnahmen .....	38
10 Verfahren .....	38
11 Rechtsgrundlagen .....	39
 Anhang 1: Städtebauliche Kenndaten .....	 40
Anhang 2: CEF Maßnahme .....	41
 Anlage 1      Biotoptypenkartierung	
Anlage 2      Studie zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (SAP)	
Anlage 3      Forstliche Standortkartierung	
Anlage 4      Studie Waldumwandlung	
Anlage 5      Studie Waldameise	
Anlage 6      Studie breitblättriger Stendelwurz	

## 1 Einführung

Der Plan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Im beschleunigten Verfahren gelten Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Gleichwohl wurden durch ein Fachbüro für den Bebauungsplan eine forstliche Standortkartierung, eine Studie zur Waldumwandlung, eine Biotoptypenkartierung und eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung erarbeitet, da zur Planung Flächen herangezogen werden, die teilweise einen Schutzstatus als Wald haben. Diese führten zu einem Waldausgleich auf einer externen Fläche (Waldumwandlung). Darüber hinaus werden über Erhaltungsfestsetzungen einzelne hochwertige ältere Bäume und Flächen mit Vegetation in den Randbereichen im Plangebiet gesichert. Gleichzeitig wurde über ein Fachgutachten geklärt, ob streng geschützte Arten von der Planung betroffen sind. Zum Thema Schall wurde eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt. Die Gutachten sind in der Begründung wiedergegeben.

Die Stadt Celle kommt mit der Planung ihren hoheitlichen Aufgaben zur Bereitstellung eines ausreichenden Feuerschutzes nach und dient damit dem Allgemeinwohl. Bei der Ortsfeuerwehr geht es um ein bedarfsgerechtes Angebot zum Schutz der Bevölkerung im Stadtteil Westercelle. Ortsfeuerwehren unterstützen die Schwerpunktfeuerwehr Hauptwache und die Stützpunktfeuerwehr Altencelle, damit der Grundschutz im gesamten Stadtgebiet für jeden Ortsteil innerhalb der gesetzlichen Hilfsfristen sichergestellt werden kann.

Im Einzugsbereich der Ortsfeuerwehr Westercelle liegen einige Objekte mit besonderen mit besonderer brandschutztechnischer Gefährdungseinschätzung.

Am Altstandort in Westercelle ist die Unterbringung moderner Feuerwehrgeräte aus Platzgründen nicht möglich, außerdem ist das Gebäude abgängig. Im Zuge der Neuplanung wurden Alternativstandorte für den Neubau geprüft. Diese mussten jedoch aus unterschiedlichen Gründen verworfen werden. Daher erhält die Freiwillige Feuerwehr einen zeitgemäßen Neubau für ein Feuerwehrgerätehaus im Stadtteil Westercelle an einem verkehrstechnisch günstigen Standort an der Hannoverschen Heerstraße.

## 2 Räumlicher Geltungsbereich

### 2.1 Lage, Eingrenzung und Umgebung

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Westercelle und wird im Osten durch die Hannoversche Heerstraße und im Westen durch die Straße Triftweg begrenzt. Das Plangebiet umfasst das Flurstück 110/9. Im Norden, Westen und Osten schließen bebaute Flächen an. Dabei befinden sich entlang der Hannoverschen Heerstraße Dienstleister aus dem medizinischen Sektor (Zahnarzt, Kinder- und Jugendarzt) sowie ein gastronomischer Betrieb und ein Weinhandel. Auf der anderen Straßenseite befindet sich ein Autohandel. Im Westen schließt direkt an den Planungsbereich und westlich des Triftweges überwiegend eingeschossige Wohnbebauung an.

Das Plangebiet, in dem eine ehemalige Voltigieranlage liegt, bildet die nördliche Spitze einer größeren zusammenhängenden Grünfläche mit größeren Gehölzen und eine Grünfläche mit relativ kurzem Intensivgrünland. Im Süden grenzt eine größere Reitbahn unmittelbar an das Plangebiet. Diese gehört als Ausrittfläche zu dem im Süden liegenden Reit- und Fahrverein Westercelle-Altencelle. Die Entfernung zum Zentrum (zur Stadtkirche) beträgt rd. 3,3 km. Die Gebietsgröße liegt bei rd. 6.000 m<sup>2</sup> bzw. 0,6 ha.

Das Plangebiet selbst liegt rd. 1,00 m tiefer als die zur Erschließung herangezogene Hannoversche Heerstraße und muss daher teilweise flächig aufgeschüttet werden.

## **2.2 Zugehörige Flächen und Eigentumsverhältnisse**

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 39 Wce umfasst die ehemalige nördliche Teilfläche des Flurstücks 110/8 der Flur 3 der Gemarkung Westercelle, aus der mittlerweile das Flurstück 110/9 für das Feuerwehrgerätehaus herausparzelliert wurde, und die östlich angrenzende Straßenverkehrsfläche der Hannoverschen Heerstraße. Die Fläche des Plangebiets ist bereits mit einer Reitanlage und einem Unterstellgebäude für einen Traktor, der ehemals für die Pflege der Reitanlagen verwendet wurde, bebaut.

Die Flächen befinden sich im Eigentum der Stadt Celle. Ein bislang für die Fläche bestehendes Pachtverhältnis wurde inzwischen beendet.

## **3 Planerische Vorgaben**

### **3.1 Landes- und Regionalplanung**

Die Stadt Celle ist im zurzeit gültigen Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Celle (RROP 2005) als Mittelzentrum festgelegt und gehört zum Ordnungsraum Celle. Des Weiteren ist die Stadt Celle in die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg eingebunden; hiermit sollen die Funktionen Arbeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit besonders gestärkt werden.

Mit der Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen 2008 (LROP 2008) ist ein Oberzentrum in der Stadt Celle festgelegt. Insofern gelten die Festlegungen der Landesraumordnung. Das RROP des Landkreises Celle befindet sich gerade in der Neuaufstellung und berücksichtigt diese Änderung.

Das Land hat die Festlegung des Oberzentrums wie folgt begründet: Die Stadt Celle gewinnt aufgrund ihrer Einbindung in die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen und der enger werdenden innerregionalen und internationalen Vernetzung Standort- und Entwicklungspotenziale, die eine oberzentrale Ausrichtung im nördlichen, ländlich strukturierten Teil der Metropolregion ermöglichen. Diese Potenziale sind auch im Sinne einer Brücken- und Arbeitsmarktfunktion zur Verbesserung der Anbindung und Stärkung der Wirtschaftskraft des angrenzenden dünn besiedelten ländlich strukturierten Raumes zu nutzen.

Die Ausstrahlungs- und Bindungskraft der Stadt Celle reicht über die üblichen Funktionsbereiche von Mittelzentren hinaus, dies gilt insbesondere für den gesamten Bereich der Gesundheitsinfrastruktur, das schulische Bildungsangebot und die Arbeitsplatzzentralität. Daher ist die Stärkung der oberzentralen Bedeutung der Stadt Celle gleichzeitig eine wirksame strukturpolitische Maßnahme zur Stabilisierung und Förderung der weiteren sozioökonomischen Entwicklung von Celle. Mit der Aufstufung unterstützt das Land die günstigen raumordnerischen Voraussetzungen für weitere Entwicklungen.

Gemäß gültigem RROP sind die Ordnungsräume in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu stabilisieren und so zu entwickeln, dass sie als wirtschaftliche Leistungszentren ihre überregionale Bedeutung behalten und im nationalen und internationalen Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen eine konkurrenzfähige Position erreichen, ihre überregionale Anziehungskraft zur Bindung von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften sichern und verbessern, Entwicklungsimpulse in die ländlichen Räume abgeben, als gesunde städtische Lebensräume erhalten bleiben und dass negative Verdichtungsfolgen verhindert sowie Umwelt- und Lebensbedingungen verbessert werden (B4 01).

In Ordnungsräumen ist grundsätzlich eine Raum- und Siedlungsstruktur zu entwickeln, die die zentralörtlichen Funktionen erhält und stärkt, [...] die eine sozial- und umweltverträgliche kleinräumige Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung fördert und [...] die Um- und Neuorganisation der vorhandenen Infrastruktur zur Anpassung an die künftige Bevölkerungsentwicklung erleichtert.

Die städtebauliche Entwicklung der Gemeinden soll umwelt-, funktions- und bedarfsgerecht geplant werden und dazu beitragen, die den Gemeinden zugewiesenen übergemeindlichen Aufgaben zu erfüllen (B5 01). In Oberzentren sind zentrale Einrichtungen und Angebote für den gehobenen Bedarf bereitzustellen.

Das Plangebiet und seine Umgebung sind als bauleitplanerisch gesicherter Siedlungsbereich erfasst. Die östlich angrenzende Hannoversche Heerstraße (ehemalige B 3) ist eine Hauptverkehrsstraße innerhalb der Ortslage. Damit steht der vorliegenden Bauleitplanung kein raumordnerischer Belang entgegen.

### **3.2 Flächennutzungsplan der Stadt Celle**

Der wirksame Flächennutzungsplan stellt in der Plangebietsfläche Fläche für Wald dar. Diese Fläche zieht sich entlang des Triftweges bis zur nächsten Querstraße, der Ohlhorststraße. Zur Hannoverschen Heerstraße sind größere Sonderbauflächen mit der Zweckbestimmung Reitsport dargestellt. Diese reichen jedoch nicht bis an das Plangebiet. Dazwischen befinden sich auch Waldflächen.

Im Norden und Osten des Plangebietes sind gemischte Bauflächen ausgewiesen. Die Flächen westlich des Triftweges und die beiden Wohnhäuser mit ihren Grundstücken, die direkt östlich an das Plangebiet angrenzen, sind als Wohnbauflächen erfasst. Die Hannoversche Heerstraße ist noch als regional bedeutsame Straße erfasst, obwohl dieser Teil der B 3 mittlerweile zur Gemeindestraße herunterklassifiziert wurde.

Westlich des Plangebietes verläuft eine Richtfunktrasse.

### **3.3 Landschaftsplanung**

Der Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Celle (Stand: Februar 1991) enthält keine spezielle Aussage zum Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Die Flächen sind als bauleitplanerisch gesicherter Bereich erfasst.

Der als Fachgutachten zu betrachtende Landschaftsplan der Stadt Celle (Gondolf, 1987) beschreibt die bebauten Flächen als Siedlungsflächen und gibt keine weiteren Auskünfte zum Plangebiet. Allerdings gilt für das gesamte Stadtgebiet von Celle, dass Alleeebäume an den Hauptstraßen der Stadt erhalten werden sollen. Da durch die vorliegende Planung entlang der Hannoverschen Heerstraße vier Alleeebäume entfallen werden, ist geplant, diese als Ersatz an anderer Stelle der Allee neu zu pflanzen. Gleichzeitig sollen zwei Gehölzflächen und mehrere größere Laubbäume im Plangebiet erhalten werden.

Eine Betroffenheit der Landschaftsplanung durch die Bebauungsplanung ist nicht gegeben.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird nach § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen.

### **3.4 Bebauungsplanung**

Die Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Celle über die Aufstellung eines Bebauungsplans für den Bereich des ehemaligen Gestütsgeländes im Ortsteil Westercelle mit der Bezeichnung Nr. 23 Wce der Stadt Celle "Ohlhorstberg" erfolgte am 18.06.1975, um unerwünschten Entwicklungen Einhalt gebieten zu können, da seinerzeit die Auflösung der Außenstelle des Landgestüts durch die Anlage des Gestütsgeländes in Adelheidsdorf bevorstand.

Die Stadt Celle hat danach jedoch die ehemalige Grundstücksfläche des Landgestüts erworben und die Planungsabsichten zum Bebauungsplan Nr. 23 Wce seitdem nicht weiterverfolgt.

Daher geht die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 39 Wce einher mit der Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr. 23 Wce vom 18.06.1975.

Angrenzend an das Plangebiet im Norden und Westen befindet sich zwischen der Dasselbrucher Straße und dem Triftweg der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 3 Wce "Auf dem neuen Lande" aus dem Jahr 1964. Der Bebauungsplan setzt reine und allgemeine Wohngebiete sowie Mischgebiete fest. Nördlich angrenzend an das Plangebiet ist ein Mischgebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,4, mit einer zweigeschossigen Bauweise als absolutes Höhenmaß und mit einer Geschossflächenzahl von 0,7 festgelegt. Im Westen, auf der gegenüberliegenden Seite des Triftweges, befindet sich ein reines Wohngebiet mit einer Geschossflächenzahl von 0,4 und eingeschossiger Bauweise mit zulässigem Dachgeschossausbau. Die Grenze der überbaubaren Grundstücksfläche entlang des Triftweges ist pro Grundstück gestaffelt und hält einen Abstand von mindestens 4 m und maximal 12 m zur Straßenbegrenzungslinie.

Bei dem Planbereich handelt es sich um eine innerörtliche Fläche, die im Sinne der Nachverdichtung neu beplant werden soll. Der Planungsgeltungsbereich umfasst eine Fläche von insgesamt ca. 0,36 ha, die komplett als Fläche für Gemeinbedarf ausgewiesen werden soll.

Dabei setzt der Bebauungsplan eine Grundfläche von weniger als 20.000 m<sup>2</sup> fest. Das Vorhaben löst keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne des UVPG aus. Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter ("die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura-2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes") sind nicht gegeben. Es bestehen auch keine Anhaltspunkte dafür, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind.

Insofern wird die Planung als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird nach § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und vom Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen.

### **3.5 Innenbereich nach § 34 BauGB**

Die zwei östlich direkt an das Plangebiet angrenzenden Wohnhäuser, mit historischem Genehmigungszug zum ehemaligen Landgestüt für den Veterinär und den Landstallmeister des Landgestüts, sind nicht über einen Bebauungsplan erfasst und sind damit unbeplanter Innenbereich nach § 34 BauGB.

### **3.6 Satzungen nach Ortsrecht**

Die Beseitigung des Niederschlagswassers obliegt gemäß der "Satzung der Stadt Celle über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung)" dem Grundstückseigentümer und ist durch geeignete technische Anlagen (z. B. Versickerung) auf dem zu entwässernden Grundstück vorzunehmen.

### **3.7 Natur- und Landschaftsschutz**

Empfindlichere Schutzansprüche und/oder -gebiete von nationalem wie europäischem Rang (z. B. FFH-Gebiete) befinden sich nicht in relevanter Nähe.

### **3.8 Sonstige Vorgaben und Nutzungsbeschränkungen**

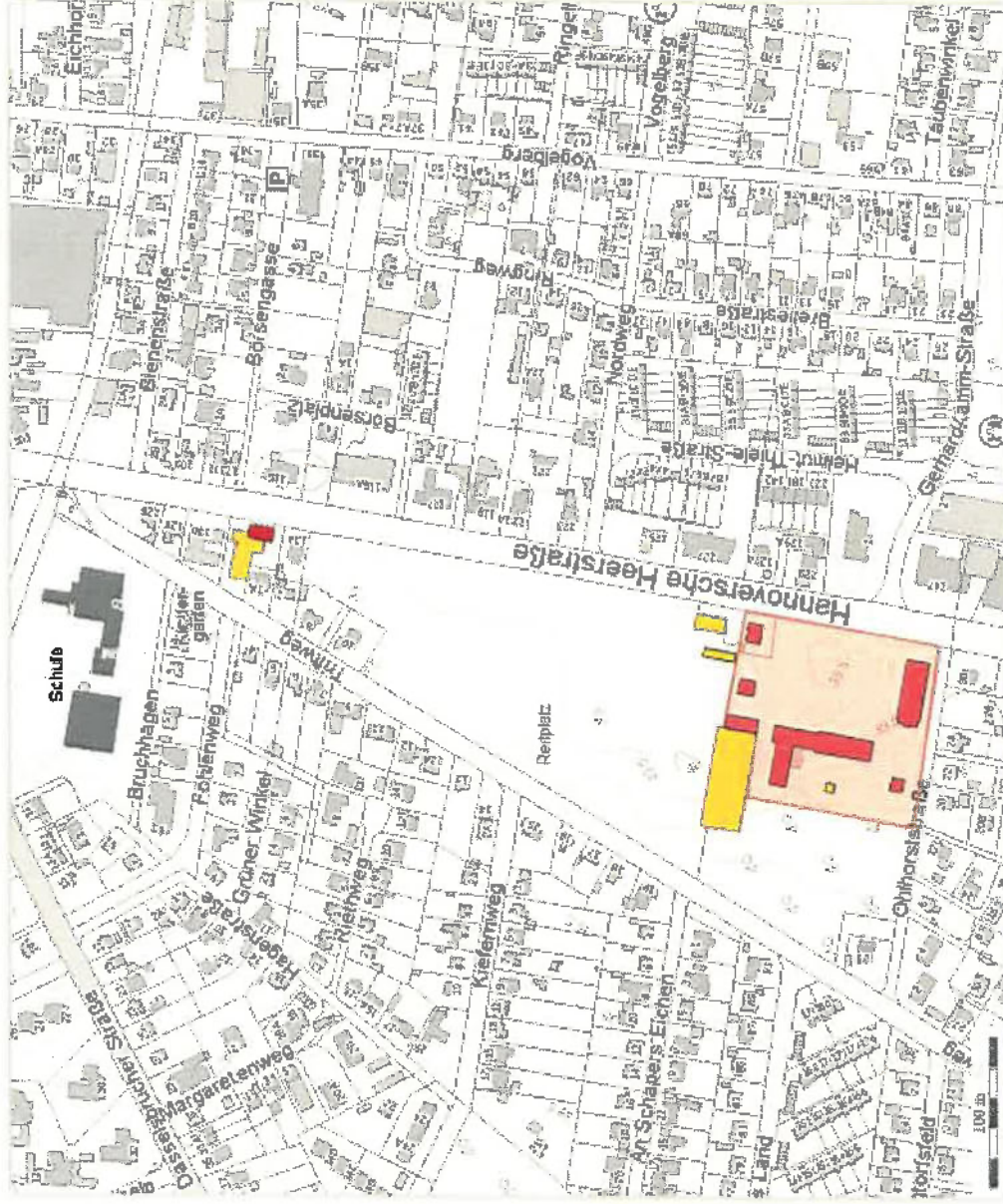
Das Plangrundstück befindet sich im Besitz der Stadt Celle und ist nicht verpachtet.

Kulturdenkmale nach § 3 NDSchG (Verzeichnis gemäß § 4 NDSchG) wie Baudenkmale und Bodendenkmale sind für das Plangebiet nicht bekannt. Im Umfeld bestehen Einzeldenkmale und Gruppendenkmale. Die Untere Denkmalschutzbehörde gibt dazu folgende Auskunft:

Im Oktober 2017 wurde auf Anfrage der UDB der Stadt Celle der Denkmalwert der Liegenschaft "Hannoversche Str. 160, 162" – insb. die Außenanlagen – durch das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege überprüft mit dem Ergebnis, dass der Schutzbereich des Baudenkmals



flächenmäßig konzentriert wurde. Die konstituierenden Bestandteile des Baudenkmals "ehem. Gestüt, Hannoversche Heerstr. 162" sind nunmehr die eigentlichen Gestüts- und Gebäudebe-  
reiche sowie der zentrale Reitplatz an der Hannoverschen Heerstraße. Auf dem Ausschnitt  
aus der Denkmalkarte ist der veränderte Schutzzumfang des Baudenkmals nachzuvollziehen.



#### Ausschnitt aus der Denkmalkarte

unmaßstäblich

rot = Einzeldenkmal  
hellrot = Teil einer Gruppe  
gelb = kein Denkmal

Für die geplante Baumaßnahme im nördlichen Teil des Grundstücks Hannoversche Heerstraße 160 ist somit der Umgebungsschutz benachbarter Baudenkmale maßgeblich.

In der Umgebung der benachbarten Baudenkmale

- Gasthof – Hannoversche Heerstr. 132
- Ehem. Gestüt – Hannoversche Heerstr. 160

dürfen Anlagen nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild der Baudenkmale beeinträchtigt wird. Sie sind zudem so zu gestalten und instand zu halten, dass eine solche Beeinträchtigung nicht eintritt (§ 8 NDSchG).

Unter Berücksichtigung des Erscheinungsbildes der benachbarten Baudenkmale stehen der geplanten Baumaßnahme in denkmalrechtlicher Hinsicht keine grundsätzlichen Einwände entgegen. Diese denkmalrechtliche Grundsatz-Zustimmung ersetzt nicht die denkmalrechtliche Genehmigung der eigentlichen Baumaßnahmen. Eine abschließende Beurteilung und Genehmigung ist daher dem kommenden denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahren vorbehalten.

Altlastenverdachtsflächen sind für das Plangebiet nicht bekannt. Zum Verdacht auf Kampfmittel wurde im Planverfahren der Kampfmittelbeseitigungsdienst beteiligt. Eine Kampfmittelfreiheit konnte nicht bescheinigt werden, daher hat die Stadt parallel zum Bebauungsplan eine Auswertung der Luftbilder beauftragt. Mit Schreiben vom 19.05.2020 teilt der Kampfmittelbeseitigungsdienst Hannover mit, dass ein Kampfmittelverdacht sich nicht bestätigt hat.

Der Planbereich liegt innerhalb der Anflugsektoren des Flughafens Celle–Wietzenbruch. Die Entfernung zum Startbahnbezugspunkt beträgt ca. 3,1 km. Baubeschränkungen greifen daher erst ab Bauhöhen von mehr als ca. 21 m über dem jetzigen Geländeniveau.

Der Flughafenbezugspunkt, der dem Startbahnbezugspunkt (SBP) entspricht, liegt aktuell bei 39,10 m über Normalhöhennull (NHN). Das anstehende Geländeniveau im Bereich der festgesetzten Bauflächen innerhalb des Plangebiets liegt zwischen 39,5 m und 40,5 m über NHN.

Der Einsatz von Baukränen bedarf der gesonderten Bewertung und Prüfung durch das Luftfahrtamt der Bundeswehr. Einschränkungen von Kranhöhen sind möglich.

## 4 Bestandsbeschreibung

### 4.1 Nutzungen

Angrenzend an das Plangebiet im Norden und Westen befindet sich zwischen der Dasselbrucher Straße und dem Triftweg der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 3 Wce "Auf dem neuen Lande" aus dem Jahr 1964. Der Bebauungsplan setzt reine und allgemeine Wohngebiete sowie Mischgebiete fest. Nördlich angrenzend an das Plangebiet ist ein Mischgebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,4, mit einer zweigeschossigen Bauweise als absolutes Höhenmaß und mit einer Geschossflächenzahl von 0,7 festgesetzt. Im Westen, auf der gegenüberliegenden Seite des Triftweges, befindet sich ein reines Wohngebiet mit einer Geschossflächenzahl von 0,4 und eingeschossiger Bauweise mit zulässigem Dachgeschossausbau. Die Grenze der überbaubaren Grundstücksfläche entlang des Triftweges ist pro Grundstück gestaffelt und hält einen Abstand von mindestens 4 m und maximal 12 m zur Straßenbegrenzungslinie. Auf der westlichen Seite des Triftweges verläuft ein Reitweg.

Auf der anderen Straßenseite der Hannoverschen Heerstraße befinden sich ein Autohandel und Wohnbebauung sowie Handwerks- oder Einzelhandelsbetriebe mit größeren versiegelten Freiflächen.

Durch die Neuplanung des Feuerwehrgerätehauses sind keine negativen Auswirkungen auf die Wohn- und Arbeitsbevölkerung zu erwarten. Mit dem Neubau wird ein verbesserter technischer Ausrüstungsstandard verbunden und insgesamt ein verbesserter Brandschutz für den Stadtteil sichergestellt. Damit kommt die Stadt ihrer hoheitlichen Aufgabe nach.

### 4.2 Natur und Landschaft

Der Südbereich von Celle zählt zur Landschaftseinheit der Aller-Talsandebene. Die sich daraus ergebende kleingliedrigere Landschaftseinheit ist das Celler Moor- und Bruchland. Die ursprüngliche natürliche Waldgesellschaft dieser grundfeuchten Talsande ist der feuchte Eichen-Birkenwald.

Das Plangebiet liegt innerhalb der bebauten Ortslage ist aber durch die größeren Grünflächen des Reit- und Fahrvereins Westercelle-Altencelle geprägt. Während innerhalb der Grünfläche eine große Rasenfläche vorherrscht, sind die Randbereiche in rd. einer Bautiefe mit Bäumen verschiedener Altersstrukturen bestanden. Vorherrschend sind Eichen- und Kiefergehölze anzutreffen. Im Norden, Westen und Osten schließt Bebauung an die Flächen an. Das Plangebiet selbst ist rd. zu 2/3 mit Gehölzen bestanden, die als Wald zu klassifizieren sind, sowie durch kurzes artenarmes Grünland.

Die mittlere Geländehöhe liegt bei rd. 39,5 m ü. NHN und fällt nach Osten ab. Auf dem Grundstück ist ein Gefälle von rd. 40,20 – 39,40 von Nord nach Süd zu verzeichnen, im Westen eine Geländehöhe von ca. 39,20 – 39,50 m ü. NHN. Die Hannoversche Heerstraße im Osten des Plangebietes verläuft auf einer Höhenlage von rd. 40,30 m ü. NHN, so dass das Gelände um bis zu 1 m aufgeschüttet werden muss, um einen Anschluss an die Haupteinfahrtsstraße herstellen zu können.

Für das Plangebiet gilt das Klima an der bebauten Ortsrandlage. Als Boden ist hier gem. NIBIS-Kartenserver Podsol anzutreffen mit einem mittleren Grundwasserstand von 10 dm unter Geländeoberkante. Als Bodenart dominieren fein- bis mittelkörnige Sande, die eine geringe bis mittlere Kapazität für pflanzenverfügbares Wasser, eine geringe Nährstoffnachlieferung und ein geringes bis mittleres Bindungsvermögen für Nährstoffe aufweisen. Wegen der vorwiegend sandigen Böden (Podsol) im Planbereich mit geringem Anteil an bindigem Material ist davon auszugehen, dass das Grundwasser gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen nicht geschützt ist.

Da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handelt, wird kein Ausgleich für die vorliegende Planung erforderlich. Eine artenschutzrechtliche Prüfung, ob streng geschützte Arten von der Planung betroffen sind, wurde durchgeführt. Ebenso wurden eine Biotopkartierung sowie ein Fachbeitrag zur Waldkompensation für das Plangebiet erarbeitet.

Die Biotoptypenkartierung ergab, dass auf der Fläche ein Eichen- und Hainbuchenmischwald, mit stark gestörter Bodenvegetation vorherrscht. Des Weiteren wurden Intensivgrünland, halbruderales Gras- und Staudenflur und sonstige Einzelbäume kartiert. Die Waldumwandlung erfordert einen Ausgleich auf einer externen Fläche in der Gemarkung Westercelle. Dieser wird als Geltungsbereich 2 im Bebauungsplan erfasst. Ansonsten sind im Vorfeld der Planung sogenannte CEF-Maßnahmen für acht potentiell betroffene Vogelarten erforderlich. Dazu sollen 16 Kästen (8 Stk. für Höhlenbrüter, 8 Stk. für Nischenbrüter) im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufgehängt werden. Gleichzeitig werden 6 Fledermauskästen für den eventuellen Verlust von Balzplätzen durch die Baumfällungen erforderlich. Diese sollen teilweise, wenn möglich, im Plangeltungsbereich 1 aufgehängt werden und ergänzend auf den südlich angrenzenden Flächen des Reit- und Fahrvereins. Die Flächen befinden sich in städtischem Besitz und sind über eine Eigenverpflichtung zu sichern.

#### 4.2.1 Waldumwandlung

Durch die vorliegende Planung werden Flächen überplant, die nach dem NWaldLG als Wald einzustufen sind. Gem. § 8 des NWaldLG ist hierfür ein Waldumwandlungsverfahren durchzuführen. Dieses ist nur genehmigungsfähig, wenn die hierfür vorgesehenen Kriterien erfüllt sind.

Die zu leistende Ersatzaufforstung muss mindestens den gleichen Flächenumfang der Waldinanspruchnahme aufweisen (ca. 0,26 ha) und sollte die gleichen Waldfunktionen erfüllen (Bedeutung für die Umwelt, die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, insbesondere als Lebensraum für wildlebende Tiere und wildwachsende Pflanzen, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrarstruktur und die Infrastruktur (Schutzfunktion)). Das Alter des Waldbestandes hingegen ist nicht Bestandteil der Genehmigungskriterien für Waldumwandlung.

Der Bebauungsplan ersetzt, nach Absprache mit der Unteren Waldbehörde des Landkreises Celle, ein separates Waldumwandlungsverfahren. Die Waldausgleichsflächen werden über die Festsetzung eines zweiten Plangeltungsbereichs im Bebauungsplan gesichert.

Für die betroffenen Flächen und deren Wirkkreis wurde ein Waldgutachten<sup>1)</sup> erstellt, wobei die Flächen erfasst und beurteilt wurden. Im Plangebiet befinden sich auf 2.575 m<sup>2</sup> Grundfläche Wald mit einem Hauptbestand an Stieleichen, Bergahorn und Kiefern, der dauerhaft entfällt. Die Wertigkeit der Fläche wurde nach dem Ausführungserlass zum NWaldLG untersucht nach den

<sup>1)</sup> Studie Waldumwandlung als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle, "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, mit Privat-Forststrat M. Hubrig, Melle-Wellingholzhausen. 26.08.2019.

vorgegebenen Teilaspekten Nutzfunktion, Schutzfunktion und Erholungsfunktion untersucht. Zusammengefasst hat sich daraus für die Waldausgleichsfläche ein Kompensationsäquivalent (Wertigkeit) von 4.378 m<sup>2</sup> ergeben.

Die Stadt Celle hat die Flurstücke 193/4, 1/2, 189/3, Flur 5, Gemarkung Westercelle, mit einer Gesamtgröße von ca. 2,00 ha bereits ungefähr im Jahr 2014 zum Zwecke zukünftiger walddrechtlicher Kompensationen nach NWaldLG als eine Ökopool-Maßnahme mit dem Waldentwicklungstyp Traubeneiche-Buche-Hainbuche (WET 10) aufgeforstet. Die Fläche liegt etwa 1,0 km südsüdöstlich des Geltungsbereichs 1. Von der Gesamtfläche stehen derzeit noch 6.047 m<sup>2</sup> einer Zuordnung als Ersatzaufforstung zur Verfügung. Das Kompensationsäquivalent (Wertigkeit) der Ersatzaufforstungsfläche beträgt 4.893 m<sup>2</sup>, bei einem Ansatz einer gleichgroßen Grundfläche wie durch die Waldumwandlung beansprucht wird.

Nach dem NWaldLG ist eine Waldumwandlung genehmigungsfähig, die mindestens den gleichen Flächenumfang als Ersatzaufforstung umfasst, bei gleich- oder höherwertigem Kompensationsäquivalent (Wertigkeit). Da die Flächen der Ersatzaufforstung ein höherwertiges Kompensationsäquivalent als die der Waldumwandlung hat, würde walddrechtlich eine gleichgroße Ersatzaufforstung von 2.575 m<sup>2</sup> Grundfläche ausreichen. Der Rat der Stadt Celle hat am 28.11.2019 beschlossen, den Klimaschutz mit seinen Planungen zu stärken. Es wird daher mit der vorliegenden Planung die Waldumwandlung von 2.575 Grundfläche durch eine Ersatzaufforstung von 4.378 m<sup>2</sup> Grundfläche kompensiert. Diese 70-prozentige Überkompensation wird als angemessen zur Berücksichtigung des Beschlusses "Klima in Not" erachtet.

Um den Waldausgleich der vorliegenden Planung zu regeln, wird die Fläche der Ökopool-Maßnahme als Geltungsbereich 2 Teil des Bebauungsplans. Mit der textlichen Festsetzung Ziffer 1 des Geltungsbereichs 2 werden 4.378 m<sup>2</sup> zur Kompensation der Waldumwandlung (Geltungsbereich 1) in Anspruch genommen. In der Ökopool-Maßnahme der Stadt auf den Flurstücken 193/4, 1/2, 189/3, Flur 5, Gemarkung Westercelle verbleibt ein Rest von 1.669 m<sup>2</sup> Grundfläche, der weiterhin als Ausgleich für zukünftige Eingriffe in den Naturhaushalt verwendet werden kann.

Ebenso wurde eine artenschutzrechtliche Erfassung der Brutvögel, Fledermäuse und Amphibien<sup>2)</sup> erstellt. Im Zuge der Biotoptypenkartierung konnten jedoch keine beflogenen Bruthöhlen nachgewiesen werden. Um einen etwaigen Verlust von Fortpflanzungsstätten der Höhlen- und Nischenbrüter vollständig auszuschließen, sind vor Umsetzung der Waldumwandlung für die in Höhlen und Nischen brütenden Arten Gartenbaumläufer, Waldbaumläufer, Trauer- und Grauschnäpper, Sumpfmeise, Feldsperling, Kleiber und Star insgesamt 16 handelsübliche Nistkästen (8 Stk. für Höhlenbrüter, 8 Stk. für Nischenbrüter) im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufzuhängen (Schutzmaßnahme, CEF-Maßnahme). Für die Fledermäuse wurden keine Brut- oder Balzhöhlen gesichtet, trotzdem ist das Vorkommen von Fledermäusen vor Ort aber nicht vollständig auszuschließen, da diese im Jahreszyklus zumindest zeitweilig auch ältere Baumbestände oder Einzelbäume als Habitate nutzen. Um einen artenschutzrechtlich relevanten Verlust von sommerlichen Ruhestätten von Fledermäusen vollständig auszuschließen, sind vor Umsetzung der Waldumwandlung für die Bäume besiedelnden Arten insgesamt 6 Fledermauskästen in zwei Gruppen im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufzuhängen (Schutzmaßnahme, CEF-Maßnahme). Darüber hinaus müssen die Brut- und Setzzeiten beachtet werden, so dass ein Verstoß gegen das Tötungs- und Schädigungsverbot nach § 44 Abs. 1 BNatSchG vermieden wird. Insofern sind mit Umsetzung der Planung erforderliche Baumfällungen ausschließlich während der Wintermonate zwischen November und Februar (Schutzmaßnahme) durchzuführen. Somit sind unter Beachtung der Schutzmaßnahmen für die Säugetierarten insgesamt Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen.

<sup>2)</sup> Studie zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (SAP) als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, 11.02.2020.

Des Weiteren wurden Studien zum Schutz der im Geltungsbereich 1 vorkommenden Waldameisen und den breitblättrigen Stendelwurz (spätblühende Orchideenart) erstellt<sup>3)</sup>. Es befinden sich dort mind. acht Ameisenhögel, von denen drei als Hauptnester identifizierbar sind. Die weiteren sind kleinere Nebennester. Bei den anzutreffenden Tieren handelt es sich um die Gattung Waldameise (*Formica*). Auf eine genaue Bestimmung der Art wird verzichtet, da alle wildlebenden Waldameisen besonders geschützte Arten gem. Anlage 1 der Bundesartenschutzverordnung sind und damit dem besonderen Artenschutz nach §§ 44-47 BNatSchG unterliegen.

Gemäß § 44 Abs. 5 Sätze 1 und 5 stellen Handlungen zur Durchführung eines durch einen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffs keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG dar. Dies gilt, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL), europäische Vogelarten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie (EU-VSR) oder Arten, welche in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, von den Eingriffen betroffen sind. Die Arten der Waldameisen sind weder im Anhang IV der FFH-RL gelistet noch in der EU-VSR zu finden. Eine Verordnung gem. § 54 BNatSchG hat der Gesetzgeber noch nicht erlassen. Handlungen zur Durchführung der vorliegenden Planung stellen daher keinen Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG dar. Daher greift auch die Regelung des § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB, wonach *"Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 [BauGB] vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig"* gelten. Ungeachtet der artenschutzrechtlichen Rechtslage folgt die Stadt Celle im Rahmen einer städtischen Selbstverpflichtung der gutachterlichen Empfehlung, vor Rodung des Waldes die Ameisen mit ihren Bauten unter Beteiligung Fachkundiger tiergerecht umzusiedeln.

Im Rahmen der öffentlichen Beteiligung nach § 3 BauGB haben fachkundige Bürger und Umweltverbände u.a. dahingehend geäußert, dass sich im Plangebiet, Geltungsbereich 1, sich der spätblühende Breitblättrige Stendelwurz (*Epipactis helleborine* ssp. *moratoria*) befindet.

Zur Unterart „*moratoria*“ der „Breitblättrigen Stendelwurz“ ist wenig bekannt. Lt. ROTHMALER (2016) ist das exakte Verbreitungsgebiet nicht bekannt, Vorkommen sind bisher vor allem in Süddeutschland nachgewiesen. Weder GARVE (2007) noch GARVE (2004) listen die Subspezies für Niedersachsen. Die Art „Breitblättrige Stendelwurz (*Epipactis helleborine*)“ wird nicht auf der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (GARVE 2004) geführt. Die „Breitblättrige Stendelwurz“ unterliegt der EG-Artenschutzverordnung (EG) Nr. 338/97 und ist somit (wie alle heimischen Orchideen-Arten) grundsätzlich nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders geschützt. § 44 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG verbietet, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören. Der § 44 Abs. 5 Satz 1 erlaubt jedoch Handlungen zur Durchführung eines durch einen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffs, der dann keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG darstellt.

Hier soll im Rahmen der später zu erteilenden Baugenehmigung eine Nebenbestimmung aufgenommen werden, die unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit (z.B. hinsichtlich des Baubeginns) einen Vorhabensträger im Sinne einer nachhaltigen Umweltvorsorge verpflichtet, vor Rodung des Waldes auffindbare Pflanzen der Art unter Beteiligung Fachkundiger sachgerecht umzusiedeln. Ein Verpflanzen der Art um wenige hundert Meter in angrenzende Wälder ist möglich, sofern ein hinreichend großer Wurzelballen ausgestochen wird. Darüber hinaus wird die Stadt Celle Samen abnehmen zur Neuaussaat an geeigneten Standorten.

<sup>3)</sup> Studie "Waldameise" als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, 10.08.2020.

<sup>4)</sup> Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag „*Epipactis helleborine*“ als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ ALNUS GbR, Bad Harzburg, 09.09.2020



### 4.3 Grün- und Erholungsflächen

Das Plangebiet liegt innerhalb der bebauten Ortslage, ist aber durch die größeren Grünflächen des Reit- und Fahrvereins Westercelle-Altencelle geprägt. Diese werden für die Ausübung des Reitsports genutzt. Die Plangebietsfläche selbst ist großteils mit Wald bestanden und wird nicht mehr für den Reitsport genutzt. Im Südwesten befinden sich die Überschwemmungsflächen der Fuhseauen, die sich bis in die historische Altstadt ziehen. Eingebettet in den Grünzug sind auch Sportflächen. Hier sind vorrangig Naherholung und Freizeitsport für die angrenzenden Wohnquartiere möglich.

### 4.4 Verkehr

Die östlich angrenzende Straßenverkehrsfläche der Hannoverschen Heerstraße ist die herabgestufte ehemalige Bundesstraße (B3). Die B3 neu verläuft südlich des Stadtgebietes und bindet die Stadt überregional an die Städte Hannover und Soltau an. Gleichzeitig kreuzt die B3 die B214 (Braunschweig-Nienburg) im Stadtgebiet und schafft damit Anschluss an die Autobahn A7 (Hannover–Hamburg). Die B191 hat südlich von Uelzen Anschluss an die B4.

Durch das Stadtgebiet verläuft das Schienennetz der Deutschen Bundesbahn mit der überregionalen Hauptgleisverbindung Hannover-Hamburg.

Das Plangebiet erhält für die Feuerwehrfahrzeuge vor dem Feuerwehrgerätehaus eine direkte Zufahrt zur ehemaligen B3 (Hannoversche Heerstraße). Auch die Mitglieder der Feuerwehr fahren mit ihren Privatfahrzeugen vorrangig von der Hannoverschen Heerstraße kommend auf das Gelände. Vom Triftweg aus besteht nur eine Zuwegung für Fußgänger und Radfahrer. Im Notfall, z. B. bei einem Verkehrsstau auf der ehemaligen B3, parken die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr am Triftweg und betreten das Grundstück zu Fuß.

Auf der Hannoverschen Heerstraße (ehemalige B3) halten die Buslinien 600 und 700 in rd. 80 m Entfernung. Auf dem Triftweg hält die Buslinie 7.

Entlang der Hannoverschen Heerstraße besteht auf der Ostseite der Straße ein durchgehender Fuß- und Radweg, auf der Westseite endet der Fuß- und Radweg auf Höhe des Plangebietes. Auf der Westseite des Triftwegs verläuft ein Reitweg.

### 4.5 Technische Infrastruktur

In den öffentlichen Straßen, an die das Plangebiet im Westen und Osten anschließt, sind Leitungen verschiedener Versorgungsträger vorhanden. An diese Leitungen der technischen Versorgung kann das Plangebiet angeschlossen werden. Zu den Versorgungsleitungen zählen Trinkwasser, Strom, Gas und Telekommunikation.

Das Grundstück wird an das Schmutzwasserskanalsystem angeschlossen. Das Niederschlagswasser wird gemäß der Abwassersatzung auf dem Grundstück versickert. Die Versickerung bedarf einer wasserrechtlichen Genehmigung durch die untere Wasserbehörde der Stadt Celle.

Die Müllentsorgung wird vom Abfallzweckverband Celle vorgenommen. Die Nutzer der Grundstücke haben ihre Müllbehälter rechtzeitig an den Tagen der Abfuhr (spätestens bis 6.00 Uhr) im Bereich der öffentlichen Straße, wo die Schwerlastfahrzeuge der Müllabfuhr ungehindert an- und abfahren, bereitzustellen und nach erfolgter Entleerung wieder auf ihr Grundstück zurückzuholen. Ggf. sind Standplätze für die Müllbehälter oder -säcke einzurichten.

Im Plangebiet besteht der gemäß DVGW-Arbeitsblatt W 405 in Flächen für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Feuerwehr zu gewährleistende Grundschutz von 96 m<sup>3</sup>/Std. für eine Mindestdauer von 2 Stunden. Die nächste Löschwasserentnahmestelle (Hydrant) befindet sich südlich am Triftweg in rd. 335 m Entfernung, auf Höhe des Reit- und Fahrvereins.

An den bestehenden öffentlichen Verkehrsflächen ist Straßenbeleuchtung vorhanden.

#### **4.6 Gemeinbedarf und Nahversorgung**

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um die Flächen zur Umsiedlung der Ortsfeuerwehr. Diese Fläche wird aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit (Hoheitliche Aufgabe der Stadt) als Fläche für Gemeinbedarf ausgewiesen.

Im Stadtteil Westercelle sind gut erreichbare Flächen und Einrichtungen des weiteren Gemeinbedarfs und der Nahversorgung vorhanden. Die nächste Versorgungseinrichtung für den täglichen Bedarf befindet sich im Norden am Kreuzungsbereich Hannoversche Heerstraße/Westerzeller Straße.

#### **4.7 Sonstiges**

Für die Planung relevant war die Untersuchung der von dem Plangebiet ausgehenden Emissionen. Da es sich bei dem hier geplanten Feuerwehrgerätehaus nicht um die Hauptwache der Feuerwehr, sondern um eine Stadtteilwache handelt, wurden aufgrund der geringen Einsatzfahrten keine Belastungen im Normalbetrieb festgestellt, insbesondere deshalb, weil durch die Betriebe an der Hannoverschen Heerstraße bereits eine hohe Grundbelastung herrscht.

Des Weiteren wurde insbesondere die Nachtzeit untersucht, da es durch den Einsatz des Martinshorns zu einer Störung der Nachtruhe der Anwohner kommen kann. Auch hier wurde auf Erfahrungswerte der Stadtteilfeuerwehr zurückgegriffen und auf die Einschätzung der räumlichen Situation am Planungsgebiet. Bisher erfolgten nächtliche Einsatzfahrten in einer Anzahl von weniger als 5 pro Jahr. Der Einsatz des Martinshorns findet nur im Rahmen eines Notfalleinsatzes statt, was sich einer schalltechnischen Beurteilung entzieht. Da davon ausgegangen wird, dass die Straßen nachts kein hohes Verkehrsaufkommen aufweisen und an dem Standort eine gute Einsehbarkeit des Straßenraums gewährleistet ist, kann man voraussetzen, dass das Martinshorn nur in Situationen zum Einsatz kommt, in denen nachts eine Staulage auf der Hannoverschen Heerstraße (Hauptausfahrt) herrscht. Aufgrund der Seltenheit der Nachteinsätze und der geringen Wahrscheinlichkeit von nächtlichen Staus auf der Hannoverschen Heerstraße ist eine nächtliche Ruhestörung der Anwohner als äußerst gering einzuschätzen.

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass es keine Rechtsprechung gibt, die den Schutzanspruch für Tiere schalltechnisch regelt.

### **5 Anlass und Ziele der Planung**

#### **5.1 Veranlassung**

Mit dem Bebauungsplan Nr. 39 Wce soll eine Fläche für Gemeinbedarf gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB festgesetzt werden und somit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit eines Feuerwehrgerätehauses geschaffen werden. Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Westercelle wird prioritär im Feuerwehrbedarfsplan dargestellt. Die Hauptzufahrt zu dem Feuerwehrgerätehaus mit einer Fahrzeughalle für vier Feuerwehrfahrzeuge soll von der Hannoverschen Heerstraße aus erfolgen.

Parallel dazu soll der Aufstellungsbeschluss des nie zur Rechtskraft gebrachten Bebauungsplans Nr. 29 Wce Ohlhorststraße aufgehoben werden.

#### **5.2 Ziele und Zwecke**

Der Brandschutz zählt zu den städtischen hoheitlichen Aufgaben. Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Westercelle dient der Sicherung des Brandschutzes im Stadtteil Westercelle.

### 5.3 Erforderlichkeit

Das alte Bestandsgebäude liegt im alten Ortskern an der Straße "Am Alten Rathaus" und verfügt mit den Bestandsgebäuden über keine ausreichend großen Einfahrten in das Feuerwehrgerätehaus, um moderne Löschfahrzeuge unterstellen zu können. Außerdem ist die Bausubstanz abgängig und die Unfallverhütungsvorschriften sind nicht mehr vollumfänglich umsetzbar. Der neue Standort verfügt über eine direkte Zufahrt zu einer gut ausgebauten innerörtlichen Hauptstraße (ehemalige B3), so dass die Rettungsfahrzeuge schneller auf das Gelände zu- und abfahren können als durch den historisch gewachsenen Stadtkern.

Ohne Verlagerung des Standortes der Feuerwehr müsste die Feuerwehr am Altstandort weiter betrieben werden. Die Flächen des Plangebietes würden weiterhin mit Gehölzen bestanden sein und als Teilfläche durch Verpachtung als privates Außengelände mit Gehölzbestand genutzt werden.

### 5.4 Alternativenprüfung

Im Stadtteil Westercelle hat die Stadt keine weiteren geeigneten Flächen in eigener Verfügbarkeit, die verkehrstechnisch so gut erschlossen sind, dass sie die Bedingungen für die Umsiedlung des Feuerwehrgerätehauses in annähernder Qualität (zeitliche Erreichbarkeit des Einsatzortes, zeitliche Erreichbarkeit der Feuerwehrwache durch die freiwilligen Einsatzkräfte und zeitnahe Verfügbarkeit der Fläche aufgrund der Abgängigkeit der alten Feuerwehr) erfüllen können.

Es gibt einen aktuellen Feuerwehrbedarfsplan für den Zeitrahmen von 2016 - 2023. Dieser ist auf Grundlage der Daten des Jahres 2015 fortgeschrieben worden für die Jahre 2016 – 2023.

Einvernehmlich mit dem Fachdienst 65 (Hochbau- und Gebäudewirtschaft) sind der Fachdienst 32 (Allgemeine Ordnung) und die Freiwillige Feuerwehr zu der Feststellung gelangt, dass die Feuerwehrgerätehäuser Groß Hehlen, Scheuen, Westercelle, Vorwerk und Altencelle nicht mehr baulich ertüchtigt werden können und mittelfristig durch Neubauten zu ersetzen sind. Dazu wurde in der 2. Jahreshälfte 2016 eine Arbeitsgruppe gebildet, um mit der strategischen Planung und Priorisierung zu beginnen. Das Fazit zur Standortfeuerwehr Westercelle am Altstandort: die Stellplatzgröße, der Platzbedarf, der Standort, die Baulichkeit sind mit den geltenden Unfallverhütungsvorschriften nicht vereinbar. Daher sind Veränderungen im Zeitraum des laufenden Feuerwehrbedarfsplanes erforderlich, die nur durch einen Neubau gelöst werden können.

Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass das Feuerwehrgerätehaus Westercelle am Altstandort derart abgängig ist, dass zeitnah mit den Vorbereitungen des Neubaus begonnen werden muss.

Bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit eines potentiellen neuen Standortes ist der Schutzzielerreichungsgrad von besonderer Bedeutung. Hier spielt vor allem die ausreichende Tageseinsatzbereitschaft von Feuerwehrkräften eine ausschlaggebende Rolle für die Einhaltung der Schutzziele. Einsätze müssen innerhalb der gesetzlichen Hilfsfristen sichergestellt werden.

Die für die Bemessung der Leistungsfähigkeit zu Grunde gelegte Hilfsfrist für Brandeinsätze der Feuerwehr beträgt 10 Minuten. Abzüglich einer Notrufannahme und Alarmierung verbleiben den Einsatzkräften 8 Minuten, um mit privaten Mitteln ohne Sonderrechte zum Feuerwehrhaus zu gelangen und mit den Einsatzfahrzeugen den Einsatzort zu erreichen.

Dem Aufstellungsbeschluss gingen informelle Planungen voraus. In diesem Fall u.a. der Feuerwehrbedarfsplan und eine Überprüfung der Flächen auf die Eignung als neuer Standort der Feuerwehr Westercelle auf dem Jahr 2018. In letzterem wurden sieben potentielle Standorte inkl. des Altstandortes im Stadtgebiet von Westercelle untersucht und gegenübergestellt.

Die Standortdiskussion hat daher auf anderer Ebene stattgefunden. Dabei wurden sechs neue Standorte in Westercelle und der Altstandort untersucht. Davon liegen zwei Flächen im Überschwemmungsgebiet. Hier hätte ein langwieriges Prozedere bezüglich des wasserrechtlichen Verfahrens für das Herauslösen der Flächen aus dem Überschwemmungsgebiet und dem neu zu schaffenden Retentionsraum einer zeitnahen Umsetzung entgegengestanden. Zwei weitere Flächen, darunter auch die Fläche "Teppichraum Dittert", wurden aufgrund des ungünstigen



Grundstückszuschnittes für ein Feuerwehrgerätehaus nicht weiterverfolgt und sind auch nicht mehr verfügbar. Bei einem Standort standen grünordnerische Aspekte entgegen. Die Erweiterung des Altstandortes wurde verworfen, da dann das Stadtarchiv hätte verlagert werden müssen. Dieses hätte einen hohen finanziellen Aufwand und einen erheblichen zeitlichen Aufwand für die Suche und Sicherung eines Neustandortes mit sich gebracht.

Insofern wurde nach Abwägung aller Belange, die u.a. die zeitliche Erreichbarkeit des Einsatzortes, die Erreichbarkeit für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und der zeitnahen Verfügbarkeit der Flächen beinhalten, die Entscheidung für den Standort an der Hannoverschen Heerstraße getroffen.

Diese Entscheidung, an diesem Standort zu bauen, wurde vor Beginn der Bauleitplanung abgewogen und politisch beschlossen.

## **5.5 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan**

Im Flächennutzungsplan sind die Plangebietsflächen als Flächen für Wald dargestellt. Nördlich und östlich, auf der anderen Seite der Hannoverschen Heerstraße, grenzen gemischte Bauflächen an. Im Nordwesten sind die direkt angrenzenden Wohnhäuser als Wohnbauflächen dargestellt, im Westen grenzen größere zusammenhängende Wohnbauflächen an.

In einiger Entfernung im Süden ist eine größere Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Reitsport erfasst. Hier werden die baulichen Anlagen des Reit- und Fahrvereins Westercelle erfasst. De facto grenzen die Flächen, die durch den Reit- und Fahrverein genutzt werden, direkt an die Plangebietsflächen an.

Der Flächennutzungsplan wird gem. § 13a Abs.3 Nr. 2 BauGB im Zuge der Berichtigung, nach in Kraft treten des Bebauungsplans der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren, an dessen Festsetzungen angepasst.

## **5.6 Vereinbarkeit der Planung mit den strategischen Zielen der Stadt Celle**

Die Vereinbarkeit der Planung mit den vom Rat der Stadt Celle in seiner Sitzung am 10.06.2010 beschlossenen strategischen Zielen, bestehend aus Ober- und Fachzielen, muss gegeben sein. Dabei müssen sich die Auswirkungen der Planung zu jedem der Ziele mindestens neutral verhalten. Mit der vorliegenden Planung verfolgt die Stadt die Aufgaben der Infrastrukturpflege als ein Oberziel der strategischen Ziele der Stadt. Mit der Neuplanung kann ein ausreichender Brandschutz für den aktuellen Stand der Wohn- und Arbeitsbevölkerung im Stadtteil Westercelle gedeckt werden, zu einer umfassenden Sicherung der Notfallversorgung im Stadtteil beiträgt.

# **6 Planinhalte**

## **6.1 Städtebauliche Grundkonzeption**

Die Hannoversche Heerstraße ist von Einzelhäusern für Wohnnutzungen ebenso geprägt wie von großflächigen Einzelbaukörpern mit größeren vorgelagerten oder seitlich gelagerten Freiflächen. Neben Einzelhandel sind auch Dienstleister, Handwerksbetriebe und Praxen vertreten. Der Triftweg ist beidseitig von Wohnbebauung unterschiedlicher Größe geprägt.

Das geplante Feuerwehrgerätehaus setzt die Bebauung entlang der Hannoverschen Heerstraße fort, indem das Grundstück einen Versatz zwischen der großflächigeren Mischgebietsbebauung und der auf der dem Triftweg zugewandten, kleinteiligeren Wohnbebauung arrondiert. Damit entsteht ein einheitlicher Abschluss zu den südlich angrenzenden Grünflächen.

## 6.2 Arten und Maße der baulichen Nutzung

Der Brandschutz zählt zu den hoheitlichen städtischen Aufgaben. Aus diesem Grunde setzt der Bebauungsplan für das benötigte Baugrundstück des geplanten Feuerwehrgerätehauses gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB eine Fläche für den Gemeinbedarf fest.

Die Grundflächenzahl (GRZ) für die Hauptanlage wird auf 0,5 begrenzt. Damit fügt sich der Baukörper in die umgebende Bebauung ein. Da für die Aufstellflächen und die Stellplätze in entsprechender Zahl ebenso für die Übungsfläche eine Überschreitung der GRZ von 50 % nicht ausreicht, wurde die GRZ für die Nebenanlagen auf das Höchstmaß gem. § 19 BauNVO von 80 % erhöht. Die erforderliche relativ hohe Bodenausnutzung, die noch unterhalb der gemäß § 17 BauNVO höchstzulässigen Versiegelungsziffer eines Mischgebiets (MI) gemäß § 6 BauNVO liegt, ist den örtlichen Gegebenheiten angepasst. Somit können von der Baufläche mit rd. 0,36 ha rd. 0,18 ha durch das Hauptgebäude in Anspruch genommen werden. Wird das bisher vorliegende Konzept umgesetzt, werden deutlich weniger Flächen (weniger als die Hälfte) beansprucht. Wenn die Versiegelung durch Stellplätze bis 80 % umgesetzt werden sollte, bleiben noch rd. 0,07 ha zu begrünende Flächen über. Diese liegen vornehmlich zu den bebauten Nachbargrundstücken, um eine ausreichende Eingrünung vornehmen zu können.

Zur städtebaulichen Einfügung des geplanten Gerätehauses mit einem beidseitigen Pultdach in den baulichen Kontext der angrenzenden Bebauung wird die Höhenentwicklung des Gebäudes auf ein Maß von 10,0 m ü. NHN über der Höhenlage eines Gullydeckels im Straßenraum der Hannoverschen Heerstraße begrenzt. Eine Geschossigkeit wird nicht festgesetzt, da die Höhe durch die zukünftige Abstellhalle für die Löschfahrzeuge bestimmt wird. Daher wird offen gelassen, ob für die z.B. angrenzenden Schulungsräume ggf. auch eine zweigeschossige Bauweise gewählt wird, ohne dass diese aus dem baulichen Kontext des Umfeldes heraussticht.

## 6.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen, Nebenanlagen

Auf die Festsetzung der Bauweise wird verzichtet. Der Bebauungsplan begrenzt innerhalb des Baugrundstücks die überbaubare Grundstücksfläche über eine Baugrenze gemäß § 23 BauNVO, die zur Straße einen Abstand von 5 m einhält. Auf der Abstandsfläche sollen vorhandene Gehölze auf dem Grundstück erhalten werden. Nach Norden wird aufgrund des schmalen Zuschnittes des Nachbargrundstücks ein Abstand von 8 m gewählt, damit auch hier auf einem 5 m breiten Streifen der Gehölzbestand erhalten werden kann. Auch zu den Grundstücken am Triftweg wird der Mindestabstand von 3 m gewählt. Durch die Art der Nutzung ist nicht mit der Errichtung kleinteiliger Nebenanlagen zu rechnen, sondern nur mit Stellplätzen gem. § 14 BauNVO. Im Süden hält die Baugrenze rd. 15 m Abstand zur Grundstücksgrenze, weil daran die Grünflächen angrenzen, die vom Reit- und Fahrverein genutzt werden. Durch die gewählte Lage der Baugrenze wird eine Arrondierung der Bebauung sichergestellt.

## 6.4 Verkehr

Die straßenverkehrliche Erschließung des Feuerwehrgerätehauses erfolgt über die Hannoversche Heerstraße, die direkt östlich des Planbereichs liegt und durch den gesamten Stadtteil Westercelle bis zur Innenstadt verläuft. Bei der Hannoverschen Heerstraße handelt es sich um die ehemalige, heruntergestufte B 3.

Entsprechend der Eigentumsverhältnisse und Widmung wird der den Planbereich erschließende Teilbereich der Hannoverschen Heerstraße gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt.

Das Grundstück erhält zwei Zufahrten von der Hannoverschen Heerstraße. Dabei wird die Zufahrt für die vier Löschfahrzeuge eine Breite von rd. 20 m haben, die PKW-Zufahrt fällt mit rd. 5 – 6 m deutlich kleiner aus.

Von der Straße "Triftweg" wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festgesetzt. Begünstigte sind hier Fußgänger und Radfahrer sowie Leitungsträger, damit die erforderlichen Versorgungsleitungen auch über diese Trasse das Grundstück erschließen können. Zusätzlich soll die Zufahrt

am Triftweg von den anrückenden Einsatzkräften der Ortsfeuerwehr bei einem Alarm als Notzuwegung zu Fuß oder mit dem Fahrrad genutzt werden können, damit diese z.B. bei einem Stau auf der Hannoverschen Heerstraße schnell vor Ort sind. Die PKWs werden dabei auf dem Triftweg abgestellt. Die Zufahrt der Feuerwehrleute zu den Pkw-Stellplätzen erfolgt nur von der Hannoverschen Heerstraße. Die erforderlichen Stellplätze sind auf dem Grundstück im Süden angeordnet.

Es befindet sich eine Bushaltestelle in rd. 80 m Entfernung im Norden an der Hannoverschen Heerstraße sowie in ungefähr der gleichen Entfernung eine Haltestelle am Triftweg. Ein durchgehender Fuß- und Radweg befindet sich auf der Ostseite der Hannoverschen Heerstraße, auch der Triftweg verfügt über einen einseitigen Fußweg.

Öffentliche Straßen, auf denen die Schwerlastfahrzeuge der Müllabfuhr ungehindert an- und abfahren können, sind nach den Vorgaben der RAST 06 unter Berücksichtigung eines 3-achsigen Müllfahrzeuges (Fahrkurve 3) entsprechend auszubauen.

Für den Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten sowie Feuerwehrfahrzeugen muss die erforderliche Bewegungsfreiheit und Sicherheit gewährleistet sein. Weitere erforderliche Maßnahmen, wie z.B. die Herstellung von Aufstellflächen und/ oder Wendebereichen, sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu ermitteln.

## 6.5 Technische Infrastruktur

Die Ver- und Entsorgung des Feuerwehrgerätehauses ist über die in Straßenräumen gelegenen Verbundnetze für Strom, Gas, Trinkwasser sowie Abwasser und Telekommunikation möglich.

Das Grundstück kann an das Schmutzwasserkanalsystem im öffentlichen Raum angeschlossen werden. Niederschlagswasser wird auf den Grundstücken versickert. Zur Sicherung des nachhaltigen Wasser-/ Naturhaushaltes ist das Niederschlagswasser auf dem Grundstück mittels dem Stand der Technik (Arbeitsblatt DWA A 138) entsprechenden Entwässerungsanlagen vollständig zu versickern. Hier sind Versickerungsmulden vorzusehen, die das anfallende Oberflächenwasser fachgerecht zwischenspeichern, vorreinigen und zur Versickerung bringen. Dieses entspricht der wasserwirtschaftlichen Grundforderung zur nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung mit Rückhaltung und Versickerung auf den Grundstücken.

Unterirdische Versickerungsanlagen (Versickerungsschächte, Rigolen) sind ausschließlich für die Versickerung von Dachflächenwasser zulässig, sofern der Grundwasserflurabstand dieses zulässt. Hier ist eine Bewertung nach dem Arbeitsblatt DWA M 153 erforderlich. In der fortlaufenden Planung wird geprüft, welche Form der Behandlung des Oberflächenwassers zum Tragen kommt. Die Versickerung bedarf einer wasserrechtlichen Genehmigung durch die untere Wasserbehörde der Stadt Celle.

Geplant ist, dass die Aufschüttung des Grundstückes in Richtung Südwesten des Geländes ausläuft. Insofern wäre es sinnvoll, Versickerungsmaßnahmen am niedrigsten Geländepunkt anzuordnen. Dieses entspricht ebenso der geplanten Nutzung auf dem Gelände. Ein Notüberlauf ist in das Leitungssystem in der Hannoverschen Heerstraße geplant.

Für die Versickerungsanlagen (Einleitung von Niederschlagswasser in das Grundwasser) ist ein gesondertes wasserbehördliches Erlaubnisverfahren nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) im Zuge des weiteren Bauverfahrens erforderlich.

Für das Grundstück besteht die allgemeine Abfallentsorgungspflicht mit der Teilnahme an den üblichen regelmäßigen Abfuhrten. Wertstoff-Sammelcontainer für z.B. Altglas sind in der Umgebung vorhanden.

Die Belange des vorbeugenden Brandschutzes sind im Zuge der Genehmigungsplanung einvernehmlich mit dem Brandschutzprüfer des Landkreises und der Freiwilligen Feuerwehr zu regeln. Folgende Grundregularien sind gemäß DVGW-Arbeitsblatt W 405 zu beachten:

1. Die erforderlichen Feuerwehrezufahrten zu allen Grundstücken und Gebäuden gem. § 5 NBauO und § 2 DVNBauO sind sicherzustellen.

2. Die erforderliche Löschwassermenge beträgt gem. der Tabelle des Arbeitsblattes W 405 des DVGW bei der vorgesehenen baulichen Nutzung und einer mittleren Gefahr der Brandausbreitung  $96 \text{ m}^3 / \text{Std.}$  und ist für einen Zeitraum von zwei Stunden zu gewährleisten. Bei der Ermittlung der bereitgestellten Löschwassermenge sind alle Löschwasserentnahmestellen in einem Umkreis von 300 m von jedem Brandobjekt zu erfassen.
3. Die erforderlichen Löschwasserhydranten mit einer Wasserlieferung von mind.  $13 \text{ l/Sek.}$  sind in Abhängigkeit von der baulichen Nutzung entsprechend dem Arbeitsblatt W 331 des DVGW in einem Abstand von höchstens 100-140 m anzuordnen. Das Verhältnis von Überflur- zu Unterflurhydrant sollte 1:3 betragen.
4. Zur Sicherstellung der unabhängigen Löschwasserversorgung sind in einem Abstand von max. 150 m von jedem Brandobjekt Bohrbrunnen gem. DIN 14220 mit einer Wasserlieferung von mind.  $800 \text{ l/Min.}$  zu erstellen. Sollten aus geologischer Sicht Bohrbrunnen nicht erstellt werden können, sind ersatzweise Löschwasserteiche gem. DIN 14210 oder Löschwasserbehälter gem. DIN 14230 zu erstellen.
5. Die Erschließungsplanung der Löschwasserversorgung für das Plangebiet (Anzahl, Art und Lage der Hydranten, Art und Lage der unabhängigen Löschwasserentnahmestellen) ist dem Brandschutzprüfer vor Herstellungsbeginn vorzulegen.

Für die netzunabhängige Löschwasserversorgung befindet sich ein Löschwasserbrunnen auf Höhe des Reit- und Fahrvereins Westercelle am Triftweg.

Das Plangebiet befindet sich in einem für geothermische Nutzungen mittels Erdwärmesonden zulässigen Gebiet. In der Regel ist hier bei Einhaltung der im Leitfaden "Erdwärmenutzung in Niedersachsen" beschriebenen Anforderungen an Bauausführung und Betrieb von Geothermieanlagen (Sonden) die Nutzung von Erdwärme zulässig. Die Standorteigenschaften für Erdwärmekollektoren sind im Plangebiet als geeignet eingestuft, bedürfen jedoch aufgrund der hohen Grundwasserstände mit geringem Flurabstand der wasserrechtlichen Einzelfallprüfung und sind nur eingeschränkt zulässig. Die Geothermienutzung bedarf einer wasserrechtlichen Genehmigung durch die untere Wasserbehörde der Stadt Celle.

Weitere Informationen zu rechtlichen und technischen Grundlagen sind im "Leitfaden Erdwärmenutzung in Niedersachsen" (GeoBerichte 24) und in "Erstellung von Planungsgrundlagen für die Nutzung von Erdwärmekollektoren" (GeoBerichte 5) zu finden.

An den bestehenden öffentlichen Verkehrsflächen ist Straßenbeleuchtung vorhanden. Sollte eine Straßenbeleuchtung im Zufahrtsbereich stehen, wird diese entsprechend umgeplant.

## **6.6 Gemeinbedarf**

Die Fläche ist als Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Feuerwehr geplant. Mit der Umsiedlung des Feuerwehrgerätehauses und dem dazugehörigen Personal sowie den Schulungsräumen kommt die Stadt ihrer hoheitlichen Verpflichtung zum ausreichenden Brandschutz nach.

Versorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf befinden sich im Norden am Kreuzungsbereich der Hannoverschen Heerstraße mit der Westerceller Straße.

## **6.7 Grünflächen**

Im Plangebiet werden zwei Eichen, die nicht im Zufahrtsbereich zu dem Grundstück liegen, als zu erhalten festgesetzt. Es handelt sich hierbei um Eichen: die nördliche mit allgemeiner Bedeutung, die südliche mit sehr hoher Bedeutung für den Naturhaushalt. Damit entspricht die Stadt den Vorgaben des Landschaftsrahmenplans. Für die entfallenden Bäume sollen an anderer Stelle der Hannoverschen Heerstraße aus Gründen der Stadtbildgestaltung Bäume neu gepflanzt werden.

Südlich angrenzend an das Plangebiet befinden sich die Flächen des Reit- und Fahrvereins Westercelle. Soweit es sich um Flächen ohne bauliche Anlagen handelt, sind diese über den Flächennutzungsplan als Waldflächen gesichert.

Entlang der Hannoverschen Heerstraße befinden sich Alleeebäume, die gemäß Landschaftsrahmenplan (s. 3.3) erhalten werden sollen.

## 6.8 Immissionsschutz

Für die Planung wurde ein Schalltechnisches Gutachten durch ein Fachbüro<sup>5)</sup> erstellt. Es sollen die durch eine Nutzung der Feuerwache verursachten Geräuschimmissionen im Bereich der benachbarten schutzwürdigen Bauflächen auf Grundlage typischer Emissionskennwerte der Fachliteratur ermittelt und beurteilt werden. Dabei wird die Beurteilung auf den regelmäßigen Übungsbetrieb bzw. die Regelfallnutzung des Feuerwehrgerätehauses abgestellt. Darüber hinaus werden auch die bei einem Notfalleinsatz (Brandfall) durch den Einsatz des Martinshorns zu erwartenden Geräusche diskutiert.

Das Grundstück der geplanten Feuerwehrwache befindet sich westlich der Hannoverschen Heerstraße, östlich des Triftweges. Der geplante Neubau soll parallel zur Hannoverschen Heerstraße entstehen. Auf der südlichen Freifläche ist der Bau von 28 Pkw-Stellplätzen vorgesehen, die i.V. mit den Übungsdiensten sowie bei Notfalleinsätzen genutzt werden.

Die Zu- und Abfahrt der Pkw sowie der Feuerwehrfahrzeuge soll im regelmäßigen Übungsbetrieb ausschließlich über die Hannoversche Heerstraße erfolgen. Während eines Notfalleinsatzes kann auch die Abfahrt zur Triftstraße genutzt werden.

Unter Beachtung des vorliegenden Entwurfes ist der Bau einer Fahrzeughalle für 4 Fahrzeuge sowie ein angrenzendes Geräte- und Schulungshaus vorgesehen. Die nächstgelegene, von den Geräuschen der Feuerwehrwache am stärksten betroffene Wohnbebauung befindet sich westlich und nördlich direkt angrenzend an das Grundstück am Triftweg sowie östlich der Hannoverschen Heerstraße.

Für die Bebauung östlich der Hannoverschen Heerstraße ist unter Beachtung des Bebauungsplanes Nr. 31 Wce der Schutzanspruch eines Mischgebietes (MI vgl. BauNVO) zugrunde zu legen. Für die Bebauung westlich des Triftweges ist gemäß Bebauungsplan Nr. 3 Wce der Schutzanspruch eines reinen Wohngebietes (WR vgl. BauNVO) zu berücksichtigen. Für die Bebauung westlich bzw. nördlich direkt angrenzend an das Grundstück der Feuerwehr ist nach Rücksprache mit der Stadt Celle der Schutzanspruch eines allgemeinen Wohngebietes (WA vgl. BauNVO) bzw. eines Mischgebietes zu beachten.

Nach den Regelungen der TA Lärm ist für Bauflächen mit dem Schutzanspruch eines allgemeinen Wohngebietes oder höher (WA, WR, ...) an Werktagen für die Zeit von 6:00 bis 7:00 Uhr bzw. 20:00 bis 22:00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen zusätzlich in der Zeit von 13:00 bis 15:00 Uhr ein sogen. "Pegelzuschlag für Tageszeiten mit erhöhter Empfindlichkeit" zu berücksichtigen. Die Pegelzuschläge werden im Rahmen der Ausbreitungsrechnung in Ansatz gebracht. Für Bauflächen mit dem Schutzanspruch eines Mischgebiets oder Dorfgebiets ist dieser "Ruhezeitenzuschlag" nicht zu berücksichtigen.

Im Sinne einer konservativen Betrachtung wird davon ausgegangen, dass in den untersuchten Wohnbebauungen beidseitig der Hannoverschen Heerstraße, die jeweils maßgeblichen Immissionsrichtwerte durch vorhandene bzw. genehmigte "Anlagen" (Autohaus) tags bereits weitgehend ausgeschöpft sein könnten. Aus diesem Grund ist sicherzustellen, dass in den in diesem Sinne ggf. betroffenen Immissionsorten durch die von der Feuerwehr zu erwartende Zusatzbelastung kein relevanter Immissionsbeitrag im Sinne von Abschnitt 3.2.1 der TA Lärm hervorgerufen wird.

<sup>5)</sup> Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce "Feuerwehrgerätehaus Westercelle", Nr. 19016, Bonk - Maire - Hoppmann PartGmbH, Garbsen, 20.02.2019

## - Ausgangsdaten

Nach den vorliegenden Angaben des Ortsbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr Westercelle finden regelmäßige Ausbildungs- bzw. Übungsdienste der Feuerwehr alle zwei Wochen donnerstags von 19:30 bis 21:30 Uhr statt. Des Weiteren übt jeden zweiten Freitag zwischen 17:30 bis 19:30 Uhr die Jugendfeuerwehr.

### Übungsbetrieb Einsatzabteilung

Ein praktischer Dienst ist vor dem Gerätehaus nicht vorgesehen. Praktische Übungsdienste finden an dem Standort der Hauptwache statt. Somit ist nach Rücksprache mit dem Ortsbrandmeister im schalltechnisch ungünstigsten Fall lediglich davon auszugehen, dass im Rahmen des praktischen Übungsdienstes die Mitglieder mit dem Auto an- bzw. abfahren, die Fahrzeuge besetzen und vom Grundstück abfahren bzw. einrücken.

### Jugendfeuerwehr

Wie oben beschrieben, trifft sich die Jugendfeuerwehr 2-mal im Monat. Sofern praktische Dienste stattfinden, werden diese teilweise auf dem Platz vor der Fahrzeughalle durchgeführt. In dem Zusammenhang werden das Binden von Knoten, Ausrollen von Schläuchen und das Kuppeln von Saugschläuchen geübt. Die Jugendfeuerwehr darf keine Einsatzübungen mit Wasser durchführen, so dass Übungen mit laufenden Fahrzeugmotoren auf dem Vorplatz ausgeschlossen werden können. Im Sinne eines konservativen Ansatzes gehen wir davon aus, dass während dieser Übungen Kommandos gerufen werden.

### Parkplätze

Die Berechnung der Emissionspegel des Parkplatzes erfolgt auf der Grundlage der Parkplatzlärmstudie. Dabei können die Geräuschemissionen nach dem sogenannten zusammengefassten Verfahren bzw. dem Sonderfallverfahren (getrenntes Verfahren) ermittelt werden. Das Verfahren kann angewendet werden, wenn sich das Verkehrsaufkommen – wie im vorliegenden Fall- in den Fahrgassen aufgrund der Parkplatzgeometrie oder anderer Vorkenntnisse einigermaßen genau abschätzen lässt.

Da abschließend noch nicht geklärt ist, ob die Parkplatzoberfläche asphaltiert oder gepflastert wird, gehen wir nachfolgend im Sinne einer konservativen Annahme von einer Fahrbahnoberfläche aus Betonsteinpflaster mit Fugen > 3 mm aus.

Nach Rücksprache mit dem Ortsbrandmeister erfolgt die Anfahrt der Aktiven zum Teil mit dem Fahrrad bzw. treffen diese zu Fuß ein. Dennoch ist davon auszugehen, dass die geplanten 28 Stellplätze regelmäßig zu rd. 30-40% während der Übungsdienste belegt sind. Die Nutzungsfrequenz wird somit im Sinne eines konservativen Ansatzes am Tage (6:00 bis 22:00 Uhr) mit bis zu insgesamt 1 Pkw-Bewegung pro Stellplatz abgeschätzt (0,06 Bew./h). Mittels Tagesgang wird den tatsächlichen An- und Abfahrten (zwischen 19:00 und 20:00 Uhr sowie zwischen 21:00 und 22:00 Uhr) Rechnung getragen.

Es ist davon auszugehen, dass die Mitglieder der Jugendfeuerwehr (Alter 10-16 Jahre) ausschließlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad kommen. Dennoch wird im Sinne eines konservativen Ansatzes davon ausgegangen, dass die o.g. Parkplatzfrequenz auch während dieser Übungsdienste zu erwarten ist (Anfahrt Ausbilder, Eltern o.ä.).

Nach Angaben des Ortsbrandmeisters kann nicht ausgeschlossen werden, dass alle Mitglieder der Einsatzabteilung bis 22:00 Uhr das Gelände verlassen haben. Im Sinne eines konservativen Ansatzes werden in der Zeit von 22:00 bis 22:30 Uhr (Nachtzeit, ungünstigste Nachtstunde) 10 Pkw-Abfahrten berücksichtigt.

Bei der Parkplatzzufahrt wird für die Berechnung des Emissionspegels der Pkw-Fahrgasse eine Geschwindigkeit von 30 km/h angesetzt, die Abfahrt zum Triftweg wird ausschließlich im Einsatzfall genutzt. Die Zufahrt zu den Pkw-Stellplätzen erfolgt somit über die Hannoversche Heerstraße. In der ungünstigsten Nachtstunde ergibt sich unter Beachtung der o.a. 10 Pkw-Abfahrten für die Pkw- Fahrstrecke:

$$F_{\text{PkwN}} (10 \text{ Abfahrten}) = L'_{\text{WA-Nacht}} = 59, \text{ dB(A)}$$

Hierbei handelt es sich um eine Notzufahrt für die Einsatzkräfte der Feuerwehr, die nur im Einsatzfall und wenn die Zufahrt über die Hannoversche Heerstraße nicht möglich ist, genutzt werden soll. Des Weiteren ist die geringe Anzahl der Nachteinsätze pro Jahr zu berücksichtigen.

#### - Fahrverkehr Einsatzfahrzeuge

Für die Berechnung der Geräuschemissionen der Löschfahrzeuge wird eine Untersuchung des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie zugrunde gelegt, in der typische Geräuschemissionen von Lkw-Fahrzeugen zusammengestellt sind. In dieser Studie wird für LKW mit einer Motorleistung < 105 kW ein längenbezogenes Fahrgeräusch von 62 dB(A) genannt. Für leistungsstärkere LKW beträgt der längenbezogene Emissionskennwert 63 dB(A).

Für Rangiergeräusche ist unter Beachtung der o.g. Studie ein mittlerer Schall-Leistungspegel anzusetzen, der etwa 3 bis 5 dB(A) über dem Schall-Leistungspegel des eigentlichen Fahrgeräusches der LKW liegt. Nachfolgend wird nicht zwischen großen und kleinen LKW unterschieden, d.h. es wird im Sinne einer konservativen Annahme für die Lkw-Fahrstrecken mit folgendem längenbezogenen Schall-Leistungspegel gerechnet:

$$L_{WA} = 67 \text{ dB(A)}.$$

Im Sinne eines konservativen Ansatzes gehen wir davon aus, dass die vorhandenen 4 Einsatzfahrzeuge während der Übungsdienste die Fahrzeughalle verlassen und auch wieder bis zum Ende des Dienstes eingerückt sind. Im Zusammenhang mit dem Dienst der Jugendfeuerwehr wird ebenfalls im Sinne eines konservativen Ansatzes davon ausgegangen, dass die 4 Einsatzfahrzeuge aus der Halle hinausfahren und zum Ende des Dienstes wieder in die Fahrzeughalle hineinfahren. In diesem Fall ergibt sich ein längenbezogener Schalleistungs-Beurteilungspegel von:

$$L_{WAf} = 67 + 10 \cdot \lg(2/16) = 57,9 \text{ dB(A)}$$

Ein Fahrverkehr der Einsatzfahrzeuge in der Nachtzeit (22:00 bis 6:00 Uhr) z.B. i.V. mit einem regelmäßigen Übungsbetrieb findet nach Angaben der Feuerwehr nicht statt. Dies wird nachfolgend vorausgesetzt.

Für das Martinshorn von Einsatzfahrzeugen ist ein typischer Schalleistungspegel ,

$L_{WA \text{ max.}} \approx 130\text{-}135 \text{ dB(A)}$  anzusetzen.

#### - Beurteilung der Geräuschsituation / Ergebnisse

##### Übungsbetrieb:

##### Einsatzabteilung

Aus den Ergebnissen der Untersuchung des Übungsbetriebes ist ersichtlich, dass die Orientierungswerte tags in allen Aufpunkten um mindestens 20 dB(A) unterschritten werden. Auch in der Nachtzeit ist an dem am stärksten betroffenen Aufpunkt 1a mit einer Unterschreitung des maßgeblichen Orientierungswerts von rd. 5 dB(A) auszugehen.

##### Jugendfeuerwehr

Durch die Nutzung des Betriebsgrundstückes tags durch die Jugendfeuerwehr ist mit einer Immissionsbelastung an dem am stärksten betroffenen Aufpunkt 05 von rd. 48 dB(A) zu rechnen ist. Damit wird der maßgebliche Orientierungswert hier um rd. 12 dB(A) unterschritten.

Durch Pkw- Türen schlagen nachts errechnet sich für den am stärksten betroffenen Wohngebäude nördlich der Zufahrt Triftweg ein Maximalpegel von bis zu:

$$\text{Aufpunkt L max (Pkw-Türen-Schlagen nachts)} \approx 59 \text{ dB(A)}$$

Im Hinblick auf evtl. auftretende Maximalpegel durch mögliche Beschleunigungs- bzw. Bremsvorgänge der Einsatzfahrzeuge im Bereich vor der Fahrzeughalle ist festzustellen, dass die jeweils maßgeblichen Bezugspegel tagsüber (6:00 bis 22:00 Uhr) unter Ansatz der genannten Emissionswerte im Bereich der betrachteten schutzwürdigen Bauflächen deutlich unterschritten werden.

Als Anhaltswerte für die städtebauliche Planung werden im Beiblatt 1 zu DIN 18005 u.a. die folgenden Orientierungswerte genannt:

a) bei reinen Wohngebieten (WR), Wochenendhausgebieten, Ferienhausgebieten

tags 50 dB(A)

nachts 40 bzw. 35 dB(A).

e) bei Dorfgebieten (MD) und Mischgebieten (Mi)

tags 60 dB(A)

nachts 50 bzw. 45 dB(A)

Bei zwei angegebenen Nachtwerten soll der niedrigere für Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Geräusche von vergleichbaren öffentlichen Betrieben gelten; der höhere Nachtwert ist entsprechend für den Einfluss von Verkehrslärm zu berücksichtigen.

Nach den Ergebnissen der schalltechnischen Berechnungen ist festzustellen, dass die für Mischgebiete, allgemeine Wohngebiete bzw. reine Wohngebiete maßgeblichen Orientierungswerte sowohl am Tage (06:00-22:00 Uhr) als auch in der Nachtzeit (Beurteilung der ungünstigsten Nachtstunde gem. TA Lärm) unter Beachtung des zugrunde gelegten Nutzungsumfangs sicher unterschritten werden.

Am Tage errechnet sich an dem am stärksten betroffenen Gebäude nördlich des Plangebietes während des Übungsdienstes der Einsatzabteilung ein Beurteilungspegel von rd. 37 dB(A) bzw. während des Dienstes der Jugendfeuerwehr ein Beurteilungspegel von rd. 48 dB(A). Damit wird der für Mischgebiete maßgebliche Orientierungswert von:

MI-Gebiet OW tags= 60 dB(A)

um rd. 23 dB(A) bzw. 12 dB(A) unterschritten. Somit kann in allen Aufpunkten ein "relevanter Immissionsbeitrag im Sinne von 3.2.1 TA Lärm durch eine Geräuschvorbelastung (Autohaus) sicher ausgeschlossen werden. Damit trägt die Zusatzbelastung durch den Betrieb des Feuerwehrgerätehauses für den Fall, dass die Orientierungswerte ausgeschöpft sind, nicht messbar zum Gesamtpegel bei.

In der Nachtzeit errechnet sich durch die Nutzung der Pkw-Stellplätze im Bereich des am stärksten betroffenen Aufpunktes 1a ein Beurteilungspegel von rd. 35 dB(A). Damit wird der für allgemeine Wohngebiete maßgebliche Orientierungswert von:

WA-Gebiet OW nachts= 40 dB(A)

um rd. 5 dB(A) unterschritten. Nach den uns vorliegenden Informationen (keine Nachtanlieferung) sowie unter Berücksichtigung der Öffnungszeiten des Autohauses ist davon auszugehen, dass in der Nachtzeit keine relevante Vorbelastung zu erwarten ist.

#### **- Einsatzfall**

Die i.V. mit Notfalleinsätzen verursachten Geräuschimmissionen sind nicht mit den für "Anlagen-geräusche" (s. TA Lärm) bzw. vergleichbare Regelwerke üblichen Maßstäben zu bewerten.

Mit dem beschriebenen Schalleistungs-Pegel könnte allein durch den Einsatz des Martinshorns (Brandfall o.ä.) im Bereich der Feuerwehrezufahrt an dem nördlich gelegenen Wohnhauses ein Maximalpegel von über 100 dB(A) auftreten. Die Wohnbebauung am Triftweg wird dabei teilweise durch die Baukörper des Feuerwehrgerätehauses, insbesondere die Fahrzeughalle, abgeschirmt werden. Derartige Einzelereignisse in Verbindung mit Fahrbewegungen von Einsatzfahrzeugen im öffentlichen Verkehrsraum sind bei Nutzung des Martinshorns unabhängig vom Standort einer Feuerwache grundsätzlich an jeder Straße möglich. Jedoch muss berücksichtigt werden, dass sich bei einem Feuerwehrstandort ggf. eine Häufung der durch die angesprochenen Geräuschereignisse zu erwartenden Aufweckgefahr für die hierdurch betroffene Nachbarschaft ergibt.

Die Feuerwehr wird nur alarmiert, wenn eine Notlage vorliegt und höchste Eile geboten ist, z.B. um Menschenleben zu retten, schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden oder die



öffentliche Sicherheit zu wahren. Um wirksam zu sein, muss die Lautstärke dabei den Umgebungslärm übertönen. Schließlich erwartet jeder, dass möglichst schnell Hilfe zur Stelle ist. Der Lärm ist in der Regel auch nur kurzzeitig.

Die Stadt geht daher davon aus, dass diese Belastung vertretbar ist, da die Anlagen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienen und die Feuerwehr hoheitlichen Aufgaben nachkommt.

Der Fachdienst Feuerwehr der Stadt Celle merkt dazu an, dass unter beispielhaftem Heranziehen der Einsatzsituation des Vorjahrs 2018 die Einschätzung wie folgt aussieht:

Von den 47 Einsätzen in dem Jahr sind gerade einmal 4 Einsätze im Zeitraum von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr gewesen. Außerdem muss betrachtet werden, dass das Martinshorn bei der Ausfahrt vom Grundstück nur verwendet wird, wenn es benötigt wird.

Auf dem Grundstücksanschluss an den Triftweg soll eine Wegeverbindung für Angehörige der Feuerwehr angelegt werden, um zu Fuß oder mit dem Fahrrad zum Gerätehaus gelangen zu können. Der Triftweg ist dabei im Nachtzeitraum kaum befahren. Beim Verlassen des Grundstücks sorgt der breite Grünstreifen am Triftweg dafür, dass eine frühzeitige Sichtbeziehung auf den Weg möglich ist. Die Zu- und Abfahrten der Feuerwehrangehörigen mit ihren Privatkraftfahrzeugen werden aber über einen Anschluss an die Hannoversche Heerstraße erfolgen.

Die Einsatzfahrten der Feuerwehrfahrzeuge werden über einen separaten Grundstücksanschluss ebenfalls an die Hannoversche Heerstraße abgewickelt werden. Hier wird der Einsatz des Martinshorns auch nachts im Einzelfall nicht vermeidbar sein, jedoch nur im Fall stärkeren Verkehrsaufkommens notwendig werden. Es wird aber auch hier auf die oben angeführte, sehr geringe nächtliche Einsatzzahl und auf den Umstand verwiesen, dass gerade nachts selten ein relevant hohes Verkehrsaufkommen vorhanden ist. Von den nächtlichen Einsätzen fährt dann noch ein Teil in Richtung Süden ab. Davon wäre das problematisierte nördlich gelegene Wohnhaus weniger betroffen.

Es muss offenbleiben, ob durch den Einbau von Lichtsignalen oder Verkehrszeichen im Alarmfall die Abfahrt der Einsatzfahrzeuge von der Fahrzeughalle auf die Hannoversche Heerstraße erleichtert werden kann, so dass der Einsatz des Martinshorns möglicherweise nicht erforderlich wird. Der Einsatz einer Lichtsignalanlage (Ampel) erscheint ungünstig, da diese auch weitere anrückende Kräfte betrifft und bei Rotschaltung das Einrücken in das Feuerwehrhaus verhindert. Es ist, soweit umsetzbar, geplant, mit der Kombination einer Rundumleuchte und einem Feuerwehrausfahrt-Schild zu arbeiten, welches den Verkehr auf ausrückende Fahrzeuge hinweist. Wir verweisen auch auf den jetzigen Standort, der eine direkt angrenzende Wohnbebauung aufweist. Beschwerden der Anwohner bezüglich der o.a. Thematik liegen hier nicht vor und wurden auch in der Vergangenheit nicht thematisiert. Mit dem Reit- und Fahrverein, dessen Flächen im Süden angrenzen, steht die Stadt Celle im Austausch.

## **6.9 Vermerke und nachrichtliche Übernahmen**

### **Grundwasser**

Das Plangebiet ist dem Grundwasserkörper "Wietze/ Fuhse Lockergestein" zugeordnet. Der Grundwasserleitertyp der oberflächennahen Gesteine ist als Porengrundwasserleiter zu beschreiben.

Gem. Hydrogeologischer Übersichtskarte von Niedersachsen 1 : 500.000 – Durchlässigkeiten der oberflächennahen Gesteine ist das Plangebiet nach grober Zuordnung in die Durchlässigkeitsgruppe "hoch" eingestuft, dies entspricht Durchlässigkeitsbeiwerten von  $>10^{-4}$  m/s (berücksichtigt wird in der Regel nur ein Tiefenbereich von ca. 2 m unter Geländeoberkante).

Die Lage der Grundwasseroberfläche (oberer Grundwasserleiter) liegt gem. Hydrogeologischer Karte von Niedersachsen 1 : 500.000 – Lage der Grundwasseroberfläche bei  $>35,00$  bis  $37,50$  m ü.NHN. Die Grundwasserstands-Daten des städtischen Grundwassermessstellennetzes weisen in den Messungen von 1997 bis 2019 leicht höhere Werte aus (GWM 39 "Westerceller Straße

(Mios)" 35,89 – 37,75 m ü.NHN und GWM 40 "Ohlhorststraße/ Hannoversche Heerstraße" 36,83 – 38,37 m ü.NN).

Das Schutzpotential der Grundwasserüberdeckung ist in die Klasse "gering" eingestuft und zählt somit zu den Gebieten, in denen aufgrund sehr geringer Mächtigkeiten oder des Fehlens potenzieller Barrieregesteine (Ton, Schluff) bzw. geringer Flurabstände die Verweildauer von eingedrungenen Schadstoffen kurz ist und adsorptive Oberflächen kaum oder gar nicht vorhanden sind. Daher können Stoffminderungsprozesse (Abbau, Adsorption) kaum stattfinden (Hydrogeologische Übersichtskarte von Niedersachsen 1 : 200.000 – Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung).

### **Geothermie**

Das Plangebiet befindet sich in einem für geothermische Nutzungen mittels Erdwärmesonden zulässigen Gebiet. In der Regel ist hier bei Einhaltung der im Leitfaden "Erdwärmenutzung in Niedersachsen" beschriebenen Anforderungen an Bauausführung und Betrieb von Geothermieanlagen (Sonden) die Nutzung von Erdwärme zulässig. Die Standorteigenschaften für Erdwärmekollektoren sind im Plangebiet als geeignet eingestuft, bedürfen jedoch aufgrund der hohen Grundwasserstände mit geringem Flurabstand der wasserrechtlichen Einzelfallprüfung und sind nur eingeschränkt zulässig. Es ist eine wasserrechtliche Genehmigung bei der unteren Wasserbehörde der Stadt Celle zu beantragen.

Weitere Informationen zu rechtlichen und technischen Grundlagen sind im "Leitfaden Erdwärmenutzung in Niedersachsen" (GeoBerichte 24) und in "Erstellung von Planungsgrundlagen für die Nutzung von Erdwärmekollektoren" (GeoBerichte 5) zu finden.

### **Niederschlagswasserbeseitigung**

Zur Sicherung des nachhaltigen Wasser-/ Naturhaushaltes ist das Niederschlagswasser auf dem Grundstück mittels dem Stand der Technik (Arbeitsblatt DWA A 138) entsprechenden Entwässerungsanlagen vollständig zu versickern. Hier sind Versickerungsmulden vorzusehen, die das anfallende Oberflächenwasser fachgerecht zwischenspeichern, vorreinigen und zur Versickerung bringen. Dieses entspricht der wasserwirtschaftlichen Grundforderung zur nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung mit Rückhaltung und Versickerung auf den Grundstücken.

Unterirdische Versickerungsanlagen (Versickerungsschächte, Rigolen) sind ausschließlich für die Versickerung von Dachflächenwasser zulässig, sofern der Grundwasserflurabstand dieses zulässt. Hier ist eine Bewertung nach dem Arbeitsblatt DWA M 153 erforderlich.

Für die Versickerungsanlagen (Einleitung von Niederschlagswasser in das Grundwasser) ist ein gesondertes wasserrechtliches Erlaubnisverfahren bei der unteren Wasserbehörde der Stadt Celle nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) im Zuge des weiteren Bauverfahrens erforderlich.

## **6.10 Hinweise**

Mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans wird zeitgleich der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 29 der Stadt Celle "Ohlhorstberg" aufgehoben.

## **7. Umweltbelange**

Im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 nach § 13 Abs. 3 BauGB von der Umweltprüfung abgesehen. Die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz oder dem Landesrecht liegt nicht vor. Ebenfalls sind keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter gegeben.

## 7.1 Bestand

Das Plangebiet ist zurzeit mit Gehölzen bestanden. Für die Beurteilung sind somit Eingriffe gem. § 13a Abs. 3 BauGB als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 bereits vor der planerischen Entscheidung zulässig gewesen oder erfolgt.

Die ursprüngliche natürliche Waldgesellschaft dieser grundfeuchten Talsande ist der feuchte Eichen-Birkenwald.

Das Plangebiet liegt innerhalb der bebauten Ortslage, ist aber durch die größeren Grünflächen des Reit- und Fahrvereins Westercelle-Altencelle geprägt. Während innerhalb der Grünfläche eine große Rasenfläche vorherrscht, sind die Randbereiche in rd. einer Bautiefe mit Bäumen verschiedener Altersstrukturen bestanden. Vorherrschend sind hier Eichen und Kiefern.

Es gilt für das Plangebiet das Klima an der bebauten Ortsrandlage. Als Boden ist hier gem. NIBIS-Kartenserver Podsol anzutreffen mit einem mittleren Grundwasserstand von 10 dm unter Geländeoberkante. Als Bodenart dominieren fein- bis mittelkörnige Sande, die eine geringe bis mittlere Kapazität für pflanzenverfügbares Wasser, eine geringe Nährstoffnachlieferung und ein geringes bis mittleres Bindungsvermögen für Nährstoffe aufweisen. Wegen der vorwiegend sandigen Böden (Podsol) im Planbereich mit geringem Anteil an bindigem Material ist davon auszugehen, dass das Grundwasser gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen nicht geschützt ist.

Das Gebiet steht unter keinem besonderen Schutz. Als faunistischer Lebensraum ist das Plangebiet in erster Linie für siedlungsgewöhnte, weniger störungsempfindliche Arten geeignet, die auch in der näheren Umgebung überall vorhanden sein können bzw. sind. Ob schützenswerte, besonders geschützte Arten und besonders geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG im Plangebiet und dessen Wirkkreis vorhanden sind, wird zurzeit durch eine fachgutachterliche Erfassung überprüft.

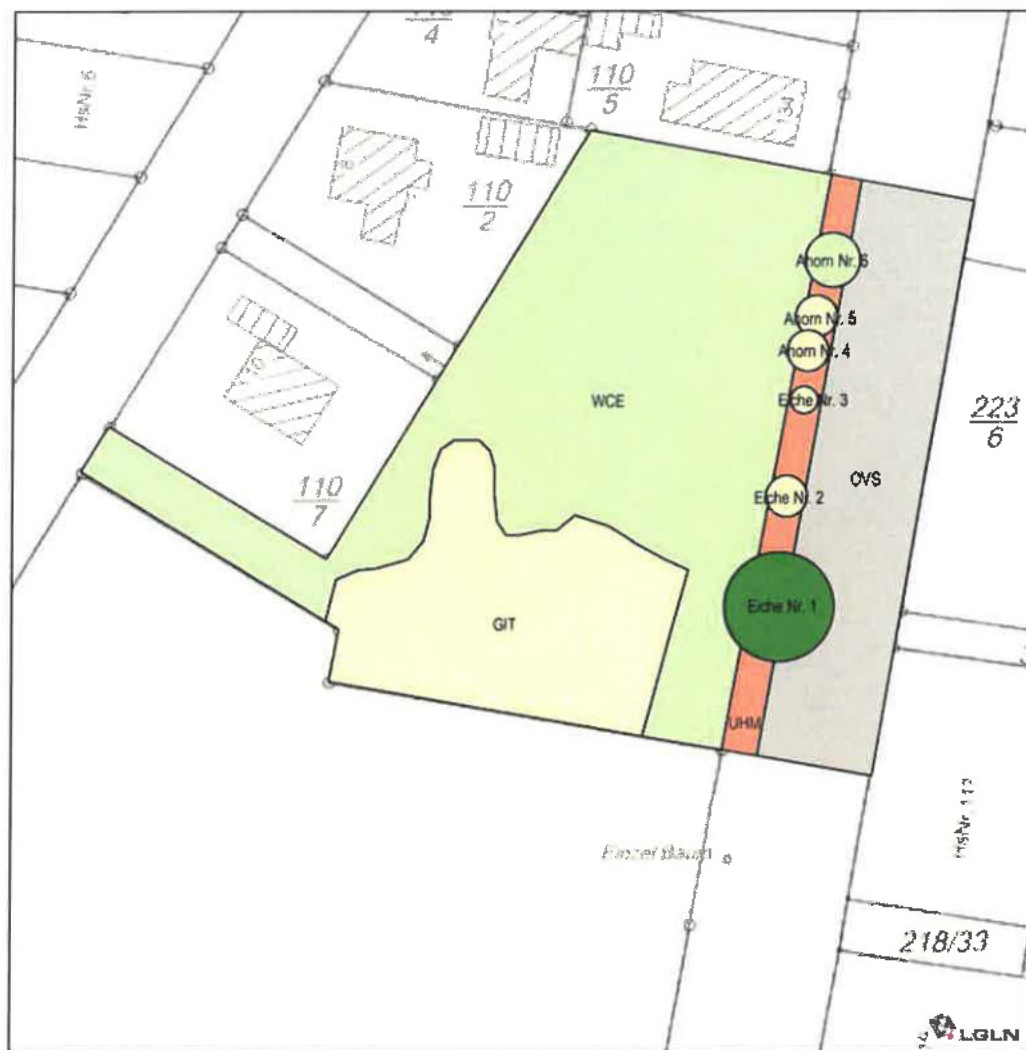
Entsprechend der bereits vorhandenen Bebauung der Nachbargrundstücke ist der Plangelungsbereich als vorgeprägt einzustufen und durch den überplanten Bereich, der für künftige Bebauung vorbereitet wird, sind keine Beeinträchtigungen für Schutzgebiete im Umfeld von Westercelle zu erwarten.

Altlasten sind für den Standort nicht bekannt.

Eine Kampfmittelfreiheit konnte nicht bescheinigt werden, daher hat die Stadt parallel zum Bebauungsplan eine Auswertung der Luftbilder beauftragt. Mit Schreiben vom 19.05.2020 teilt der Kampfmittelbeseitigungsdienst Hannover mit, dass ein Kampfmittelverdacht sich nicht bestätigt hat.

Im Geltungsbereich befinden sich keine denkmalgeschützten Gebäude.

## - Biotoptypen



### Biotoptypen (Drachenfels 2016)

- GIT = Intensivgrünland trockener Mineralböden
- OVS = Straße
- UHM = Halbruderale Gras- u. Staudenflur mittlerer Standort
- WCE = Eichen- Hainbuchenmischwald mittlerer Standorte
- HBE = Einzelbaum unterschiedlicher Art u. Dimension

### Wertstufen (Niedersächsischer Städtetag 2013)

- V = sehr hohe Bedeutung
- IV = hohe Bedeutung
- III = allgemeine Bedeutung
- II = geringe Bedeutung
- I = weitgehend ohne Bedeutung

Im Zuge der Planung wurden die Biotoptypen erfasst, siehe vorstehende Abbildung. Die Erstellung dieser Biotoptypenkartierung erfolgte durch einen Fachgutachter<sup>6)</sup>. Im Rahmen zweier Ortstermine im Mai und im August 2019 wurden die Biotoptypen des Plangebiets sowie dessen näheres Umfeld nach Drachenfels (2016) kartiert, wobei im Zuge der Ortstermine auf Vorkommen der besonders geschützten Arten geachtet wurde.

Der Eichen- und Hainbuchenmischwald wird von mittelalten Stiel-Eichen (*Quercus robur*) geprägt, die überwiegend als mittleres Baumholz anzusprechen sind. Im Übergang zum Biotoptyp GIT wachsen jedoch auch einige jüngere Espen (*Populus tremula*). Die Bodenvegetation des Eichen- und Hainbuchenmischwaldes ist stark gestört. Im Süden finden sich Reste einer ursprünglich dem Pferdesport dienenden Einrichtung. Vermutlich wurde der Wald über längere Zeit beweidet.

<sup>6)</sup> Biotoptypenkartierung als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, 26.08.2019.

Das vermutlich von Pferden beweidete Intensivgrünland (Biotoptyp GIT) war sowohl im April als auch im August 2019 sehr kurz gefressen.

Die halbruderale Gras- und Staudenflur beschreibt das im Plangebiet mit acht sehr unterschiedlichen Straßenbäumen (Biotoptyp HBE – sonstiger Einzelbaum, Baumgruppe) bewachsene und sporadisch gemähte Straßenbegleitgrün entlang der Bundesstraße B 3 (Biotoptyp OVS – Straße). Von den Straßenbäumen erscheint eine starke Alt-Eiche besonders erhaltenswürdig.

Die Umsetzung der Planung ist mit der Umwandlung eines ca. 2.575 m<sup>2</sup> großen mittelalten Eichenwaldes (WCE – Biotoptyp nach Drachenfels 2016) und der Fällung einiger straßenbegleitender Einzelbäume verbunden. Mit der Umwandlung des Waldes in eine bebaute Fläche und mit der Fällung einiger straßenbegleitender Einzelbäume geht für nach § 44 BNatSchG besonders geschützte Tierarten potenziell geeigneter Lebensraum verloren. Daher erfolgten eine artenschutzrechtliche Prüfung<sup>7)</sup> und eine Studie zu Waldameisen<sup>8)</sup> und zum spätblühende breitblättrige Stendelwurz<sup>9)</sup>.

Im Zuge der Biotoptypenkartierung konnten keine Farn- und Blütenpflanzen festgestellt werden. Des Weiteren konnten keine Arten von Säugetieren des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nachgewiesen werden.

Studie zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (SAP) als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, 11.02.2020.

## 7.2 Planung

Bei Durchführung der Planung wird der Planbereich ganzflächig um bis zu ca. 1,00 m aufgeschüttet. Eine Flächenversiegelung mit Nebenanlagen ist bis zu 80 % zulässig. Damit können rd. 0,29 ha zusätzliche Flächen neu versiegelt.

Es wird eine Fläche für Gemeinbedarf festgesetzt mit einem Maß der baulichen Nutzung mit einer Grundflächenzahl von 0,5 und einer Überschreitung durch Nebenanlagen etc. bis zu 0,8, die maximal zulässige Höhe der Gebäude wird auf 10 m begrenzt.

Die Lage der überbaubaren Flächen für die Hauptgebäude liegt nördlich im Plangebiet, die Baugrenze zu den bebauten Nachgrundstücken bei 8 m und der Hannoverschen Heerstraße wird mit 4 – 5 m festgesetzt. Zu der südlichen Planbereichsgrenze, die an die Grünflächen anschließt, wird ein größerer Abstand mit ca. 15 m gehalten.

### - Artenschutz

#### Erfassung der Fledermäuse und Brutvögel

Im Rahmen der Biotoptypenkartierung wurden keine besonderen Strukturen, die als besonders geeignete Lebensstätten der Arten (z. B. pränante Höhlenbäume) eingestuft werden können, festgestellt. Die Umsetzung der Planung ist mit der Umwandlung eines ca. 2.575 m<sup>2</sup> großen mittelalten Eichenwaldes (WCE) und der Fällung einiger straßenbegleitender Einzelbäume verbunden. Zudem wird eine Fläche von ca. 1.013 m<sup>2</sup> Intensivgrünland trockener Mineralböden (GIT) überplant. Mit der Umwandlung des Waldes und des Grünlandes in eine bebaute Fläche sowie mit der Fällung einiger straßenbegleitender Einzelbäume geht für nach § 44 BNatSchG besonders geschützte Tierarten potenziell geeigneter Lebensraum verloren. Prüfrelevant sind jedoch zwölf Fledermausarten und für mehrjährig beflogenen Höhlen und Nischen brütende

<sup>7)</sup> Studie zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (SAP) als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, 11.02.2020.

<sup>8)</sup> Studie "Waldameise" als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, 10.08.2020.

<sup>9)</sup> Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag „Epipactis helleborine“ als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ ALNUS GbR, Bad Harzburg, 09.09.2020

Vogelarten, deren Vorkommen vor Ort nicht vollständig auszuschließen ist und die im Jahreszyklus zumindest zeitweilig ältere Baumbestände oder Einzelbäume als Habitate nutzen.

### **Fledermäuse**

Im Zuge der Biotopkartierung konnte die Eignung einzelner Bäume als Wochenstuben oder als Überwinterungsquartiere mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, so dass planungsbedingte erhebliche Störungen nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG vollständig ausgeschlossen werden können. Nicht vollständig auszuschließen ist jedoch, dass einzelne Bäume Strukturen (z. B. Baumhöhlen) aufweisen, die ihre Nutzung als Sommerquartiere möglich erscheinen lassen. Für die zwölf Fledermausarten gilt jedoch, dass ein Verstoß gegen das Tötungs- und Schädigungsverbot nach § 44 Abs. 1 BNatSchG vermieden wird, sofern mit Umsetzung der Planung erforderliche Baumfällungen ausschließlich während der Wintermonate zwischen November und Februar (Schutzmaßnahme) durchgeführt werden. Es ist nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen, dass das Fällen einer größeren Anzahl im Plangebiet wachsender mittelalter Bäume für die potenziell im Plangebiet vorkommenden Fledermausarten keinen signifikanten Einfluss auf die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang nach § 44 Satz (1) Nr. 3 i.V.m. § 44 Satz (5) Nr. 3 hat (Worst-Case-Szenario).

Um einen artenschutzrechtlich relevanten Verlust von sommerlichen Ruhestätten von Fledermäusen vollständig auszuschließen, sind vor Umsetzung der Waldumwandlung für die Bäume besiedelnden Arten insgesamt **6 Fledermauskästen** in zwei Gruppen im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufzuhängen (Schutzmaßnahme, **CEF-Maßnahme**).

Die Anzahl der Fledermauskästen leitet sich aus der Annahme ab, dass zumindest 6 mittelalte Bäume potenzielle Habitateignung als Sommerquartier für Fledermäuse aufweisen. Es sollen Fledermauskästen Verwendung finden, die potenziell auch als Wochenstube oder Winterquartier geeignet sind (z. B. Schwegler 1 FS, 1FW, 3 FF oder baugleich).

Somit sind unter Beachtung der Schutzmaßnahme für die Säugetierarten insgesamt Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen.

### **Vögel**

Sämtliche europäischen Vogelarten genießen den gleichen Schutzstatus nach Art. I der Vogelschutz-Richtlinie. Die Prüftiefe der jeweiligen Arten muss jedoch in der artenschutzrechtlichen Prüfung für die einzelnen Vogelarten nicht einheitlich erfolgen, da in dieser Artengruppe i. d. R. große Unterschiede hinsichtlich der Planungsrelevanz vorliegen.

Im Ergebnis der Abschichtung ist wegen des Fehlens einer aktuellen Brutvogelkartierung eine planungsbedingte Betroffenheit von 40 europäischen Vogelarten nicht vollständig auszuschließen. Eine Verletzung des Tötungs- und Schädigungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird bei allen Arten durch Vorgaben zur Rodung von Gehölzen ausgeschlossen. Diese sind auf den Zeitraum November bis Februar (Schutzmaßnahme) zu begrenzen.

Wenn auch acht der 40 Vogelarten auf der Roten Liste und sechs weitere Arten auf der Vorwarnliste geführt werden, so sind die lokalen Populationen der Arten im Naturraum doch noch so individuenstark, dass eine planungsbedingte erhebliche Störung gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG für sämtliche Arten auszuschließen ist.

Es ist nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen, dass das Fällen einer größeren Anzahl im Plangebiet wachsender mittelalter Bäume für die potenziell im Plangebiet vorkommenden Kleinhöhlen- und Nischenbrüter keinen signifikanten Einfluss auf die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. § 44 Abs. 5 Nr. 3 BNatSchG hat (Worst-Case-Szenario). Die Zerstörung von potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten der gelisteten Arten im Rahmen der mit Baumfällungen verbundenen Waldumwandlung ist unvermeidbar. Aufgrund der geringen Größe des Planungsraums sind jedoch die Reviere der jeweiligen Arten mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht vollständig betroffen. Die Vögel können in angrenzende Ruhe- und Nahrungsräume ausweichen.

Nur einjährig genutzte Nester freibrütender Vogelarten gelten nur für den Brutzeitraum als Fortpflanzungsstätten, so dass die Zerstörung dieser Nester nach Abschluss der Brutzeit nicht unter die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG fällt.

Von dem Verlust an Fortpflanzungsstätten sind vor allem in mehrjährig beflogenen Höhlen und Nischen brütende Vogelarten wie z.B. der Trauerschnäpper (*Ficedula hypoleuca*) oder der Gartenbaumläufer (*Certhia brachydactyla*) betroffen. Im Zuge der Biotoptypenkartierung konnten jedoch keine beflogenen Bruthöhlen nachgewiesen werden. Um einen etwaigen Verlust von Fortpflanzungsstätten der Höhlen- und Nischenbrüter vollständig auszuschließen, sind vor Umsetzung der Waldumwandlung für die in Höhlen und Nischen brütenden Arten Gartenbaumläufer, Waldbaumläufer, Trauer- und Grauschnäpper, Sumpfmehlschäfer, Feldsperling, Kleiber und Star insgesamt **16 handelsübliche Nistkästen** (8 Stk. für Höhlenbrüter, 8 Stk. für Nischenbrüter) im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufzuhängen (Schutzmaßnahme, **CEF-Maßnahme**).

Für die vier Arten von Spechten und die Hauben- und die Weidenmeise (*Parus cristatus*, *Parus montanus*) sind keine Schutzmaßnahmen erforderlich, da diese in der Lage sind, zur Brutzeit neue Bruthöhlen anzulegen.

Unter Beachtung der Schutzmaßnahme sind im Hinblick auf die europäischen Vogelarten planungsbedingte Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen.

Das Vorkommen von Reptilien Amphibien, Schmetterlingen, Käfern, Mollusken (Schnecken und Muscheln) und Libellen konnte im Plangebiet ausgeschlossen werden.

Die CEF-Maßnahmen sollen soweit möglich im Plangebiet angeordnet werden. Da aber davon auszugehen ist, dass die auf dem Grundstück und im Straßenraum verbleibenden Bäume im Plangeltungsbereich nicht ausreichen, um die insgesamt erforderlichen 22 Nisthilfen/-kästen aufzuhängen, wird der Rest auf dem südlich angrenzenden Grundstück des Reit- und Fahrvereins, das sich im Eigentum der Stadt Celle befindet, verortet. Die Maßnahmen sind über eine Eigenverpflichtung der Stadt Celle zu sichern.

### Waldameisen

Im Plangebiet, Geltungsbereich 1, befinden sich mind. acht Ameisenhögel, von denen die Studie "Waldameisen" drei als Hauptnester identifiziert. Die weiteren sind kleinere Nebennester. Bei den anzutreffenden Tieren handelt es sich um die Gattung Waldameise (*Formica*). Auf eine genaue Bestimmung der Art wird verzichtet, da alle wildlebenden Waldameisen besonders geschützte Arten gem. Anlage 1 der Bundesartenschutzverordnung sind und damit dem besonderen Artenschutz nach §§ 44-47 BNatSchG unterliegen.

Gemäß § 44 Abs. 5 Sätze 1 und 5 stellen Handlungen zur Durchführung eines durch einen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffs keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG dar. Dies gilt, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL), europäische Vogelarten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie (EU-VSR) oder Arten, welche in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, von den Eingriffen betroffen sind. Die Arten der Waldameisen sind weder im Anhang IV der FFH-RL gelistet noch in der EU-VSR zu finden. Eine Verordnung gem. § 54 BNatSchG hat der Gesetzgeber noch nicht erlassen. Handlungen zur Durchführung der vorliegenden Planung stellen daher keinen Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG dar. Daher greift auch die Regelung des § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB, wonach "Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 [BauGB] vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig" gelten. Ungeachtet der artenschutzrechtlichen Rechtslage folgt die Stadt Celle im Rahmen einer städtischen Selbstverpflichtung der gutachterlichen Empfehlung, vor Rodung des Waldes die Ameisen mit ihren Bauten unter Beteiligung Fachkundiger tiergerecht umzusiedeln.

### - Spätblühender breitblättriger Stendelwurz

Im Rahmen der öffentlichen Beteiligung nach § 3 BauGB haben fachkundige Bürger und Umweltverbände u.a. dahingehend geäußert, dass sich im Plangebiet, Geltungsbereich 1, sich



der spätblühende Breitblättrige Stendelwurz (*Epipactis helleborine* ssp. *moratoria*) befindet. Daraufhin wurde ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag „*Epipactis helleborine*“<sup>10)</sup> erarbeitet:

Zur Unterart „*moratoria*“ der „Breitblättrigen Stendelwurz“ ist wenig bekannt. Lt. ROTHMALER (2016) ist das exakte Verbreitungsgebiet nicht bekannt, Vorkommen sind bisher vor allem in Süddeutschland nachgewiesen. Weder GARVE (2007) noch GARVE (2004) listen die Subspezies für Niedersachsen.

Die Art „Breitblättrige Stendelwurz (*Epipactis helleborine*)“ wird nicht auf der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (GARVE 2004) geführt.

Die „Breitblättrige Stendelwurz“ unterliegt der EG-Artenschutzverordnung (EG) Nr. 338/97 und ist somit (wie alle heimischen Orchideen-Arten) grundsätzlich nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders geschützt. § 44 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG verbietet, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Gemäß § 44 Abs. 5 Satz 1 und Satz 5 stellen jedoch Handlungen zur Durchführung eines durch einen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffs keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG dar. Dies gilt, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL), europäische Vogelarten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie (EU-VSR) oder Arten, welche in einer (noch nicht erlassenen) Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, von den Eingriffen betroffen sind. Die „Breitblättrige Stendelwurz“ ist nicht im Anhang IV der FFH-RL gelistet. Zudem stellt § 13a Abs. 2 Nr. 4 die Bauleitplanung von einem Ausgleich von Eingriffen frei, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-RL, der EU-VSR bzw. nach § 54 BNatSchG von der Bauleitplanung berührt sind.

Es wird empfohlen, im Rahmen des körperschaftlichen oder behördlichen Ermessens in den Bebauungsplan eine Festsetzung oder in eine später zu erteilende Baugenehmigung eine Nebenbestimmung aufzunehmen, die unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit (z.B. hinsichtlich des Baubeginns) einen Vorhabensträger im Sinne einer nachhaltigen Umweltvorsorge verpflichtet, vor Rodung des Waldes auffindbare Pflanzen der Art unter Beteiligung Fachkundiger sachgerecht umzusiedeln. Ein Verpflanzen der Art um wenige hundert Meter in angrenzende Wälder ist möglich, sofern ein hinreichend großer Wurzelballen ausgestochen wird.<sup>1</sup>

Darüber hinaus wird die Stadt Celle Samen abnehmen zur Neuaussaat an geeigneten Standorten.

### **- Waldumwandlung**

Im Rahmen der Bauleitplanung ist forstfachliches Gutachten<sup>11)</sup> erstellt worden.

Im Plangeltungsbereich befinden sich Waldflächen, die durch die Bebauung mit dem Feuerwehrgerätehaus in dauerhaft Anspruch genommen werden sollen. Die betroffene Waldfläche beträgt ca. 2.575 m<sup>2</sup>. Die Flächenangabe berücksichtigt die vollständige Umwandlung des Waldes im Plangebiet (Biotoptyp WCE). Sofern sich im weiteren Planungsprozess herausstellt, dass einzelne Bäume oder Baumgruppen im Plangebiet erhalten werden können, werden diese als Grünflächen des Innenbereichs nach § 34 BauGB angesprochen, die keine Waldeigenschaft aufweisen.

Das Bundeswaldgesetz (BWaldG) setzt i.V.m. dem Niedersächsischen Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) den rechtlichen Rahmen zur Regelung der Waldumwandlung. Das Niedersächsische Waldgesetz (NWaldLG) sieht in seinen Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG (Runderlass des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landentwicklung vom 05.11.2016 – 406-64002-136, VORIS 79100, s. Anlage 2.1) vor, die Umwandlung von Wald durch Kompensationsmaßnahmen auszugleichen.

<sup>10)</sup> Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag „*Epipactis helleborine*“ als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ ALNUS GbR, Bad Harzburg, 09.09.2020

<sup>11)</sup> Studie Waldumwandlung als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“. ALNUS GbR, Bad Harzburg, mit Privat-Forstrat M. Hubrig, Melle-Wellingholzhausen. 26.08.2019.



Die Ermittlung der Kompensationshöhe orientiert sich an den Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG und ist Gegenstand des forstfachlichen Gutachtens für die Stadt Celle.

Aktuelle Waldzustände werden mittels Methoden der Forsteinrichtung (z.B. Landwirtschaftskammer Niedersachsen 2012) selbst erhoben oder nach Verifizierung aus den Datenbeständen des Waldbesitzenden übernommen. Im Hinblick auf die Waldbewertung wird angenommen, dass sich der Eichenbestand im Laufe der nächsten zehn Jahr bis zum Erreichen der für die Baumart Eiche typischen Haupt-Umtriebszeit von 90 Jahren (reguläre Umtriebszeit der Eiche: 180 Jahre) weiterhin nicht planvoll bewirtschaftet wird und sich sein Zustand nicht wesentlich verändert. Der Unterstand wird vermutlich weiter aufwachsen, und der Bestockungsgrad des Hauptbestandes wird in Folge von Zuwächsen geringfügig anwachsen.

Bei den Bewertungsobjekten handelt es sich um einen Eichen- und Hainbuchenmischwald mittlerer, mäßig basenreicher Standorte (WCE). Hier ist ein Hauptbestand aus Stieleichen, Bergahorn und Kiefer vorhanden. Der zur Umwandlung vorgesehene Bestandteil ist vom Gutachter im Rahmen einer Waldbegehung am 01.07.2019 aufgesucht, beschrieben, beurteilt worden und die Kriterien zur Herleitung der Kompensationshöhe sind geprüft und im Waldaufnahmebeleg vermerkt worden. Dabei kommt dem zur Umwandlung vorgesehenen Bereich die Schutzfunktion vor Lärm und Immissionen sowie Klimaeinflüssen zu. Die Erholungsfunktion ist aufgrund der Einfriedung des Areals ausgesetzt. Die Wertigkeit der Fläche wurde nach dem Ausführungserlass zum NWaldLG und den vorgegebenen Teilaspekten Nutzfunktion, Schutzfunktion und Erholungsfunktion untersucht. Zusammengefasst hat sich daraus für die Waldausgleichsfläche ein Kompensationsäquivalent (Wertigkeit) von 4.378 m<sup>2</sup> ergeben.

Die Stadt Celle hat die Flurstücke 193/4, 1/2, 189/3, Flur 5, Gemarkung Westercelle, mit einer Gesamtgröße von ca. 2,00 ha bereits ungefähr im Jahr 2014 zum Zwecke zukünftiger walddrechtlicher Kompensationen nach NWaldLG als eine Ökopool-Maßnahme mit dem Waldentwicklungstyp Traubeneiche-Buche-Hainbuche (WET 10) aufgeforstet. Die Fläche liegt etwa 1,0 km südsüdöstlich des Geltungsbereichs 1. Von der Gesamtfläche stehen derzeit noch 6.047 m<sup>2</sup> einer Zuordnung als Ersatzaufforstung zur Verfügung. Das Kompensationsäquivalent (Wertigkeit) der Ersatzaufforstungsfläche beträgt 4.893 m<sup>2</sup>, bei einem Ansatz einer gleichgroßen Grundfläche wie durch die Waldumwandlung beansprucht wird.

Nach dem NWaldLG ist eine Waldumwandlung genehmigungsfähig, die mindestens den gleichen Flächenumfang als Ersatzaufforstung umfasst, bei gleich- oder höherwertigem Kompensationsäquivalent (Wertigkeit). Da die Flächen der Ersatzaufforstung ein höherwertiges Kompensationsäquivalent als die der Waldumwandlung hat, würde walddrechtlich eine gleichgroße Ersatzaufforstung von 2.575 m<sup>2</sup> Grundfläche ausreichen. Der Rat der Stadt Celle hat am 28.11.2019 beschlossen, den Klimaschutz mit seinen Planungen zu stärken. Es wird daher mit der vorliegenden Planung die Waldumwandlung von 2.575 m<sup>2</sup> Grundfläche durch eine Ersatzaufforstung von 4.378 m<sup>2</sup> Grundfläche kompensiert. Diese 70-prozentige Überkompensation wird als angemessen zur Berücksichtigung des Beschlusses "Klima in Not" erachtet.

Um den Waldausgleich der vorliegenden Planung zu regeln, wird die Fläche der Ökopool-Maßnahme als Geltungsbereich 2 Teil des Bebauungsplans. Mit der textlichen Festsetzung Ziffer 1 des Geltungsbereichs 2 werden 4.378 m<sup>2</sup> zur Kompensation der Waldumwandlung (Geltungsbereich 1) in Anspruch genommen. In der Ökopool-Maßnahme der Stadt auf den Flurstücken 193/4, 1/2, 189/3, Flur 5, Gemarkung Westercelle verbleibt ein Rest von 1.669 m<sup>2</sup> Grundfläche, der weiterhin als Ausgleich für zukünftige Eingriffe in den Naturhaushalt verwendet werden kann.

### 7.3 Umweltauswirkungen

Durch die vorliegende Planung entstehen Eingriffe in Natur und Landschaft.

Durch die bauleitplanerisch vorbereiteten Maßnahmen der Innenentwicklung wird dem Sparsamkeitsgebot von Grund und Boden gem. § 1a BauGB Absatz 2 Rechnung getragen und somit werden gem. § 1 BauGB Absatz 6 Satz 7 auch die Belange des Umweltschutzes berücksichtigt, da weniger beeinträchtigte Flächen geschützt werden.

Empfindlichere Schutzansprüche und -gebiete von nationalem wie europäischen Rang (z.B. FFH-Gebiete) befinden sich nicht in relevanter Nähe. Um eventuelle Beeinträchtigungen naturschutzfachlicher Belange oder besonders schützenswerter Flora und Fauna abzuklären, wurde eine artenschutzrechtliche Kartierung beauftragt, die parallel zum Bebauungsplanverfahren durchgeführt wird. Da diese noch nicht abgeschlossen ist, werden die Ergebnisse zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB in die Begründung eingearbeitet.

Da es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung und Nachverdichtung im bereits bebauten Innenbereich der Ortslage handelt, wird der Bebauungsplan nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt. Damit gelten Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig, sodass kein Ausgleich erforderlich ist (§ 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB).

Es handelt sich bei der vorliegenden Planung um eine Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Feuerwehr. Durch die gewählte Art der Nutzung ist ausgeschlossen, dass eine Ansiedlung eines Betriebes, durch den schwere Unfälle mit schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Artikels 3 Nr. 13 der EU-Richtlinie 2012/18/EU ausgelöst werden können, im Plangebiet angesiedelt werden können.

Der Bebauungsplan ersetzt, nach Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Celle, ein separates Waldumwandlungsverfahren. Die Waldausgleichsflächen werden über eine Eigenverpflichtung der Stadt gesichert.

Für die von der Waldumwandlung betroffenen Flächen wurde ein Waldgutachten<sup>12)</sup> erstellt. Im Plangebiet befinden sich auf 2.575 m<sup>2</sup> Grundfläche Wald mit einem Hauptbestand an Stieleichen, Bergahorn und Kiefern, der dauerhaft entfällt. Die Wertigkeit der Fläche wurde nach dem Ausführungserlass zum NWaldLG untersucht nach den vorgegebenen Teilaspekten Nutzungsfunktion, Schutzfunktion und Erholungsfunktion untersucht. Zusammengefasst hat sich daraus für die Waldausgleichsfläche ein Kompensationsäquivalent (Wertigkeit) von 4.378 m<sup>2</sup> ergeben.

Die Stadt Celle hat den Flurstücken 193/4, 1/2, 189/3, Flur 5, Gemarkung Westercelle, mit einer Gesamtgröße von ca. 2,00 ha bereits ungefähr im Jahr 2014 zum Zwecke zukünftiger walddrechtlicher Kompensationen nach NWaldLG als eine Ökopool-Maßnahme mit dem Waldentwicklungstyp Traubeneiche-Buche-Hainbuche (WET 10) aufgeforstet. Die Fläche liegt etwa 1,0 km südsüdöstlich des Geltungsbereichs 1. Von der Gesamtfläche stehen derzeit noch 6.047 m<sup>2</sup> einer Zuordnung als Ersatzaufforstung zur Verfügung. Das Kompensationsäquivalent (Wertigkeit) der Ersatzaufforstungsfläche beträgt 4.893 m<sup>2</sup>, bei einem Ansatz einer gleichgroßen Grundfläche wie durch die Waldumwandlung beansprucht wird.

Nach dem NWaldLG ist eine Waldumwandlung genehmigungsfähig, die mindestens den gleichen Flächenumfang als Ersatzaufforstung umfasst, bei gleich- oder höherwertigem Kompensationsäquivalent (Wertigkeit). Da die Flächen der Ersatzaufforstung ein höherwertiges Kompensationsäquivalent als die der Waldumwandlung hat, würde walddrechtlich eine gleichgroße Ersatzaufforstung von 2.575 m<sup>2</sup> Grundfläche ausreichen. Der Rat der Stadt Celle hat am 28.11.2019 beschlossen, den Klimaschutz mit seinen Planungen zu stärken. Es wird daher mit der vorliegenden Planung die Waldumwandlung von 2.575 m<sup>2</sup> Grundfläche durch eine Ersatzaufforstung von 4.378 m<sup>2</sup> Grundfläche kompensiert. Diese 70-prozentige Überkompensation wird als angemessen zur Berücksichtigung des Beschlusses "Klima in Not" erachtet.

Um den Waldausgleich der vorliegenden Planung zu regeln, wird die Fläche der Ökopool-Maßnahme als Geltungsbereich 2 Teil des Bebauungsplans. Mit der textlichen Festsetzung Ziffer 1 des Geltungsbereichs 2 werden 4.378 m<sup>2</sup> zur Kompensation der Waldumwandlung (Geltungsbereich 1) in Anspruch genommen. In der Ökopool-Maßnahme der Stadt auf den Flurstücken 193/4, 1/2, 189/3, Flur 5, Gemarkung Westercelle verbleibt ein Rest von 1.669 m<sup>2</sup> Grundfläche, der weiterhin als Ausgleich für zukünftige Eingriffe in den Naturhaushalt verwendet werden kann.

<sup>12)</sup> Studie Waldumwandlung als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle, "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, mit Privat-Forstrat M. Hubrig, Melle-Wellingholzhausen. 26.08.2019.

Ebenso wurde eine artenschutzrechtliche Erfassung der Brutvögel, Fledermäuse und Amphibien<sup>13)</sup> erstellt. Im Zuge der Biotoptypenkartierung konnten jedoch keine beflogenen Bruthöhlen nachgewiesen werden. Um einen etwaigen Verlust von Fortpflanzungsstätten der Höhlen- und Nischenbrüter vollständig auszuschließen, sind vor Umsetzung der Waldumwandlung für die in Höhlen- und Nischen brütenden Arten Gartenbaumläufer, Waldbaumläufer, Trauer- und Grauschnäpper, Sumpfmöwe, Feldsperling, Kleiber und Star insgesamt 16 handelsübliche Nistkästen (8 Stk. für Höhlenbrüter, 8 Stk. für Nischenbrüter) im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufzuhängen (Schutzmaßnahme, CEF-Maßnahme). Um einen artenschutzrechtlich relevanten Verlust von sommerlichen Ruhestätten von Fledermäusen vollständig auszuschließen, sind vor Umsetzung der Waldumwandlung für die Bäume besiedelnden Arten insgesamt 6 Fledermauskästen in zwei Gruppen im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufzuhängen (Schutzmaßnahme, CEF-Maßnahme). Des Weiteren sind die Brut- und Setzzeiten zu beachten, um einen Verstoß gegen das Tötungs- und Schädigungsverbot nach § 44 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG zu vermeiden. Insofern sind mit Umsetzung der Planung erforderliche Baumfällungen ausschließlich während der Wintermonate zwischen November und Februar (Schutzmaßnahme) durchzuführen. Somit sind unter Beachtung der Schutzmaßnahme für die Säugetierarten insgesamt Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen.

Die CEF-Maßnahmen sollen soweit möglich im Plangebiet angeordnet werden. Da aber davon auszugehen ist, dass die auf dem Grundstück und im Straßenraum verbleibenden Bäume im Plangeltungsbereich nicht ausreichen, um die insgesamt erforderlichen 22 Nisthilfen/-kästen aufzuhängen, wird der Rest auf dem südlich angrenzenden Grundstück des Reit- und Fahrvereins, das sich im Eigentum der Stadt Celle befindet, verortet.

Des Weiteren wurden Studien zum Schutz der im Geltungsbereich 1 vorkommenden Waldameisen und den breitblättrigen Stendelwurz (spätblühende Orchideenart) erstellt<sup>14)</sup><sup>15)</sup>. Es befinden sich dort mind. acht Ameisenhögel, von denen drei als Hauptnester identifizierbar sind. Die weiteren sind kleinere Nebennester. Bei den anzutreffenden Tieren handelt es sich um die Gattung Waldameise (*Formica*). Auf eine genaue Bestimmung der Art wird verzichtet, da alle wildlebenden Waldameisen besonders geschützte Arten gem. Anlage 1 der Bundesartenschutzverordnung sind und damit dem besonderen Artenschutz nach §§ 44-47 BNatSchG unterliegen.

Gemäß § 44 Abs. 5 Sätze 1 und 5 stellen Handlungen zur Durchführung eines durch einen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffs keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG dar. Dies gilt, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL), europäische Vogelarten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie (EU-VSR) oder Arten, welche in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, von den Eingriffen betroffen sind. Die Arten der Waldameisen sind weder im Anhang IV der FFH-RL gelistet noch in der EU-VSR zu finden. Eine Verordnung gem. § 54 BNatSchG hat der Gesetzgeber noch nicht erlassen. Handlungen zur Durchführung der vorliegenden Planung stellen daher keinen Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG dar. Daher greift auch die Regelung des § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB, wonach *"Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 [BauGB] vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig"* gelten. Ungeachtet der artenschutzrechtlichen Rechtslage folgt die Stadt Celle im Rahmen einer städtischen Selbstverpflichtung der gutachterlichen Empfehlung, vor Rodung des Waldes die Ameisen mit ihren Bauten unter Beteiligung Fachkundiger tiergerecht umzusiedeln.

Im Rahmen der öffentlichen Beteiligung nach § 3 BauGB haben fachkundige Bürger und Umweltverbände u.a. dahingehend geäußert, dass sich im Plangebiet, Geltungsbereich 1, sich der spätblühende Breitblättrige Stendelwurz (*Epipactis helleborine* ssp. *moratoria*) befindet.

<sup>13)</sup> Studie zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (SAP) als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, 11.02.2020.

<sup>14)</sup> Studie "Waldameise" als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle "Feuerwehrgerätehaus Westercelle". ALNUS GbR, Bad Harzburg, 10.08.2020.

<sup>15)</sup> Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag „*Epipactis helleborine*“ als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ ALNUS GbR, Bad Harzburg, 09.09.2020

Zur Unterart „moratoria“ der „Breitblättrigen Stendelwurz“ ist wenig bekannt. Lt. ROTHMALER (2016) ist das exakte Verbreitungsgebiet nicht bekannt, Vorkommen sind bisher vor allem in Süddeutschland nachgewiesen. Weder GARVE (2007) noch GARVE (2004) listen die Subspezies für Niedersachsen. Die Art „Breitblättrige Stendelwurz (Epipactis helleborine)“ wird nicht auf der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (GARVE 2004) geführt. Die „Breitblättrige Stendelwurz“ unterliegt der EG-Artenschutzverordnung (EG) Nr. 338/97 und ist somit (wie alle heimischen Orchideen-Arten) grundsätzlich nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders geschützt. § 44 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG verbietet, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören. Der § 44 Abs. 5 Satz 1 erlaubt jedoch Handlungen zur Durchführung eines durch einen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffs, der dann keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG darstellt.

Hier soll im Rahmen der später zu erteilenden Baugenehmigung eine Nebenbestimmung aufgenommen werden, die unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit (z.B. hinsichtlich des Baubeginns) einen Vorhabensträger im Sinne einer nachhaltigen Umweltvorsorge verpflichtet, vor Rodung des Waldes auffindbare Pflanzen der Art unter Beteiligung Fachkundiger sachgerecht umzusiedeln. Ein Verpflanzen der Art um wenige hundert Meter in angrenzende Wälder ist möglich, sofern ein hinreichend großer Wurzelballen ausgestochen wird. Darüber hinaus wird die Stadt Celle Samen abnehmen zur Neuaussaat an geeigneten Standorten.

Die Maßnahmen sind über eine Eigenverpflichtung der Stadt Celle zu sichern.

#### 7.4 Planungsalternativen

Die Stadt hat diverse Flächen geprüft, die aber aufgrund nicht ausreichender Flächengrößen oder wegen der Nichteinhaltung von Hilfsfristen nicht in Betracht kamen. Als weiterer Bewertungsmaßstab wurde der aktuelle Feuerwehrbedarfsplan herangezogen.

Es gibt einen aktuellen Feuerwehrbedarfsplan für den Zeitraum von 2016 - 2023. Dieser ist auf Grundlage der Daten des Jahres 2015 fortgeschrieben worden für die Jahre 2016 – 2023.

Einvernehmlich mit dem Fachdienst 65 (Hochbau- und Gebäudewirtschaft) ist der Fachdienst 32 (Allgemeine Ordnung) sowie die Freiwillige Feuerwehr zu der Feststellung gelangt, dass die Feuerwehrgerätehäuser Groß Hehlen, Scheuen, Westercelle, Vorwerk und Altencelle nicht mehr baulich ertüchtigt werden können und mittelfristig durch Neubauten zu ersetzen sind. Dazu wurde in der 2. Jahreshälfte 2016 eine Arbeitsgruppe gebildet, um mit der strategischen Planung und Priorisierung zu beginnen. Das Fazit zur Standortfeuerwehr Westercelle am Altstandort: die fehlende Stellplatzgröße und der Platzbedarf am Alt-Standort sowie die abgängige Baulichkeit sind mit den Unfallverhütungsvorschriften nicht mehr vereinbar. Eine Veränderung ist im Zeitraum des Feuerwehrbedarfsplanes erforderlich, der nur durch einen Neubau gelöst werden kann.

Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass das Feuerwehrgerätehaus Westercelle am Altstandort derart abgängig ist, dass zeitnah mit den Vorbereitungen des Neubaus begonnen werden muss.

Bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit eines potentiellen neuen Standortes ist der Schutzzieleerreichungsgrad von besonderer Bedeutung. Hier spielt vor allem die ausreichende Tageseinsatzbereitschaft von Feuerwehrkräften eine ausschlaggebende Rolle für die Einhaltung der Schutzziele. Einsätze müssen innerhalb der gesetzlichen Hilfsfristen sichergestellt werden.

Die für die Bemessung der Leistungsfähigkeit zu Grunde gelegte Hilfsfrist für Brandeinsätze der Feuerwehr beträgt 10 Minuten. Abzüglich einer Notrufannahme und Alarmierung verbleiben den Einsatzkräften 8 Minuten, um mit privaten Mitteln ohne Sonderrechte zum Feuerwehrhaus zu gelangen und mit den Einsatzfahrzeugen den Einsatzort zu erreichen.

Die Standortdiskussion hat auf anderer Ebene stattgefunden. Dabei wurden sechs neue Standorte in Westercelle und der Altstandort untersucht. Davon liegen zwei Flächen im Überschwemmungsgebiet. Hier hätte ein langwieriges Prozedere für das wasserrechtliche Verfahren für das Herauslösen der Flächen aus dem Überschwemmungsgebiet und den neu zu schaffenden Retentionsraum einer zeitnahen Umsetzung entgegengestanden. Zwei weitere

Flächen wurden aufgrund des ungünstigen Grundstückszuschnittes für ein Feuerwehrgerätehaus nicht weiterverfolgt und sind auch nicht mehr verfügbar. Bei einem Standort standen grünordnerische Aspekte entgegen. Die Erweiterung des Altstandortes wurde verworfen, da dann das Stadtarchiv hätte verlagert werden müssen. Dieses hätte einen hohen finanziellen Aufwand und einen erheblichen zeitlichen Aufwand für die Suche und Sicherung eines Neustandortes mit sich gebracht.

Insofern wurde nach Abwägung aller Belange, die u.a. die zeitliche Erreichbarkeit des Einsatzortes, die Erreichbarkeit für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und der zeitnahen Verfügbarkeit der Flächen beinhalten, die Entscheidung für den Standort an der Hannoverschen Heerstraße getroffen. Diese Entscheidung, an diesem Standort zu bauen, wurde vor Beginn der Bauleitplanung abgewogen und politisch beschlossen.

In absehbarer Zeit verfügt die Stadt über keine weiteren Flächen, die als geeigneter Standort einer Stadtteilfeuerwehr herangezogen werden können. Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Westercelle wird prioritär im Feuerwehrbedarfsplan dargestellt.

## **7.5 Zusammenfassung**

Da das Planverfahren gem. § 13 BauGB ohne Umweltprüfung oder Umweltbericht durchgeführt wurde, wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB von einer zusammenfassenden Erklärung abgesehen.

# **8 Auswirkungen der Planung, Kosten und Finanzierung**

## **8.1 Auswirkungen**

### **- Gender und Mainstreaming und Integration**

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB sind Gender Mainstreaming und Integration bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen. Dabei ist dem Grundsatz der Barrierefreiheit i. S. eines gleichberechtigten Zugangs zur physischen Umwelt gemäß Artikel 9 (Zugänglichkeit) des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf geeignete Weise Rechnung zu tragen. Besonders sind auch die besonderen Belange von Menschen mit einer Sehbehinderung zu beachten, eine Gleichstellung der Geschlechter zu fördern sowie der Grundsatz der Antidiskriminierung zu berücksichtigen.

Mit dem Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle wird ein zeitgemäßes, den technischen Anforderungen entsprechendes Feuerwehrgerätehaus neu geplant. Mit der Planung kommt die Stadt ihrer hoheitlichen Aufgabe der Sicherung des Brandschutzes nach. Geschlechtsspezifische Aussagen sowie Aussagen zur Integration bei dieser baulichen Anlage können auf dieser Ebene der Bauleitplanung nicht getroffen werden. In den nachfolgenden Genehmigungs- und Ausführungsplanungen sind diese Ziele zu berücksichtigen.

Die Flächen befinden sich bereits im Eigentum der Stadt.

## **8.2 Finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Celle**

Die Stadt wird die Kosten für die Errichtung der Gemeinbedarfseinrichtung tragen. Zusätzlich entstehen Kosten für die Planung. Ausgleichsmaßnahmen für die zu erwartenden Eingriffe in den Naturhaushalt sind nicht zu erwarten, da Eingriffe in den Naturhaushalt, die aufgrund der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes zu erwarten waren, im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB bereits vor der planerischen Entscheidung zulässig sind bzw. zulässig waren. Die durchgeführte Artenschutzprüfung hat ergeben, dass insgesamt 16 Nisthilfen und 6 Fledermauskästen als sogenannte CEF-Maßnahme vor Baubeginn auf dem Grundstück oder auf angrenzenden Grundstücken aufzuhängen sind. Hier sind für den Erwerb der Nisthilfen, aber auch ggf. für das Monitoring (Sichtung der Nisthilfen in den vorgeschriebenen Abständen und Pflege und Unterhaltung der Kästen) Kosten zu erwarten.

Allerdings handelt es sich bei den betroffenen Flächen um gesicherte Waldflächen gem. Nds. Waldgesetz. Daher muss im Rahmen des Planverfahrens eine Waldumwandlung für die Flächen erfolgen. Hierbei sind Flächen für die Ersatzaufforstung zur Verfügung zu stellen. Dazu gibt es bereits von der Stadt angelegte Ausgleichsflächen, insofern werden hier kaum Kosten entstehen. Außerdem wird die Stadt für die entfallenden vier Straßenbäume freiwillige Ergänzungspflanzungen an geeigneten Stellen im Straßenraum vornehmen. Auch dieses kostet.

Die Unterhaltung der Gemeinbedarfseinrichtung wird dauerhaft von der Stadt getragen.

### **8.3 Finanzielle Auswirkungen auf Dritte**

Da es sich um eine Hoheitsaufgabe der Stadt handelt, werden keine finanziellen Auswirkungen auf Dritte erwartet.

### **8.4 Art der Finanzierung**

Die Stadt wird das Feuerwehrgerätehaus aus städtischen Mitteln finanzieren.

## **9 Realisierung**

### **9.1 Bodenordnungsmaßnahmen**

Die Stadt besitzt die Gemeinbedarfsflächen bereits und hat sie zurzeit teilweise zur privaten Nutzung verpachtet. Eine Kündigung der Pacht ist bereits erfolgt. Besondere Maßnahmen zur Bodenordnung werden insofern nicht erforderlich.

### **9.2 Baumaßnahmen**

- möglicher Baubeginn Herbst 2020

## **10 Verfahren**

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 29.11.2018 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes der Innentwicklung nach § 13a des Baugesetzbuches (BauGB) Nr. 39 Wce "Feuerwehrgerätehaus Westercelle" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 25.05.2019 ortsüblich bekannt gemacht.

Die Öffentlichkeit wurde gemäß § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB von den Zielen, Zwecken und wesentlichen Auswirkungen der Planung frühzeitig vom 04.06.2019 bis zum 04.07.2019 informiert.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 03.06.2019 aufgefordert, eine Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB bis zum 04.07.2019 abzugeben. Auch alle nach diesem Zeitpunkt eingegangenen Stellungnahmen wurden bei der weiteren Bearbeitung der Planunterlagen zugrunde gelegt.

Der Ortsrat Westercelle ist gemäß § 94 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 NKomVG in seiner Sitzung am 09.09.2020 bezüglich dieses Bauleitplanverfahrens angehört worden.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 26.05.2020 dem vom Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt GbR angefertigten Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 39 vom 22.04.2020 und der zugehörigen Begründung zugestimmt und deren öffentliche

Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Der Beschluss über die öffentliche Auslegung sowie deren Ort und Dauer wurden am 13.06.2020 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 39 und die zugehörige Begründung sowie die artenschutzrechtliche Prüfung und das Schallgutachten haben in der Zeit vom 23.06.2020 bis zum 23.07.2020 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Parallel dazu wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Datum vom 23.06.2020 aufgefordert, eine Stellungnahme bis zum 29.07.2020 abzugeben.

Der Rat der Stadt Celle hat den Bebauungsplan Nr. 39 nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 08.10.2020 als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie die zugehörige Begründung beschlossen.

## 11 Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch – BauGB  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.10.2017 (BGBl. I S. 3634),  
zuletzt geändert durch Artikel 2 des G vom 28.08.2020 (BGBl. I S. 1728).
  - Baunutzungsverordnung – BauNVO  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786).
  - Planzeichenverordnung – PlanZV  
vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58),  
zuletzt geändert durch Artikel 3 des G vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057).
  - Niedersächsische Bauordnung – NBauO  
vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46),  
zuletzt geändert durch Artikel 7 des G vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244).
  - Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz – NKomVG  
vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 576),  
zuletzt geändert durch Artikel 10 des G vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244).
- Die Fachgutachten, die dem Bebauungsplan zugrunde liegen, können bei Bedarf abgefordert werden.

Aufgestellt:

Dr.-Ing. W. Schwerdt Büro für Stadtplanung GbR  
Waisenhausdamm 7, 38100 Braunschweig

Fachdienst 61 – Stadtplanung

Celle, den .....

Im Auftrag

  
**Dr.-Ing. W. Schwerdt**  
Büro für Stadtplanung GbR  
Waisenhausdamm 7, 38100 Braunschweig  
Telefon (05 31) 123 34-0

[Sachbearbeiter/in]  
Technischer Angestellter

## Anhang 1: Städtebauliche Kenndaten

Art der Nutzung	Fläche	Anteil
Flächen für den Gemeinbedarf	0,36 ha	72 %
Verkehrsflächen, öffentlich	0,14 ha	28 %
<b>Planbereich</b>	<b>0,50 ha</b>	<b>100 %</b>



## Anhang 2: CEF Maßnahme

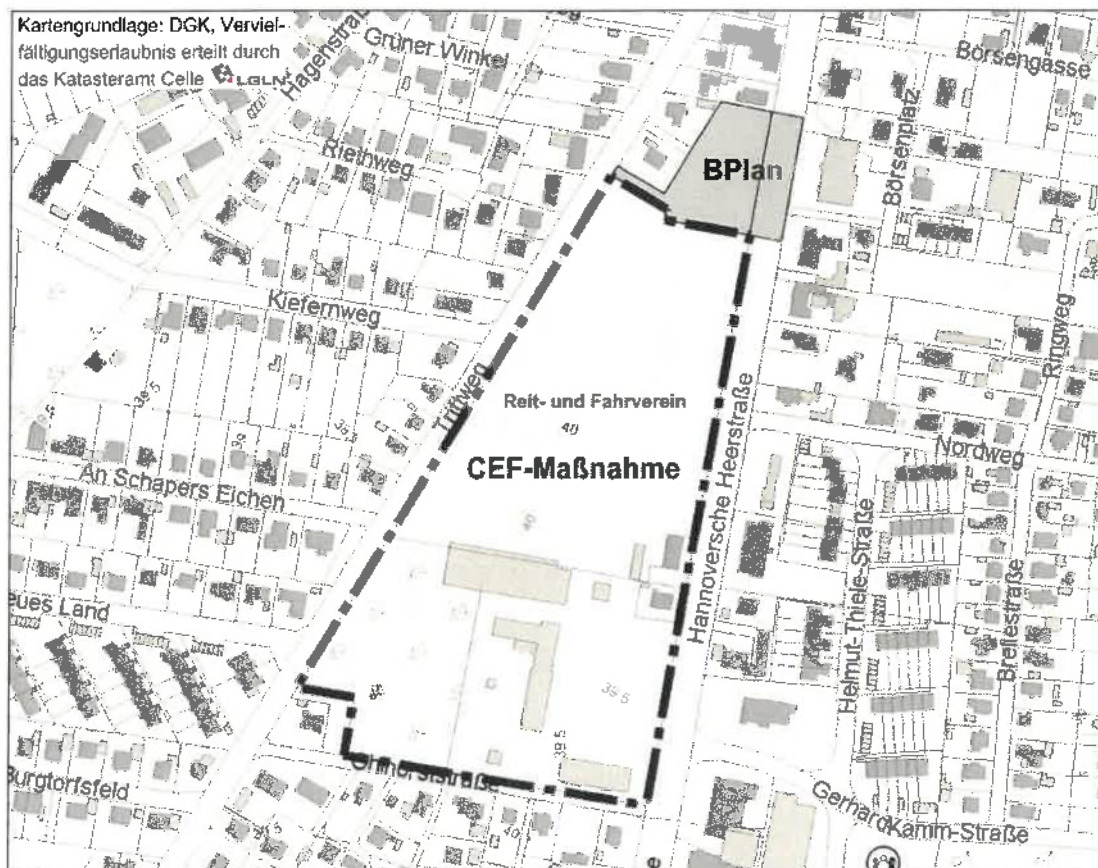
Stadt Celle  
Fachdienst 61 - Stadtplanung



Residenzstadt  
**Celle**

Bebauungsplan Nr. 39 Wce "Feuerwehrgerätehaus Westercelle"

### CEF Maßnahme - Anlage an die Begründung



Für den Entfall der Bäume als potentieller Lebensraum wurde eine Kompensation der Quartierverluste durch ein Fachgutachten als CEF-Maßnahmen ermittelt. Somit ergeben sich folgende neu anzubringende Nisthilfen:

- 8 Nisthilfen für Nischenbrüter,
- 8 Nisthilfen für Höhlenbrüter,
- 6 Sommerquartiere in zwei Gruppen für Fledermäuse.

Die Nisthilfen und Sommerquartiere sind, sofern sie nicht im Plangebiet untergebracht werden können, auf die Bäume des angrenzenden Geländes des Reit- und Fahrvereins zu verteilen. Das Grundstück befindet sich im Eigentum der Stadt Celle.

Biotypenkartierung  
als Fachbeitrag zum  
Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle  
„Feuerwehrgerätehaus Westercelle“



Stand 26.08.2019

im Auftrag Dr.-Ing. W. Schwerdt, Büro für Stadtplanung, Braunschweig

Leitung und Bearbeitung: **ALNUS GbR**

Weitere Mitarbeit



**ALNUS GbR**

Lärchenweg 15a

**38667 Bad Harzburg**

Arbeitsgemeinschaft für Landschaftsplanung

☎ 05322/ 950668  
Fax 05322/ 950669

info@alnus.de  
www.alnus.de



**Inhaltsverzeichnis**

1.	Grundlagen .....	3
1.1	Anlass .....	3
1.2	Auftrag .....	3
1.3	Bearbeitung.....	3
2.	Beschreibung der Planung.....	3
2.1	Ziel der Planung .....	3
2.2	Lage der Planung.....	3
3.	Methodik der Erfassung und Bewertung.....	4
3.1	Erfassung der Biotoptypen.....	4
3.2	Bewertung der Biotoptypen.....	4
4.	Ergebnisse.....	4

**Tabellenverzeichnis**

Tab. 1:	Liste der im Plangebiet nachgewiesenen Biotoptypen nach Drachenfels (2012).....	4
---------	---	---

**Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1:	Lage des Plangebiets .....	3
---------	----------------------------	---

**Anhang:** Literaturverzeichnis

**Anlage:** Plan 1: Istzustand Biotoptypen mit Wertstufen



## 1. Grundlagen

### 1.1 Anlass

Die Stadt Celle plant den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Westercelle. Um Baurecht zu erlangen, sollen der Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt und der im Verfahren befindliche Bebauungsplan Nr. 23 Wce der Stadt Celle „Ohlhorstberg“ aufgehoben werden.

### 1.2 Auftrag

Das Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt, Braunschweig, hat die ALNUS GbR im Frühjahr 2019 mit der Erstellung dieser Biotoptypenkartierung beauftragt.

### 1.3 Bearbeitung

Die Erstellung dieser Biotoptypenkartierung erfolgte unter Beteiligung folgender Bearbeiter:

- ALNUS GbR, Bad Harzburg: Gesamtleitung, Biotoptypen, Vegetation, Flora,

## 2. Beschreibung der Planung

### 2.1 Ziel der Planung

Ziel der Planung ist es, die bauleitplanerischen Voraussetzungen zur Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses zu schaffen.

### 2.2 Lage der Planung

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Westercelle der Stadt Celle (Abb. 1) auf dem Flurstück 110/9 zwischen dem Triftweg im Westen und der Hannoverschen Heerstraße (Bundesstraße B 3) im Osten und umfasst eine Fläche von ca. 0,5 ha.



**Abb. 1:** Lage des Plangebiets (graurot, ohne Maßstab, Quelle Hintergrund: LGLN 2019)



### 3. Methodik der Erfassung und Bewertung

#### 3.1 Erfassung der Biotoptypen

Im Rahmen zweier Ortstermine im Mai und im August 2019 wurde die Biotoptypen .des Plangebiets nach Drachenfels (2016) kartiert (Plan 1).

#### 3.2 Bewertung der Biotoptypen

Die Bewertung der Biotoptypen folgt dem Niedersächsischen Städtetag (2013).

### 4. Ergebnisse

Im Plangebiet konnten die fünf in Tab. 1 aufgeführten Biotoptypen nachgewiesen werden.

**Tab. 1:** Liste der im Plangebiet nachgewiesenen Biotoptypen nach Drachenfels (2012).

<b>Schutz</b>	§	nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Biotop		
	§(ü)	nach § 30 BNatSchG in naturnahen Überschwemmungs- und Uferbereichen von Gewässern geschützt		
<b>RL</b>	Rote Liste der Biotope Niedersachsens (Drachenfels 2012)			
<b>Kategorien</b>	2	stark gefährdet bzw. stark beeinträchtigt		
	3	gefährdet bzw. beeinträchtigt		
	*	schutzwürdig, teilweise auch schutzbedürftig, aber noch nicht landesweit gefährdet		
	d	entwicklungsbedürftiges Degradationsstadium		
<b>Wertstufe</b>	Sechsstufiges Punktesystem nach NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTETAG (2013)			
	0	weitgehend ohne Bedeutung	I	sehr geringe Bedeutung
	II	geringe Bedeutung	III	mittlere Bedeutung
	IV	hohe Bedeutung	V	sehr hohe Bedeutung
<b>Alle Spalten</b>	---	keine Merkmalsausprägung		

Code	Biotoptyp	Fläche (m²)	Schutz	Rote Liste	Wertstufe
Wälder					
WCE	Eichen- und Hainbuchenmischwald mittlerer, mäßig basenreicher Standorte	2.575	---	2	IV
Grünland					
GIT	Intensivgrünland trockener Mineralböden	1.015	---	3d	III
Trockene bis feuchte Stauden- und Ruderalfluren					
UHM	Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte	315	---	*d	II
Gebäude-, Verkehrs- und Industrieflächen					
OVS	Straße	1.095	---	---	0
Gebäude-, Verkehrs- und Industrieflächen					
OVS	Straße	1.095	---	---	0
Gebüsche und Gehölzbestände					
Code	Baumart	Nr.	BHD*	Höhe (m)	Wertstufe
HBE	Stiel-Eiche (Quercus robur)	1	93	23,0	V
	Stiel-Eiche	2	28	17,0	III
	Stiel-Eiche	3	16	10,5	III
	Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)	4	19-29	13,0	III
	Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)	5	32	18,0	III
	Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus) (7 Stämmlinge)	6	8-21	16,5	IV

\* BHD = Brusthöhendurchmesser in 1,30 m Höhe



Der **Eichen- und Hainbuchenmischwald** (siehe Titelblatt) wird von mittelalten Stiel-Eichen (*Quercus robur*) geprägt, die überwiegend als mittleres Baumholz anzusprechen sind. Im Übergang zum Biototyp GIT wachsen jedoch auch einige jüngere Aspen (*Populus tremula*). Die Bodenvegetation des Eichen- und Hainbuchenmischwaldes ist stark gestört. Im Süden finden sich Reste einer ursprünglich dem Pferdesport dienenden Einrichtung. Vermutlich wurde der Wald über längere Zeit beweidet (?).

Das vermutlich von Pferden beweidete **Intensivgrünland** (Biototyp GIT) (siehe Titelblatt) war sowohl im April als auch im August 2019 sehr kurz befressen.

Die **halbruderalen Gras- und Staudenflur** beschreibt das im Plangebiet mit acht sehr unterschiedlichen Straßenbäumen (Biototyp HBE – **Sonstiger Einzelbaum**, Baumgruppe) bewachsene und sporadisch gemähte Straßenbegleitgrün entlang der Bundesstraße B 3 (Biototyp OVS – **Straße**). Von den Straßenbäumen erscheint eine starke Alteiche (siehe Titelblatt) besonders erhaltenswürdig.

#### **Anhang: Literaturverzeichnis**

Drachenfels, O. v. (2016): Kartierschlüssel für Biototypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand Mai 2018. – Naturschutz, Landschaftspflege Niedersachsen, Heft A/4. S. 1-326, Hildesheim.

Niedersächsischer Städtetag (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung. Hannover.



### Biotoptypen (Drachenfels 2016)

GIT = Intensivgrünland trockener Mineralböden

OVS = Straße

UHM = Halbruderaler Gras- u. Staudenflur mittlerer Standort

WCE = Eichen- Hainbuchenmischwald mittlerer Standorte

● HBE = Einzelbaum unterschiedlicher Art u. Dimension

### Wertstufen (Niedersächsischer Städtetag 2013)

■ V = sehr hohe Bedeutung

■ IV = hohe Bedeutung

■ III = allgemeine Bedeutung

■ II = geringe Bedeutung

■ 0 = weitgehend ohne Bedeutung

### Bebauungsplan Nr. 39 Wce "Feuerwehrgerätehaus Westercelle" der Stadt Celle

Plan 1: Istzustand Biotoptypen mit Wertstufen

Stand: 25.08.2019

Maßstab 1: 700



Auftraggeber:

**Dr.-Ing. W. Schwerdt**  
Büro für Stadtplanung  
Waisenhausdamm 7  
38100 Braunschweig  
(0531) 123 34 - 0

Planverfasser:

 **ALNUS GbR**  
Lärchenweg 15 a  
38667 Bad Harzburg  
(05322) 950668  
www.alnus.de

Studie zur  
speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (SAP)  
als Fachbeitrag zum  
Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle  
„Feuerwehrgerätehaus Westercelle“



Stand 11.02.2020

im Auftrag Dr.-Ing. W. Schwerdt, Büro für Stadtplanung, Braunschweig

Leitung und Bearbeitung: **ALNUS GbR**

Weitere Mitarbeit



**ALNUS GbR**

Lärchenweg 15a

**38667 Bad Harzburg**

☎ 05322/ 950668  
Fax 05322/ 950669

info@alnus.de  
www.alnus.de

Arbeitsgemeinschaft für Landschaftsplanung, Naturschutz und Umweltstudien



## Inhaltsverzeichnis

1.	Grundlagen .....	1
1.1	Anlass .....	1
1.2	Rechtlicher Rahmen .....	1
1.3	Auftrag.....	3
1.4	Bearbeitung.....	3
2.	Beschreibung der Planung .....	3
2.1	Ziel der Planung .....	3
2.2	Lage der Planung.....	4
2.3	Mögliche negative Auswirkungen der Planung auf die nach § 44 BNatSchG besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten .....	4
3.	Methodik der Erfassung und Bewertung .....	4
3.1	Untersuchungsräume, Wirkräume und Eingriffsräume.....	5
3.2	Methodik zur artenschutzrechtlichen Prüfung.....	5
3.2.1	Relevanzprüfung – Auswahl des zu prüfenden Artenspektrums.....	5
3.2.2	Konfliktanalyse – Prüfung der Erfüllung von Verbotstatbeständen .....	6
3.2.3	Prüfung der Ausnahmetatbestände – falls Verbotstatbestände eintreten (könnten)....	6
4.	Ergebnisse .....	6
4.1	Betroffene Arten und Prüfung der Auslösung von Verbotstatbeständen .....	6
4.2	Farn- und Blütenpflanzen.....	7
4.3	Säugetiere .....	7
4.4	Europäische Vogelarten.....	9
4.5	Reptilien .....	12
4.6	Amphibien .....	12
4.7	Schmetterlinge .....	13
4.8	Käfer.....	14
4.9	Mollusken (Schnecken und Muscheln) .....	15
4.10	Libellen .....	15
4.11	Schutzmaßnahmen.....	16
4.11.1	Fledermäuse .....	16
4.11.2	Europäische Vogelarten.....	16
4.12	Fazit .....	17

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Farn- und Blütenpflanzen .....	7
Tab. 2: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Säugetiere .....	7
Tab. 3: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der europäischen Vögel.....	10
Tab. 4: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Reptilien.....	12
Tab. 5: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Amphibien.....	13
Tab. 6: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Schmetterlinge.....	14
Tab. 7: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Käfer .....	14
Tab. 8: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Mollusken .....	15
Tab. 9: Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Libellen .....	15

**Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1: Auszug aus dem BNatSchG (I). .....	1
Abb. 2: Auszug aus dem BNatSchG (II). .....	2
Abb. 3: Auszug aus dem BNatSchG (III). .....	2
Abb. 4: Lage des Plangebiets .....	3
Abb. 5: Ergebnisse der Biotoptypenkartierung .....	5

**Anhang:** Literaturverzeichnis

## 1. Grundlagen

### 1.1 Anlass

Die Stadt Celle plant den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Westercelle. Um Baurecht zu erlangen, sollen der Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt und der im Verfahren befindliche Bebauungsplan Nr. 23 Wce der Stadt Celle „Ohlhorstberg“ aufgehoben werden.

### 1.2 Rechtlicher Rahmen

Diese Studie zur artenschutzrechtlichen Prüfung (SAP) als Fachbeitrag zur Bauleitplanung vorzulegen, leitet sich aus § 1a BauGB i. V. m. Anforderungen gemäß Kapitel 5 (Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensgemeinschaften und Biotope) sowie Abschnitt 3 (Besonderer Artenschutz) gemäß §§ 44 und 45 Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) ab.

Das BNatSchG unterscheidet im § 7 Abs. 2 Pkt. 13 und 14 zwischen sogenannten „besonders“ und „streng“ geschützten Arten, wobei die streng geschützten Arten als Teilmenge der besonders geschützten Arten aufzufassen sind (Abb. 1). Als streng geschützte Arten werden die Arten des Anhangs A der EU-Artenschutzverordnung (Verordnung (EG) Nr. 338/97) und die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) (FFH-RL) bezeichnet.

Der Anhang der EU-Artenschutzverordnung wurde durch den Anhang der Verordnung (EU) Nr. 1320/2014 vom 01.12.2014 ersetzt. Die im vorliegenden Artenschutzbeitrag zu betrachtenden Arten werden nachfolgend erläutert.

#### **ZITAT aus dem BNatSchG**

##### **§ 7 Begriffsbestimmungen**

*(2) Für dieses Gesetz gelten folgende weitere Begriffsbestimmungen: ...*

##### **13. besonders geschützte Arten**

- Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang A oder B der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels ..., aufgeführt sind,
- nicht unter Buchstabe a fallende
  - aa) Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt sind,
  - bb) europäische Vogelarten,
- Tier- und Pflanzenarten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1<sup>1</sup> aufgeführt sind;

##### **14. streng geschützte Arten**

*besonders geschützte Arten, die*

- a) in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97,
- b) in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG,
- c) in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 2<sup>2</sup> aufgeführt sind; ...

**Abb. 1:** Auszug aus dem BNatSchG (I)

<sup>1</sup> § 54 Abs. 1 BNatSchG: Derzeit gibt es eine solche Rechtsverordnung noch nicht.

<sup>2</sup> § 54 Abs. 2 BNatSchG: Derzeit gibt es eine solche Rechtsverordnung noch nicht.



Die generellen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind gemäß Abb. 2 gefasst und werden durch den für Eingriffsplanungen und -vorhaben relevanten Absatz 5 des § 44 BNatSchG, in dem die Legalausnahme des Satzes 5 besondere Bedeutung erlangt und der auch auf Bauleitplanungen nach dem BauGB anzuwenden ist, ergänzt (Abb. 3).

**ZITAT aus dem BNatSchG**

**§ 44 Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten**

(1) Es ist verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören

(Zugriffsverbote).

**Abb. 2:** Auszug aus dem BNatSchG (II)

**ZITAT aus dem BNatSchG**

**§ 44 Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten**

(5) Für nach § 15 Absatz 1 unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Absatz 1 oder Absatz 3 zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,
2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,
3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

**Abb. 3:** Auszug aus dem BNatSchG (III)

Werden die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen zur Genehmigung des Eingriffs die Ausnahmevoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein. Es kann daher bei Eingriffsplanungen und -vorhaben eine Ausnahme zugelassen werden, wenn zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art vorliegen (§ 45 Abs. 7 Pkt. 5 BNatSchG). Die Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen der betroffenen Arten nicht verschlechtert und insbesondere bezüglich der Arten des Anhangs IV FFH-RL der günstige Erhaltungszustand der Populationen der Art gewahrt bleibt.

### 1.3 Auftrag

Das Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt, Braunschweig hat die ALNUS GbR im Frühjahr 2019 mit der Erstellung dieser Studie zur artenschutzrechtlichen Prüfung beauftragt.

### 1.4 Bearbeitung

Die Erstellung dieser Studie zur artenschutzrechtlichen Prüfung erfolgte unter Beteiligung folgender Bearbeiter:

- ALNUS GbR, Bad Harzburg: Gesamtleitung, Biotoptypen, Vegetation, Flora, Studie zur artenschutzrechtlichen Prüfung

## 2. Beschreibung der Planung

### 2.1 Ziel der Planung

Ziel der Planung ist es, die bauleitplanerischen Voraussetzungen zur Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses zu schaffen.



**Abb. 4:** Lage des Plangebiets (graurot, ohne Maßstab, Quelle Hintergrund: LGLN 2019)

## 2.2 Lage der Planung

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Westercelle der Stadt Celle (Abb. 4) auf dem Flurstück 110/9 zwischen dem Triftweg im Westen und der Hannoverschen Heerstraße (Bundesstraße B 3) im Osten und umfasst eine Fläche von ca. 0,5 ha.

## 2.3 Mögliche negative Auswirkungen der Planung auf die nach § 44 BNatSchG besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten

Die Umsetzung der Planung ist mit der Umwandlung eines ca. 2.575 m<sup>2</sup> großen mittelalten Eichenwaldes (WCE – Biototyp nach Drachenfels 2016; Abb. 5) und der Fällung einiger straßenbegleitender Einzelbäume verbunden. Zudem wird eine Fläche von ca. 1.013 m<sup>2</sup> Intensivgrünland trockener Mineralböden (GIT – Biototyp nach Drachenfels 2016, Abb. 5) überplant.

Mit der Umwandlung des Waldes und des Grünlandes in eine bebaute Fläche sowie mit der Fällung einiger straßenbegleitender Einzelbäume geht für nach § 44 BNatSchG besonders geschützte Tierarten potenziell geeigneter Lebensraum verloren.

### Baubedingte mögliche negative Auswirkungen

- Zerstörung potenzieller Lebensräume besonders geschützter Arten durch Waldrodung, Fällung von Einzelbäumen und Bodenabtrag im Eingriffsraum
- Tötung oder Schädigung von Einzelindividuen im Zuge der Baufeldräumung und Bauverkehr
- Störung von Populationen oder Einzelindividuen durch baubedingte Emissionen (Lärm)

### Anlagenbedingte mögliche negative Auswirkungen

- Tötung, Schädigung oder Störung von mobilen Einzelindividuen durch bauliche Anlagen (z. B. Tierfallen für Amphibien, Vogelschlag an Fenstern) im Eingriffsraum

### Betriebsbedingte mögliche negative Auswirkungen

- Tötung, Schädigung oder Störung von mobilen Einzelindividuen im Betrieb (z. B. Amphibien durch Fahrzeugbewegungen) im Eingriffsraum
- Störung von lokalen Populationen oder Einzelindividuen durch betriebsbedingte Emissionen (z. B. Sirenen)

### Störfallbedingte mögliche negative Auswirkungen

- Tötung, Schädigung oder Störung von lokalen Populationen oder Einzelindividuen durch Emissionen bei Gebäudebrand oder Unfällen mit Gefahrstoffen

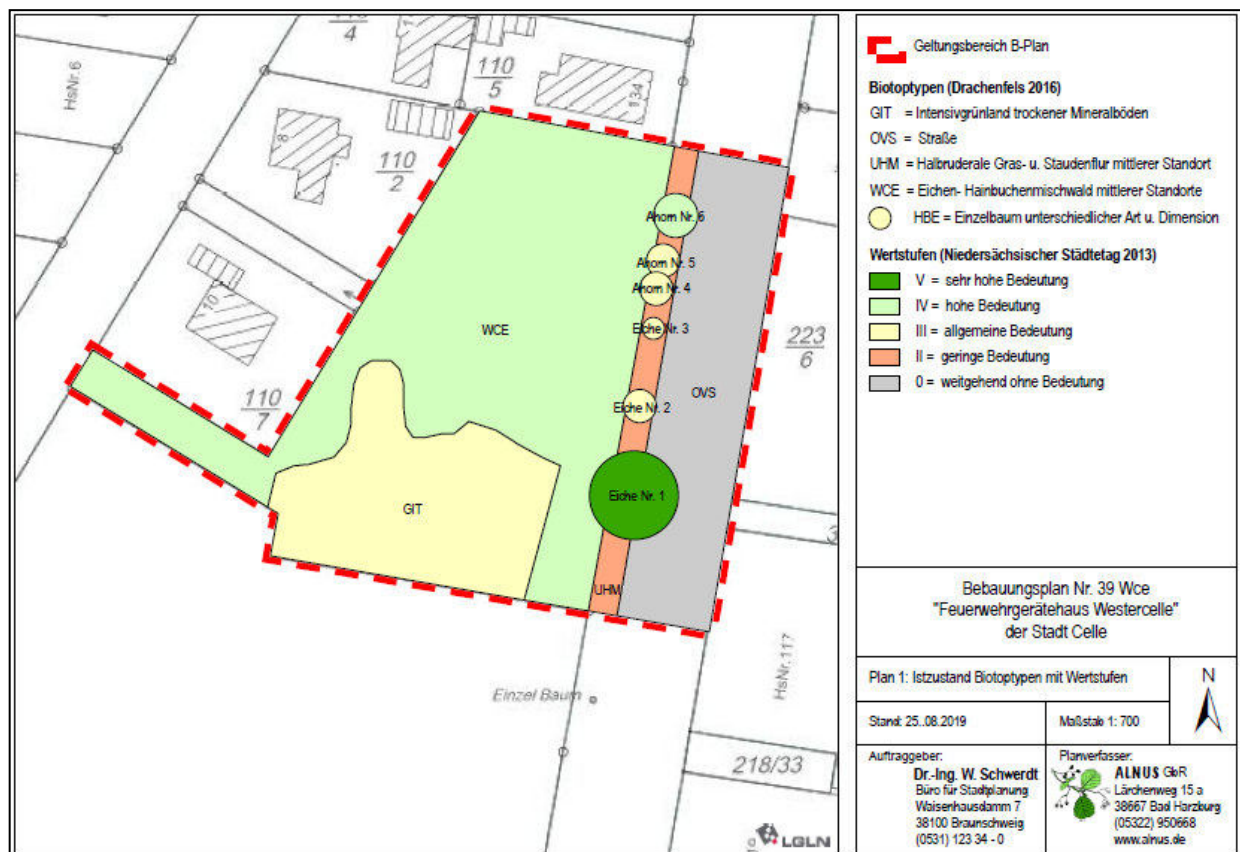
## 3. Methodik der Erfassung und Bewertung

Im Rahmen des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB wurden weder faunistische noch floristische Untersuchungen zu einzelnen Artengruppen der besonders geschützten Arten veranlasst. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans der Stadt Celle Nr. 39 WCE „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ sowie sein näheres Umfeld werden jedoch auf Basis einer Biotopkartierung nach Drachenfels (2016) cha-

rakterisiert (Abb. 5), wobei im Zuge zweier Ortstermine im Mai und im August 2019 auf Vorkommen der besonders geschützten Arten geachtet wurde.

### 3.1 Untersuchungsräume, Wirkräume und Eingriffsräume

Als Untersuchungsraum (UR) wird für sämtliche in der SAP zu betrachtenden Arten der Geltungsbereich des Bebauungsplans Abb. 5 festgelegt. Der UR entspricht dem Wirkraum (WR). Als Eingriffsraum (ER) wird für die einzelnen Arten ebenfalls der Geltungsbereich des Bebauungsplans angenommen.



**Abb. 5:** Ergebnisse der Biotypenkartierung

### 3.2 Methodik zur artenschutzrechtlichen Prüfung

Die Vorgehensweise zur Erstellung der artenschutzrechtlichen Prüfung gliedert sich grob in die drei Arbeitsschritte Relevanzprüfung, Konfliktanalyse und Prüfung der Ausnahmetatbestände.

#### 3.2.1 Relevanzprüfung – Auswahl des zu prüfenden Artenspektrums

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung müssen alle Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie die europäischen Vogelarten betrachtet werden. Da für keine Artengruppe faunistische oder floristische Untersuchungen beauftragt wurden, erfolgt bei allen relevanten Arten die Sichtung aktueller Verbreitungskarten auf Ebene von Messtischblättern (TK25).

Verbreitungskarten der FFH-Arten wurden aus dem FFH-Bericht 2019 (BfN 2019, [www.bfn.de](http://www.bfn.de)) ausgewertet. Räumlich höher aufgelöst (TK25-Quadranten) liegen Verbreitungskarten in den „Vollzugshinweisen für Arten und Lebensraumtypen“ im Rahmen der Niedersächsischen Strategie zum Arten- und Bio-

topschutz auf den Internet-Seiten des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN 2009–2018) vor. Sie wurden nur ergänzend berücksichtigt, da ihre Datengrundlage gegenüber den Daten des BfN (2019) älter ist. Für einzelne Arten oder Artengruppen ergänzend genutzte Quellen werden im Text genannt.

Das in Niedersachsen zu prüfende Artenspektrum lässt sich aus der Liste der streng geschützten Arten dieses Bundeslands (Theunert 2015a, b) herleiten. Diese Grundgesamtheit der Arten wird schrittweise nach bestimmten Kriterien bis auf die letztlich zu prüfenden Arten verringert, die sich ausschließlich aus den Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und den europarechtlich geschützten Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie (alle europäischen Vogelarten) zusammensetzen, die im Bereich der Planung (potenziell) vorkommen.

Durch eine projektspezifische Abschichtung (Ausschlussverfahren) werden die Arten aus der artenschutzrechtlichen Prüfung ausgeschlossen, für die eine verbotstatbeständige Betroffenheit durch die Planung mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann (Relevanzschwelle). Kriterien für das Ausschlussverfahren sind insbesondere das aktuelle Verbreitungsbild bzw. konkret das Fehlen im zu betrachtenden Naturraum, in der Regel definiert als Gebiet eines Messtischblattes (MTB, Topografische Karte 1: 25.000). Mögliche Erfassungslücken werden durch Berücksichtigung eines potenziellen Vorkommens berücksichtigt, in diesem Fall bezogen auf die MTB 3326 Celle und 3426 Wathlingen.

Anschließend wird die Möglichkeit des Vorkommens der bis zu diesem Schritt verbliebenen Arten im Bereich der betroffenen Eingriffsfläche abgeschätzt. Hierzu werden vor allem die Habitatansprüche der zu prüfenden Arten mit den Gegebenheiten vor Ort abgeglichen. In diesem Schritt werden z. B. Arten wie die Liebellensart „Große Moosjungfer“ (*Leucorrhinia pectoralis*) ausgeschlossen, weil ihre Lebensraumansprüche vor Ort nicht erfüllt sind. Es verbleiben schließlich die Arten, bei denen Beeinträchtigungen durch die Planung zu erwarten oder zumindest nicht auszuschließen sind, weil sie auf die bau-, betriebs-, anlagen- oder störfallbedingten Wirkungen der Planung reagieren. Für diese Arten wird schließlich die eigentliche artenschutzrechtliche Prüfung bzw. die Konfliktanalyse durchgeführt.

### **3.2.2 Konfliktanalyse – Prüfung der Erfüllung von Verbotstatbeständen**

Für die im Rahmen der Relevanzprüfung ermittelten Arten wird geprüft, ob für sie Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 BNatSchG bei Umsetzung der Planung zu erwarten sind. Die Prüfung erfolgt auf Basis der Raumbeschreibung in Kap. 2.1 und den im Kap. 2.2 beschriebenen wesentlichen Wirkungen (Wirkfaktoren) der Planung.

### **3.2.3 Prüfung der Ausnahmetatbestände – falls Verbotstatbestände eintreten (könnten)**

Die naturschutzrechtlichen Voraussetzungen für eine Ausnahmegenehmigung von Verboten nach § 45 Abs. 7 BNatSchG werden geprüft, sofern Verbotstatbestände ermittelt werden.

## **4. Ergebnisse**

### **4.1 Betroffene Arten und Prüfung der Auslösung von Verbotstatbeständen**

Die Abschichtungstabellen zu den einzelnen Artengruppen dokumentieren die Relevanzprüfung. Es wird deutlich, dass kaum mit dem Auftreten streng geschützter Arten im WR des Feuerwehrgerätehauses zu rechnen ist. Ausgenommen von dieser Einschätzung sind die sehr mobilen europäischen Vogelarten sowie die Gruppe der heimischen Fledermäuse.

## 4.2 Farn- und Blütenpflanzen

Im Zuge der Biotoptypenkartierung konnte keine Farn- und Blütenpflanzen des Anhangs IV der FFH-RL nachgewiesen werden (Tab. 1). Somit sind für Farn- und Blütenpflanzen insgesamt Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen.

**Tab. 1:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Farn- und Blütenpflanzen

Rote Liste Niedersachsen (Garve 2004)

Kategorien: 0 ausgestorben oder verschollen  
1 vom Aussterben bedroht  
2 stark gefährdet  
R extrem selten

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
Farn- und Blütenpflanzen								
<i>Apium repens</i>	Kriechender Sellerie	1	---	---	---	---	---	---
<i>Botrychium simplex</i>	Einfache Mondraute	0	---	---	---	---	---	---
<i>Cypripedium calceolus</i>	Frauenschuh	2	---	---	---	---	---	---
<i>Jurinea cyanoides</i>	Sand-Silberscharte	0	---	---	---	---	---	---
<i>Liparis loeselii</i>	Sumpf-Glanzkraut	2	---	---	---	---	---	---
<i>Luronium natans</i>	Froschkraut	2	---	---	---	---	---	---
<i>Oenanthe conioides</i>	Schierling-Wasserfenchel	1	---	---	---	---	---	---
<i>Pulsatilla vernalis</i>	Frühlings-Küchenschelle	0	---	---	---	---	---	---
<i>Saxifraga hirculus</i>	Moor-Steinbrech	0	---	---	---	---	---	---
<i>Thesium ebracteatum</i>	Vorblattloses Leinblatt	1	---	---	---	---	---	---
<i>Trichomanes speciosum</i>	Prächtiger Dünnfarn	R	---	---	---	---	---	---
Erläuterungen: x - Nachweis liegt vor v - generalisiertes Verbreitungsgebiet --- fehlende Relevanz + Relevanz								

## 4.3 Säugetiere

Im Zuge der Biotoptypenkartierung konnten keine Arten von Säugetieren des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nachgewiesen werden. Auch wurden keine besonderen Strukturen, die als besonders geeignete Lebensstätten der Arten (z. B. pränante Höhlenbäume) eingestuft werden können, festgestellt.

Prüferelevant gemäß der Tab. 2 sind jedoch zwölf Fledermausarten, deren Vorkommen vor Ort nicht vollständig auszuschließen ist und die im Jahreszyklus zumindest zeitweilig ältere Baumbestände oder Einzelbäume als Habitate nutzen.

Im Zuge der Biotopkartierung konnte die Eignung einzelner Bäume als Wochenstuben oder als Überwinterungsquartiere mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, so dass planungsbedingte erhebliche Störungen nach § 44 Satz (1) Nr. 2 BNatSchG vollständig ausgeschlossen werden können.

**Tab. 2:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Säugetiere

Rote Liste Niedersachsen (Heckenroth 1991)

Kategorien:

- \* ungefährdet
- 0 ausgestorben oder verschollen      (0) Vorkommen in Niedersachsen bekannt
- 1 vom Aussterben bedroht
- 2 stark gefährdet
- 3 gefährdet
- 4 potenziell gefährdet

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
Sonstige Säugetiere								
<i>Canis lupus</i>	Wolf	(0)	x	---	---	---	---	---
<i>Castor fiber</i>	Biber	(0)	v	---	---	---	---	---
<i>Cricetus cricetus</i>	Europäischer Feldhamster	2	---	---	---	---	---	---
<i>Felis silvestris</i>	Wildkatze	2	---	---	---	---	---	---
<i>Lutra lutra</i>	Eurasischer Fischotter	1	x	---	---	---	---	---
<i>Lynx lynx</i>	Eurasischer Luchs	(0)	---	---	---	---	---	---
<i>Muscardinus avellanarius</i>	Haselmaus	4	---	---	---	---	---	---
<i>Mustela lutreola</i>	Europäischer Wildnerz	(0)	---	---	---	---	---	---
Fledermäuse								
<i>Barbastella barbastella</i>	Mopsfledermaus	1	---	+	---	---	---	---
<i>Eptesicus nilssonii</i>	Nordfledermaus	2	---	+	---	---	---	---
<i>Eptesicus serotinus</i>	Breitflügelfledermaus	2	x	+	---	---	---	---
<i>Myotis alcathoe</i>	Nymphenfledermaus	---	---					
<i>Myotis bechsteinii</i>	Bechsteinfledermaus	2	---	+	---	+	+	+
<i>Myotis brandtii</i>	Große Bartfledermaus	2	x	+	---	+	+	+
<i>Myotis dasycneme</i>	Teichfledermaus	2	---	---	---	---	---	---
<i>Myotis daubentonii</i>	Wasserfledermaus	3	---	+	---	+	+	+
<i>Myotis myotis</i>	Großes Mausohr	2	v	+	---	+	+	+
<i>Myotis mystacinus</i>	Kleine Bartfledermaus	2	v	+	---	+	+	+
<i>Myotis nattereri</i>	Fransenfledermaus	2	x	+	---	+	+	+
<i>Nyctalus neisleri</i>	Kleiner Abendsegler	1	v	+	---	+	+	+
<i>Nyctalus noctula</i>	Großer Abendsegler	2	x	+	---	+	+	+
<i>Pipistrellus nathusii</i>	Rauhautfledermaus	2	x	+	---	+	+	+
<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	Zwergfledermaus	3	x	---	---	---	---	---
<i>Pipistrellus pygmaeus</i>	Mückenfledermaus	---	x	---	---	---	---	---
<i>Plecotus auritus</i>	Braunes Langohr	2	x	+	---	+	+	+
<i>Plecotus austriacus</i>	Graues Langohr	2	v	+	---	+	+	+
<i>Rhinopholus hipposideros</i>	Kleine Hufeisennase	0	---	---	---	---	---	---
<i>Vespertilio murinus</i>	Zweifelfledermaus	1	---	---	---	---	---	---
Fledermäuse								
Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>x - Nachweis liegt vor</li> <li>v - generalisiertes Verbreitungsgebiet</li> <li>(0) Art zwischenzeitlich nachgewiesen</li> <li>--- fehlende Relevanz</li> <li>+ Relevanz</li> </ul>								



Nicht vollständig auszuschließen ist jedoch, dass einzelne Bäume Strukturen (z. B. Baumhöhlen) aufweisen, die ihre Nutzung als Sommerquartiere möglich erscheinen lassen.

Für die zwölf Fledermausarten gilt, dass ein Verstoß gegen das Tötungs- und Schädigungsverbot nach § 44 Satz (1) Nr. 1 BNatSchG vermieden wird, sofern mit Umsetzung der Planung erforderliche Baumfällungen ausschließlich während der Wintermonate zwischen November und Februar (Schutzmaßnahme) durchgeführt werden.

Eine vollständige Erfassung der Fledermausfauna wurde behördlich nicht gefordert und beauftragt. Daher ist nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen, dass das Fällen einer größeren Anzahl im Plangebiet wachsender mittelalter Bäume für die potenziell im Plangebiet vorkommenden Fledermausarten keinen signifikanten Einfluss auf die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang nach § 44 Satz (1) Nr. 3 i. V. m. § 44 Satz (5) Nr. 3 hat (worst-case-szenario).

Um einen artenschutzrechtlich relevanten Verlust von sommerlichen Ruhestätten von Fledermäusen vollständig auszuschließen, sind vor Umsetzung der Waldumwandlung für die Bäume besiedelnden Arten insgesamt 6 Fledermauskästen in zwei Gruppen im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufzuhängen (Schutzmaßnahme, CEF-Maßnahme).

Die Anzahl der Fledermauskästen leitet sich aus der Annahme ab, dass zumindest 6 mittelalte Bäume potenzielle Habitateignung als Sommerquartier für Fledermäuse aufweisen. Es sollen Fledermauskästen Verwendung finden, die potenziell auch als Wochenstube oder Winterquartier geeignet sind (z. B. Schwegler 1 FS, 1FW, 3 FF oder baugleich).

Unter Beachtung der Schutzmaßnahme sind für die Säugetierarten insgesamt Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen.

#### 4.4 Europäische Vogelarten

Sämtliche europäischen Vogelarten genießen den gleichen Schutzstatus nach Art. I der Vogelschutz-Richtlinie. Die Prüftiefe der jeweiligen Arten muss jedoch in der artenschutzrechtlichen Prüfung für die einzelnen Vogelarten nicht einheitlich erfolgen, da in dieser Artengruppe i. d. R. große Unterschiede hinsichtlich der Planungsrelevanz vorliegen (z. B. Runge et al. 2009).

In Niedersachsen gelten nach Theunert (2015a) ca. 400 europäische Vogelarten als besonders geschützt. Sofern planungsbedingte Tötungen ausgeschlossen werden können, sind in Anlehnung an RUNGE (2009) weit verbreitete und sehr häufige Arten nicht zu prüfen, da generell nicht zu erwarten ist, dass die ökologische Funktion der von einem Vorhaben oder einer Planung betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang erheblich beeinträchtigt werden. Dies gilt auch für solche Arten, deren Status im UR diese Annahme ebenfalls rechtfertigt. Ausgeschlossen werden:

- Vogelarten, die in Niedersachsen als ausgestorben gelten (z. B. Moorente, *Aythya nyroca*) oder letztmalig vor 1990 beobachtet wurden (z. B. Zippammer, *Emberiza cia*)
- In Niedersachsen einzustufende Irrläufer, Durchzügler und Gastvogelarten ohne Brutverdacht (z. B. Zitronenzeisig, *Carduelis citrinella*)
- bundesweit sehr häufige, ubiquitäre Arten (z. B. Kohlmeise, *Parus major*) (Runge et al. 2009)
- niedersachsenweit sehr häufige Arten (z. B. Eichelhäher, *Garrulus glandarius*) (Krüger et al. 2014)
- Arten, die im Wirkraum der Planung keinen geeigneten Lebensraum finden, hierzu zählen z. B. sämtliche Arten von Wasservögeln. Das Plangebiet ist in Anlehnung an Theunert (2015a) durch die Lebensräume „Wälder“ und „Gehölze“ geprägt.

- Arten, die zwar im Wirkraum potenziell geeignete Lebensräume vorfinden, deren bekanntes Verbreitungsgebiet jedoch nicht im Umfeld der Planung liegt (z. B. Grauspecht, *Picus canus*)
- Vogelarten ohne Brutverdacht mit großem Raumanpruch (z. B. Habicht, *Accipiter gentilis*)

Im Ergebnis der Abschichtung ist wegen des Fehlens einer aktuellen Brutvogelkartierung eine planungsbedingte Betroffenheit von 40 europäischen Vogelarten nicht vollständig auszuschließen (Tab. 3).

**Tab. 3:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der europäischen Vögel

Rote Liste Niedersachsen (Krüger & Nipkow 2015)

Kategorien : \* ungefährdet  
3 gefährdet  
V Vorwarnliste

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Aegithalos caudatus</i>	Schwanzmeise	*	v	+	---	+	+	+
<i>Anthus trivialis</i>	Baumpieper	V	v	+	---	+	+	+
<i>Asio optus</i>	Waldohreule	3	v	+	---	+	+	+
<i>Carduelis cannabina</i>	Bluthänfling	V	v	+	---	+	+	+
<i>Carduelis carduelis</i>	Stieglitz	*	v	+	---	+	+	+
<i>Carduelis flammea</i>	Birkenzeisig	*	v	+	---	+	+	+
<i>Certhia brachydactyla</i>	Gartenbaumläufer	*	v	+	---	+	+	+
<i>Certhia familiaris</i>	Waldbaumläufer	*	v	+	---	+	+	+
<i>Coccothraustes coccothra.</i>	Kernbeißer	*	v	+	---	+	+	+
<i>Cuculus canorus</i>	Kuckuck	3	v	+	---	+	+	+
<i>Dendrocopos major</i>	Buntspecht	*	v	+	---	+	+	+
<i>Dendrocopos medius</i>	Mittelspecht	*	v	+	---	+	+	+
<i>Dryobates minor</i>	Kleinspecht	3	v	+	---	+	+	+
<i>Ficedula hypoleuca</i>	Trauerschnäpper	V	v	+	---	+	+	+
<i>Hippolais icterina</i>	Gelbspötter	*	v	+	---	+	+	+
<i>Locustella naevia</i>	Feldschwirl	3	v	+	---	+	+	+
<i>Lullula arborea</i>	Heidelerche	3	v	+	---	+	+	+
<i>Luscinia megarhynchos</i>	Nachtigall	3	v	+	---	+	+	+
<i>Muscicapa striata</i>	Grauschnäpper	V	v	+	---	+	+	+
<i>Oriolus oriolus</i>	Pirol	3	v	+	---	+	+	+
<i>Parus cristatus</i>	Haubenmeise	*	v	+	---	+	+	+
<i>Parus montanus</i>	Weidenmeise	*	v	+	---	+	+	+
<i>Parus palustris</i>	Sumpfmeise	*	v	+	---	+	+	+
<i>Passer montanus</i>	Feldsperling	V	v	+	---	+	+	+
<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	Gartenrotschwanz	V	v	+	---	+	+	+
<i>Phylloscopus sibilatrix</i>	Waldlaubsänger	*	v	+	---	+	+	+
<i>Pica pica</i>	Elster	3	v	+	---	+	+	+
<i>Picus viridis</i>	Grünspecht	*	v	+	---	+	+	+
<i>Pyrhula pyrrhula</i>	Gimpel	*	v	+	---	+	+	+
<i>Remiz pendulinus</i>	Beutelmeise	3	v	+	---	+	+	+
<i>Scolopax rustica</i>	Waldschnepfe	*	v	+	---	+	+	+
<i>Serinus serinus</i>	Girlitz	*	v	+	---	+	+	+
<i>Sitta europaea</i>	Kleiber	*	v	+	---	+	+	+
<i>Streptopelia decaocto</i>	Türkentaube	*	v	+	---	+	+	+

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Streptopelia turtur</i>	Turteltaube	*	v	+	---	+	+	+
<i>Sturnus vulgaris</i>	Star	*	v	+	---	+	+	+
<i>Sylvia borin</i>	Gartengrasmücke	*	v	+	---	+	+	+
<i>Sylvia curruca</i>	Klappergrasmücke	*	v	+	---	+	+	+
<i>Turdus pilaris</i>	Wacholderdrossel	*	v	+	---	+	+	+
<i>Turdus viscivorus</i>	Misteldrossel	*	v	+	---	+	+	+
Erläuterungen: x - Nachweis liegt vor v - generalisiertes Verbreitungsgebiet --- fehlende Relevanz + Relevanz								

Eine Verletzung des Tötungs- und Schädigungsverbotes nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird bei allen Arten durch Vorgaben zur Rodung von Gehölzen ausgeschlossen. Diese sind auf den Zeitraum November bis Februar (Schutzmaßnahme) zu begrenzen.

Wenn auch acht der 40 Vogelarten auf der Roten Liste und sechs weitere Arten auf der Vorwarnliste (Krüger & Nipkow 2015) geführt werden, so sind die lokalen Populationen der Arten im Naturraum doch noch so individuenstark, dass eine planungsbedingte erhebliche Störung gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 für sämtliche Arten auszuschließen ist.

Nur einjährig genutzte Nester freibrütender Vogelarten gelten nur für den Brutzeitraum als Fortpflanzungsstätten, so dass die Zerstörung dieser Nester nach Abschluss der Brutzeit nicht unter die Verbotsstatbestände des § 44 Abs. (1) Nr. 3 fällt.

Eine vollständige Erfassung der Brutvogelfauna wurde behördlich nicht gefordert und beauftragt. Daher ist nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen, dass das Fällen einer größeren Anzahl im Plangebiet wachsender mittelalter Bäume für die potenziell im Plangebiet vorkommenden Kleinhöhlen-, und Nischenbrüter keinen signifikanten Einfluss auf die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang nach § 44 Satz (1) Nr. 3 i. V. m. § 44 Satz (5) Nr. 3 hat (worst-case-szenario).

Von dem Verlust an Fortpflanzungsstätten sind vor allem in mehrjährig beflogenen Kleinhöhlen und Nischen brütende Vogelarten wie z. B. der Trauerschnäpper (*Ficedula hypoleuca*) oder der Gartenbaumläufer (*Certhia brachydactyla*) betroffen. Im Zuge der Biototypenkartierung konnten jedoch keine beflogenen Bruthöhlen nachgewiesen werden.

Um einen etwaigen Verlust von Fortpflanzungsstätten der Höhlen- und Nischenbrüter vollständig auszuschließen, sind vor Umsetzung der Waldumwandlung für die in Höhlen- und Nischen brütenden Arten Gartenbaumläufer, Waldbaumläufer, Trauer- und Grauschnäpper, Sumpfmehse, Feldsperling, Kleiber und Star insgesamt 16 handelsübliche Nistkästen (8 Stk. für Höhlenbrüter, 8 Stk. für Nischenbrüter) im Plangebiet oder seinem näheren Umfeld aufzuhängen (Schutzmaßnahme, CEF-Maßnahme).

Die Anzahl der Nistkästen leitet sich aus der Annahme ab, dass jeweils zwei Reviere der genannten Arten zumindest teilflächig von der Planung berührt werden.

Für die vier Arten von Spechten und die Hauben- und die Weidenmeise (*Parus cristatus*, *Parus montanus*) sind keine Schutzmaßnahmen erforderlich, da diese in der Lage sind, zur Brutzeit neue Bruthöhlen anzulegen.

Unter Beachtung der Schutzmaßnahme sind im Hinblick auf die europäischen Vogelarten planungsbedingte Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen.

#### 4.5 Reptilien

Das BfN (2019) weist für die MTB 3326 und 3426 sowohl Vorkommen der **Zauneidechse** (*Lacerta agilis*) als auch der **Schlingnatter** (*Coronella austriaca*) nach (Tab. 4). Das Plangebiet liegt zudem im Zentrum des generalisierten Verbreitungsgebiets der jeweiligen Art. Der NLWKN (2009–2018) weist in seinen Verbreitungskarten hingegen keine Vorkommen beider Arten für die MTB aus. Der Status der **Sumpfschildkröte** ist unklar. In Niedersachsen gilt sie als ausgestorben, es gibt jedoch Versuche der Wiederansiedlung.

**Tab. 4:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Reptilien

Rote Liste Niedersachsen (Podloucky & Fischer 2013)

Kategorien: 2 stark gefährdet  
3 gefährdet

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Coronella austriaca</i>	Schlingnatter	2	x	---	---	---	---	---
<i>Emys orbicularis</i>	Europäische Sumpfschildkröte	0	---	---	---	---	---	---
<i>Lacerta agilis</i>	Zauneidechse	3	x	---	---	---	---	---
Erläuterungen: x - Nachweis liegt vor v - generalisiertes Verbreitungsgebiet --- fehlende Relevanz + Relevanz								

Vorkommen beider Arten können aufgrund der Biotoptypenausstattung und Habitatstrukturen im Plangebiet mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Dicht bestockte, eher dunkle, schattige und kühl, luftfeuchte Eichenwälder sind als Lebensräume für die beiden wärmebedürftigen Arten weitestgehend ungeeignet.

Die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind für die Artengruppe „Reptilien“ somit insgesamt nicht einschlägig.

#### 4.6 Amphibien

Die Verbreitungskarten des BfN (2019) weisen für die **Kreuzkröte** (*Bufo calamita*), den **Kleinen Wasserfrosch** (*Pelophylax lessonae*) und den **Moorfrosch** (*Rana avalis*) in den MTB 3326 und 3426 Vorkommen aus (Tab. 5).

Das Plangebiet liegt im generalisierten Verbreitungsgebiet des **Laubfroschs** (*Hyla arborea*) und der **Knoblauchkröte** (*Pelobates fuscus*), den und den **Kleinen Wasserfrosch** (*Pelophylax lessonae*). Der NLWKN (2009–2018) bestätigt die Angaben des BfN im Wesentlichen.

**Tab. 5:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Amphibien

Rote Liste Niedersachsen (Podlucky &amp; Fischer 2013)

Kategorien: 1 vom Aussterben bedroht  
 2 stark gefährdet  
 3 gefährdet  
 G Gefährdung unbekannten Ausmaßes

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Alytes obstetricans</i>	Geburtshelferkröte	2	---	---	---	---	---	---
<i>Bombina bombina</i>	Rotbauch-Unke	2	---	---	---	---	---	---
<i>Bombina variegata</i>	Gelbbauch-Unke	1	---	---	---	---	---	---
<i>Bufo calamita</i>	Kreuzkröte	2	x	---	---	---	---	---
<i>Bufo viridis</i>	Wechselkröte	1	---	---	---	---	---	---
<i>Hyla arborea</i>	Europäischer Laubfrosch	2	v	---	---	---	---	---
<i>Pelobates fuscus</i>	Knoblauchkröte	3	v	---	---	---	---	---
<i>Pelophylax lessonae</i>	Kleiner Wasserfrosch	G	x	---	---	---	---	---
<i>Rana arvalis</i>	Moorfrosch	3	x	---	---	---	---	---
<i>Rana dalmatina</i>	Springfrosch	3	---	---	---	---	---	---
<i>Triturus cristatus</i>	Kammolch	3	---	---	---	---	---	---
Erläuterungen: x - Nachweis liegt vor v - generalisiertes Verbreitungsgebiet --- fehlende Relevanz + Relevanz								

Eine planungsbedingte Betroffenheit der fünf Amphibienarten kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Im weiteren Umfeld des Plangebiets finden sich keine als Laichhabitate geeigneten Gewässer. Das Plangebiet ist als Landlebensraum für wandernde Amphibien kaum zu erreichen. Es ist allseits von bebauten Flächen und stark befahrenen Straßen umschlossen (Abb. 4).

Die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind für die Artengruppe „Amphibien“ somit insgesamt nicht einschlägig.

#### 4.7 Schmetterlinge

Die Verbreitungskarten des BfN (2019) aus dem FFH-Bericht 2019 weisen für keine der zu prüfenden Arten von Schmetterlingen Nachweise für die MTB 3326 und 3426 auf (Tab. 6). Das Plangebiet liegt in keinem generalisierten Verbreitungsgebiet der jeweiligen Art. Die Biotoptypen und Habitate vor Ort schließen Vorkommen der relevanten Arten mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit aus (Abb. 1).

Die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind für die Artengruppe „Schmetterlinge“ somit insgesamt nicht einschlägig.

**Tab. 6:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Schmetterlinge

Rote Liste Niedersachsen (Lobenstein 2004)

Kategorien: 1 vom Aussterben bedroht  
2 stark gefährdet

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Coenonympha hero</i>	Wald-Wiesenvögelchen	1	---	---	---	---	---	---
<i>Maculinea arion</i>	Schwarzfleckiger Ameisenbläuling	1	---	---	---	---	---	---
<i>Maculinea nausithous</i>	Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling	1	---	---	---	---	---	---
<i>Proserpinus proserpina</i>	Nachtkerzenschwärmer	2	---	---	---	---	---	---
Erläuterungen: x - Nachweis liegt vor v - generalisiertes Verbreitungsgebiet --- fehlende Relevanz + Relevanz								

#### 4.8 Käfer

In Niedersachsen sind vier Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie prüfungsrelevant (Tab. 7).

**Tab. 7:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Käfer

Rote Liste Niedersachsen (Haase 1996)

Kategorien: 0 Ausgestorben oder verschollen  
1 vom Aussterben bedroht

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Cerambyx cerdo</i>	Heldbock	---	---	---	---	---	---	---
<i>Dytiscus latissimus</i>	Breitrand	1	---	---	---	---	---	---
<i>Graphoderus bilineatus</i>	Schmalbindiger Breitflügel-Tauchkäfer	0	---	---	---	---	---	---
<i>Osmoderma eremita</i>	Eremit	---	---	---	---	---	---	---
Erläuterungen: x - Nachweis liegt vor v - generalisiertes Verbreitungsgebiet --- fehlende Relevanz + Relevanz								

Zwei Wasserkäfer müssen als ausgestorben angesehen werden, fänden ansonsten aber ohnehin keinen geeigneten Lebensraum im Plangebiet. Auch für die an alte, z. T. tote Bäume gebundenen Arten **Eremit** und **Heldbock** dokumentieren weder das BfN (2019) noch der NLWKN (2009-2019) Vorkommen. Nach Mitteilung der unteren Naturschutzbehörde des LK Celle gibt es jedoch Nachweise des Eremiten im Stadtgebiet von Celle. Eine Kontrolle des im Plangebiet vorhandenen Baumbestandes im Rahmen der Bio-

toptypenkartierung erbrachte keine Hinweise auf ein Vorkommen der beiden Arten, insbesondere nicht auf Vorkommen des Eremiten.

Die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind daher für die Artengruppe „Käfer“ insgesamt nicht einschlägig.

#### 4.9 Mollusken (Schnecken und Muscheln)

Für die beiden Arten **Zierliche Tellerschnecke** und **Bachmuschel** fehlt es sowohl an Nachweisen aus dem Raum (BfN 2019) als auch an geeigneten Lebensräumen im Plangebiet (Tab. 8).

Die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind daher für die Artengruppe „Mollusken“ insgesamt nicht einschlägig.

**Tab. 8:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Mollusken

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Anisus vorticulus</i>	Zierliche Tellerschnecke	---	---	---	---	---	---	---
<i>Unio crassus</i>	Bachmuschel	---	---	---	---	---	---	---
Erläuterungen: x - Nachweis liegt vor v - generalisiertes Verbreitungsgebiet --- fehlende Relevanz + Relevanz RL NI: Für Muscheln und Schnecken gibt es keine RL für Niedersachsen								

#### 4.10 Libellen

Vorkommen der **Grünen Mosaikjungfer** (*Aeshna viridis*), der **Großen Moosjungfer** (*Leucorrhinia pectoralis*) und der **Grünen Keiljungfer** (*Ophiogomphus cecilia*) sind in den MTB 3326 und 3426 nachgewiesen; Vorkommen der **Östlichen** und der **Zierlichen Moosjungfer** (*Leucorrhinia albifrons*, *L. caudalis*) sind aus den unmittelbar östlich angrenzenden MTB 3327 und 3427 bekannt. (BfN 2019, Tab. 9).

**Tab. 9:** Abschichtung der Betroffenheit der heimischen Arten der Libellen

Rote Liste Niedersachsen (Altmüller & Clausnitzer 2010)

Kategorien: 1 vom Aussterben bedroht  
 2 stark gefährdet  
 3 gefährdet  
 R extrem selten

Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Aeshna viridis</i>	Grüne Mosaikjungfer	1	x	---	---	---	---	---



Art	deutscher Name	RL NI	Vorkommen im MTB 3326, 3426	Lebensräume im Bereich des B-Plans	Nachweise im Bereich des B-Plans	potenzielles Vorkommen im Bereich des B-Plans	Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des B-Plans	zu prüfende Art
<i>Gomphus flavipes</i>	Asiatische Keiljungfer	2	---	---	---	---	---	---
<i>Leucorrhinia albifrons</i>	Östliche Moosjungfer	R	---	---	---	---	---	---
<i>Leucorrhinia caudalis</i>	Zierliche Moosjungfer	R	---	---	---	---	---	---
<i>Leucorrhinia pectoralis</i>	Große Moosjungfer	2	x	---	---	---	---	---
<i>Ophiogomphus cecilia</i>	Grüne Flussjungfer	3	x	---	---	---	---	---
<i>Sympecma paedisca</i>	Sibirische Winterlibelle	1	---	---	---	---	---	---
Erläuterungen: x - Nachweis liegt vor v - generalisiertes Verbreitungsgebiet --- fehlende Relevanz + Relevanz								

Im Plangebiet sowie seinem weiteren Umfeld fehlen jedoch geeignete Vermehrungshabitate (Still- und Fließgewässer), so dass nur der Zuflug von sehr mobilen Einzelindividuen der jeweiligen Art nicht vollständig ausgeschlossen werden kann.

Die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind für die Artengruppe „Libellen“ somit insgesamt nicht einschlägig.

#### 4.11 Schutzmaßnahmen

##### 4.11.1 Fledermäuse

Zum Schutz der im Plangebiet potenziell vorkommenden Fledermausarten (Tab. 2, Kap. 4.3) vor unbeabsichtigten Tötungen in ihren Sommerquartieren dürfen Baumfällungen, Gehölzrodungen sowie umfangreiche Schnittmaßnahmen nur in einem Zeitraum zwischen November und Februar umgesetzt werden.

Zwecks Erhalt eines dem derzeitigen Umfang entsprechenden Angebots an Sommerquartieren für Bäume nutzende, potenziell im Plangebiet vorkommende Fledermausarten sind (Tab. 2, Kap. 4.3) vor Umsetzung der Baumfällungen sechs Fledermauskästen in zwei Gruppen im Plangebiet und seinem näheren Umfeld aufzuhängen. Es sollen Fledermauskästen Verwendung finden, die potenziell auch als Wochenstube oder Winterquartier geeignet sind (z. B. Schwegler 1 FS, 1FW, 3 FF oder baugleich).

##### 4.11.2 Europäische Vogelarten

Zum Schutz der im Plangebiet potenziell vorkommenden heimischen europäischen Vogelarten (Tab. 3, Kap. 4.4) vor unbeabsichtigten Tötungen nicht flügger Nestlinge sowie zwecks Vermeidung eines Zerstörens von Gelegen dürfen Baumfällungen, Gehölzrodungen sowie umfangreiche Schnittmaßnahmen nur in einem Zeitraum zwischen November und Februar umgesetzt werden.

Zwecks Erhalt eines dem derzeitigen Umfang entsprechenden Angebots an Bruthabitaten für Höhlen und Nischen nutzende Arten sind vor Umsetzung der Baumfällungen jeweils acht handelsübliche Nistkästen für Höhlen- sowie für Nischenbrüter im Plangebiet und seinem näheren Umfeld aufzuhängen.

#### 4.12 Fazit

Die Prüfung der Artengruppen mit Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie bzw. der europäischen Vogelarten hat ergeben, dass lediglich für potenziell im Plangebiet vorkommende Fledermaus- und europäische Brutvögel Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände möglich sind. Diese lassen sich jedoch durch die in Kap. 4.5 beschriebenen Schutzmaßnahmen ausschließen.

Eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG von den Verboten des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist daher nicht erforderlich.

**Anhang: Literaturverzeichnis**

Altmüller, R. & Clausnitzer, H.-J. (2010): Rote Liste der Libellen Niedersachsens und Bremens. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 4/2010, Hannover.

BfN – Bundesamt für Naturschutz (2019): Nationaler Bericht 2019 gemäß FFH-Richtlinie. – Abrufbar unter: [http://www.bfn.de/0316\\_natbericht\\_2019-komplett.html](http://www.bfn.de/0316_natbericht_2019-komplett.html).

Drachenfels, O. v. (2016): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand Mai 2018. – Naturschutz, Landschaftspflege Niedersachsen, Heft A/4. S. 1-326, Hildesheim.

Garve, E. (2004): Rote Liste und Florenliste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 1/2004, Hildesheim.

Haase, P. (1996): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Wasserkäfer mit Gesamtartenverzeichnis, 1. Fassung vom 1.2.1996. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 3/96. Hannover.

Heckenroth, H. (1991): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten. – Informationsdienst. Naturschutz Niedersachsen 6/93, Hannover.

Krüger, T.; Ludwig, J., Pfützke, S. & Zang, H. (2014): Atlas der Brutvögel in Niedersachsen und Bremen 2005–2008. – Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen Heft 48, Hannover.

Krüger, T. & Nipkow, M. (2015): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel. 8. Fassung, Stand 2015. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 35: 181- 260.

Lobenstein, U. (2004): Rote Liste der in Niedersachsen gefährdeten Großschmetterlinge mit Gesamtartenverzeichnis, 2. Fassung, Stand 1.8.2004. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 3/2004. Hannover.

NLWKN (Hrsg.) (2009–2018): Vollzugshinweise zum Schutz von Tierarten in Niedersachsen. mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen. – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover.

Podlousky, R. & Fischer, C. (2013): Rote Listen und Gesamtartenlisten der Amphibien und Reptilien in Niedersachsen und Bremen - 4. Fassung, Stand Januar 2013. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 4/2013. Hannover.

Runge, H., Simon, M. & Widdig, T. (2009): Rahmenbedingungen für die Wirksamkeit von Maßnahmen des Artenschutzes bei Infrastrukturvorhaben. FuE-Vorhaben im Rahmen des Umweltforschungsplanes des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz. – Hannover, Marburg.

Theunert, R. (2015a): Verzeichnis der in Niedersachsen besonders und streng geschützten Arten. Teil A: Wirbeltiere, Pflanzen und Pilze. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 3/2008 (aktualis. Fass. 2015). Hannover.

Theunert, R. (2015b): Verzeichnis der in Niedersachsen besonders und streng geschützten Arten. Teil B: Wirbellose Tiere. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 4/2008 (aktualis. Fass. 2015). Hannover.

# Forstliche Standortkartierung als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“



Stand 26.08.2019

im Auftrag Dr.-Ing. W. Schwerdt, Büro für Stadtplanung, Braunschweig

Leitung: **ALNUS GbR**

Weitere Mitarbeit

- Privat-Forstrat  
Martin Hubrig  
Schützenstraße 56  
49326 Melle - Wellingholzhausen



**ALNUS GbR**

Lärchenweg 15a

**38667 Bad Harzburg**

Arbeitsgemeinschaft für Landschaftsplanung

☎ 05322/ 950668  
Fax 05322/ 950669

info@alnus.de  
www.alnus.de



**Inhaltsverzeichnis**

1.	Grundlagen .....	3
1.1	Anlass .....	3
1.2	Auftrag .....	3
1.3	Bearbeitung.....	3
2.	Beschreibung der Planung.....	3
2.1	Ziel der Planung .....	3
2.2	Lage der Planung.....	3
2.2	Untersuchungsraum.....	4
3.	Methodik der Erfassung und Bewertung .....	4
3.1	Erfassung der Standorte .....	4
3.2	Bewertung der Bodentypen.....	4
4.	Ergebnisse.....	4
4.1	Bodentyp.....	4
4.2	Bewertung .....	5

**Tabellenverzeichnis**

Tab. 1:	Bohrprotokoll .....	5
---------	---------------------	---

**Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1:	Lage des Plangebiets.....	3
---------	---------------------------	---

**Anhang:** Literaturverzeichnis

**Anlage:** Plan 1: Istzustand Böden mit Wertstufen



## 1. Grundlagen

### 1.1 Anlass

Die Stadt Celle plant den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Westercelle. Um Baurecht zu erlangen, sollen der Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt und der im Verfahren befindliche Bebauungsplan Nr. 23 Wce der Stadt Celle „Ohlhorstberg“ aufgehoben werden.

### 1.2 Auftrag

Das Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt, Braunschweig, hat die ALNUS GbR im Frühjahr 2019 mit der Erstellung dieser forstlichen Standortkartierung beauftragt.

### 1.3 Bearbeitung

Die Erstellung dieser forstlichen Standortkartierung erfolgte unter Beteiligung folgender Bearbeiter:

- ALNUS GbR, Bad Harzburg: Gesamtleitung
- Privat-Forstrat Martin Hubrig, Melle Außenaufnahmen und Ergebnisse

## 2. Beschreibung der Planung

### 2.1 Ziel der Planung

Ziel der Planung ist es, die bauleitplanerischen Voraussetzungen zur Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses zu schaffen.

### 2.2 Lage der Planung

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Westercelle der Stadt Celle (Abb. 1) auf dem Flurstück 110/9 zwischen dem Triftweg im Westen und der Hannoverschen Heerstraße (Bundesstraße B 3) im Osten und umfasst eine Fläche von ca. 0,5 ha.



**Abb. 1:** Lage des Plangebiets (graurot, ohne Maßstab, Quelle Hintergrund: LGLN 2019)



## 2.2 Untersuchungsraum

Standörtlich untersucht wurde nur der land- und forstwirtschaftlich genutzte westliche Teil des Plangebiets auf einer Fläche von ca. 3.585 m<sup>2</sup>. Nicht erfasst wurde das Straßengrundstück mit der Fahrbahn der Bundesstraße B 3 und seinem Straßenbegleitgrün auf einer Fläche von ca. 1.410 m<sup>2</sup>.

## 3. Methodik der Erfassung und Bewertung

### 3.1 Erfassung der Standorte

Die Standorte wurden im Rahmen eines Ortstermins im August 2019 in Anlehnung an die Kartierverfahren der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und der Geologischen Landesämter in der Bundesrepublik Deutschland (2005) und des Arbeitskreises Standortkartierung in der Arbeitsgemeinschaft Forsteinrichtung (2016) kartiert (Plan 1). Hierbei wurden der geländeökologische Schätzrahmen der Niedersächsischen Landesforsten (NLF 2016) verwandt.

### 3.2 Bewertung der Bodentypen

Die Bewertung der Standorttypen folgt dem Niedersächsischen Städtetag (2013) (Plan 1).

## 4. Ergebnisse

### 4.1 Bodentyp

Aufgrund der geringen Flächengröße und der Homogenität des Untersuchungsgebietes wurde nur ein forstlicher Standorttyp ausgewiesen (Tab. 1).

Bei der Erkundung mittels eines Pürckhauer-Handbohrers bis in eine Erkundungstiefe von ca. 1,5 m wurde hier ein Tiefumbruchboden aus oben liegendem, graubraunem Plaggenesch und Braunerde-Podsol mit Resten des alten Pflughorizontes über reliktschem Gley-Pseudogley, vorgefunden (Bodenkundliches Kürzel nach Kartieranleitung YUe / GG-SS).

Es handelt sich damit um einen (durch die Absenkung nur noch) sehr schwach grundwasserbeeinflussten, im tieferen Unterboden schwach staufrischen, knapp ziemlich gut nährstoffversorgten Standort aus ärmeren Talsanden (Terassenschüttungen), die durch einen anthropogenen Esch-Auftrag aufgewertet wurden, über wurzelerreichbaren, schluffigen Hochflutabsätzen größerer Mächtigkeit.

Der ehemalige Grundwasserspiegel, an den reliktschen Go-Marken (Oxidationsflecken) ab ca. 80 m Tiefe im Substrat erkennbar, ist abgesenkt, da auch in 1,5 m Tiefe keinerlei aktueller Wassereinfluss mehr erkennbar ist. Ein wurzelerreichbares Grundwasser ist aber zumindest bei tief wurzelnden Baumarten wie Steileiche oder Kiefer anzunehmen.

Nach dem Geländeökologischem Schätzrahmen für das Pleistozäne Tiefland der Niedersächsischen Landesforsten und dem diesen ergänzenden Variantenschema wurde somit der folgende Standortstyp ausgewiesen:

#### 35.4-.5.3 t,s,b,E<sub>1</sub>

Zusammengefasst beschrieben ist der Standort sehr schwach grundwasserbeeinflusst, im tieferen Unterboden schwach staufrisch und knapp ziemlich gut nährstoffversorgt, aus mittelsandigem Feinsand (mit einem Plaggenesch-Auftrag aus feinsandigem Mittelsand) mit Unterlagerung aus sandig lehmigen Schluff.

**Tab. 1:** Bohrprotokoll

Gemarkung: Westercelle

Flur: ---

Flurstück-Nr.: 110/9

Kartierdatum: 19.08.2019

Bohrloch-Nr.	Vegetation	Tiefe cm	Geolog. Substrat	Horizont	Bodenart	Skelett	Humus	Lag.dichte	Kalkgehalt	Standortstyp Variante(n) Besonderheit
1	Weide	41	Graubr. Plaggenesch	R-Ap/E	MSfs	G 0	h 4	LD 1	c 0	<b>35.4-5.3.</b> <b>t,s,b,E<sub>1</sub></b> kein freies Wasser
		80	Terassenschüttung	II R-rAp + Bvs	FSms	G 1	h 2-3	LD	c 0	
		105	Terassenschüttung	III rGo- Bsv	FSms	G 0	h 1	1,5	c 0	
		127	Terassenschüttung	rGo - Sw	FSms	G 0	h 0	LD 2	c 0	
		150	Hochflutablagerungen	IV rGo - Swd	Uls	G 0	h 0	LD 2	c 0	
		+						LD 3		

## 4.2 Bewertung

Im Oberboden stark veränderte, unterschiedlich grundwasserbeeinflusste Plaggenesch und Braunerde-Podsole sind im städtischen und dörflichen Umfeld des niedersächsischen Flachlandes recht weitverbreitet, jedoch nicht häufig. Für die forstliche Produktion sind diese Bodentypen im Vergleich zu den häufigeren eher grundwasserfernen, schlechter nährstoffversorgten Standorten gut geeignet, so dass sie sich für den Anbau eher anspruchsvoller Laubbaumarten wie Stiel-Eiche (*Quercus robur*) und Rot-Buche (*Fagus sylvatica*) eignen.

Die Wertstufen leiten sich aus der derzeitigen Nutzungsintensität ab. Eine höherwertige Eingruppierung der bewaldeten Areale ist wegen der Störung des Oberbodens (kein historisch alter Waldstandort) nicht gerechtfertigt.

## Anhang: Literaturverzeichnis

Arbeitskreis Standortkartierung in der Arbeitsgemeinschaft Forsteinrichtung (2016): Forstliche Standortkartierung. 7. Auflage. Eching.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und der Geologischen Landesämter in der Bundesrepublik Deutschland (2005) Bodenkundliche Kartieranleitung. 5. Auflage. Hannover.

Niedersächsischen Landesforsten (NLF) (2016): Geländeökologischer Schätzrahmen: Pleistozänes (diluviales) Tiefland. Wolfenbüttel.

Niedersächsischer Städtetag (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung. Hannover.

# Studie Waldumwandlung als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“



Stand: 26.08.2019

im Auftrag Dr.-Ing. W. Schwerdt, Büro für Stadtplanung, Braunschweig

Leitung: **ALNUS GbR**

Weitere Mitarbeit

- Privat-Forstrat  
Martin Hubrig  
Schützenstraße 56  
49326 Melle–Wellingholzhausen



## ALNUS GbR

Lärchenweg 15a

**38667 Bad Harzburg**

Arbeitsgemeinschaft für Landschaftsplanung,

☎ 05322/ 950668  
Fax 05322/ 950669

info@alnus.de  
www.alnus.de



Inhaltsverzeichnis

1.	Grundlagen .....	1
1.1	Anlass .....	1
1.2	Auftrag .....	1
1.3	Bearbeitung.....	1
2.	Beschreibung der Planung.....	1
2.1	Ziel der Planung .....	1
2.2	Lage der Planung .....	1
2.3	Waldrechtlicher Rahmen und Umfang der Planung .....	2
3.	Rechtliche und methodische Grundlagen der Waldbewertung .....	2
3.1	Gesetzlicher Rahmen.....	2
3.2	Erfassung von Waldzuständen.....	3
3.3	Bewertungsmethodik gemäß Walderlass nach NWaldLG.....	3
4.	Ergebnisse.....	7
4.1	Aktueller und künftiger Zustand der Waldumwandlung .....	7
4.2	Übertragung der Bewertungsmaßstäbe auf die Waldumwandlungsfläche.....	8
4.2.1	Nutzfunktion .....	8
4.2.2	Schutzfunktion.....	8
4.2.3	Erholungsfunktion (ausgesetzt, nur nachrichtlich).....	9
4.2.4	Zusammenfassende Bewertung der Waldumwandlungsflächen.....	9
4.3	Kompensation der Waldumwandlung.....	11
4.3.1	Grundlagen .....	11
4.3.2	Lage der Ersatzaufforstung und Waldentwicklungstyp (WET) .....	11
4.3.3	Übertragung der Bewertungsmaßstäbe auf die Ersatzaufforstung.....	12
4.3.3.1	Nutzfunktion .....	12
4.3.3.2	Schutzfunktion.....	12
4.3.3.4	Erholungsfunktion .....	13
4.3.3.5	Gesamtbewertung der Ersatzaufforstung.....	13
5.	Planung (Maßnahmenblatt) .....	15

Anhang

## Literaturverzeichnis

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Wertstufen der Teilkriterien der Nutzfunktion	5
Tab. 2:	Wertstufen der Teilkriterien der Schutzfunktion	5
Tab. 3:	Wertstufen der Teilkriterien der Erholungsfunktion	6
Tab. 4:	Istzustand der Waldumwandlung zum Stichtag 01.07.2019	7
Tab. 5:	Prognostizierter Waldzustand der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	8
Tab. 6:	Bewertung der Nutzfunktion der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	9
Tab. 7:	Bewertung der Schutzfunktion der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	10
Tab. 8:	Bewertung der Erholungsfunktion der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	10
Tab. 9:	Gesamtbewertung der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	10
Tab. 10:	Istzustand der Ersatzaufforstung zum Stichtag 01.07.2019	11

Tab. 11: Prognostizierter Waldzustand der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	12
Tab. 12: Bewertung der Nutzfunktion der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	13
Tab. 13: Bewertung der Schutzfunktion der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	14
Tab. 14: Bewertung der Erholungsfunktion der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	14
Tab. 15: Gesamtbewertung der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit	14

#### Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lage des Plangebiets.....	1
Abb. 2: Ergebnisse der Biotoptypenkartierung .....	3
Abb. 3: Lage der Ersatzaufforstung .....	11



## 1. Grundlagen

### 1.1 Anlass

Die Stadt Celle plant den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Westercelle. Um Baurecht zu erlangen, sollen der Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt und der im Verfahren befindliche Bebauungsplan Nr. 23 Wce der Stadt Celle „Ohlhorstberg“ aufgehoben werden.

### 1.2 Auftrag

Das Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt, Braunschweig, hat die ALNUS GbR im Frühjahr 2019 mit der Erstellung dieser Studie zur Waldumwandlung beauftragt.

### 1.3 Bearbeitung

Die Erstellung dieser Studie erfolgte unter Beteiligung folgender Bearbeiter:

- ALNUS GbR, Bad Harzburg: Gesamtleitung, Waldbewertung
- Privat-Förster Martin Hubrig, Melle: Außenaufnahmen

## 2. Beschreibung der Planung

### 2.1 Ziel der Planung

Ziel der Planung ist es, die bauleitplanerischen Voraussetzungen zur Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses zu schaffen.

### 2.2 Lage der Planung

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Westercelle der Stadt Celle (Abb. 1) auf dem Flurstück 110/9 zwischen dem Triftweg im Westen und der Hannoverschen Heerstraße (Bundesstraße B 3) im Osten und umfasst eine Fläche von ca. 0,5 ha.



**Abb. 1:** Lage des Plangebiets (graurot, ohne Maßstab, Quelle Hintergrund: LGLN 2019).



Sämtliche landschaftsökologisch relevanten Angaben zum Plangebiet, insbesondere zum Naturraum, zum Klima und zur potenziell natürlichen Vegetation, auch zu raumplanerischen Vorgaben (z. B. Wasserschutzgebiet) sind im Bebauungsplan dargestellt. Im Hinblick auf die Fragestellung sind folgende Feststellungen von wesentlicher Bedeutung:

- Die Fläche der Waldumwandlung (WU) sowie die Fläche der Ersatzaufforstung (EA) liegen im gleichen forstlichen Wuchsgebiet: „Südostniedersächsisches Tiefland“, zudem auch beide im forstlichen Wuchsbezirk „Südheide“ (Gauer & Aldinger 2005).

### 2.3 Waldrechtlicher Rahmen und Umfang der Planung

- Sowohl die Fläche der WU als auch die Fläche der EA liegen im Zuständigkeitsbereich der Unteren Waldbehörde des Landkreises Celle. Andere Waldbehörden, insbesondere das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind in dem waldrechtlichen Genehmigungsverfahren nicht zu beteiligen.
- Sowohl die WU als auch die EA befinden sich zum Zeitpunkt der Umsetzung der Planung im Eigentum der Stadt Celle (Kommunalwald) und werden durch den stadt eigenen Forstbetrieb verwaltet und bewirtschaftet.

Im Hinblick auf die Fragestellung sind die folgenden Angaben von wesentlicher Bedeutung:

- Bauzeitliche Inanspruchnahme von Wald: 0 m<sup>2</sup>  
Eine vorübergehende bauzeitliche Inanspruchnahme von Wald, der zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgeforstet wird, erfolgt nicht.
- Dauerhafte Inanspruchnahme von Wald: 2.575 m<sup>2</sup>  
Die Flächenangabe berücksichtigt die vollständige Umwandlung des Waldes im Plangebiet gemäß Abb. 2 (Biotoptyp WCE). Sofern sich im weiteren Planungsprozess herausstellt, dass einzelne Bäume oder Baumgruppen im Plangebiet erhalten werden können, werden diese als Gründflächen des Innenbereichs nach § 34 BauGB angesprochen, die keine Waldeigenschaft aufweisen.

## 3. Rechtliche und methodische Grundlagen der Waldbewertung

### 3.1 Gesetzlicher Rahmen

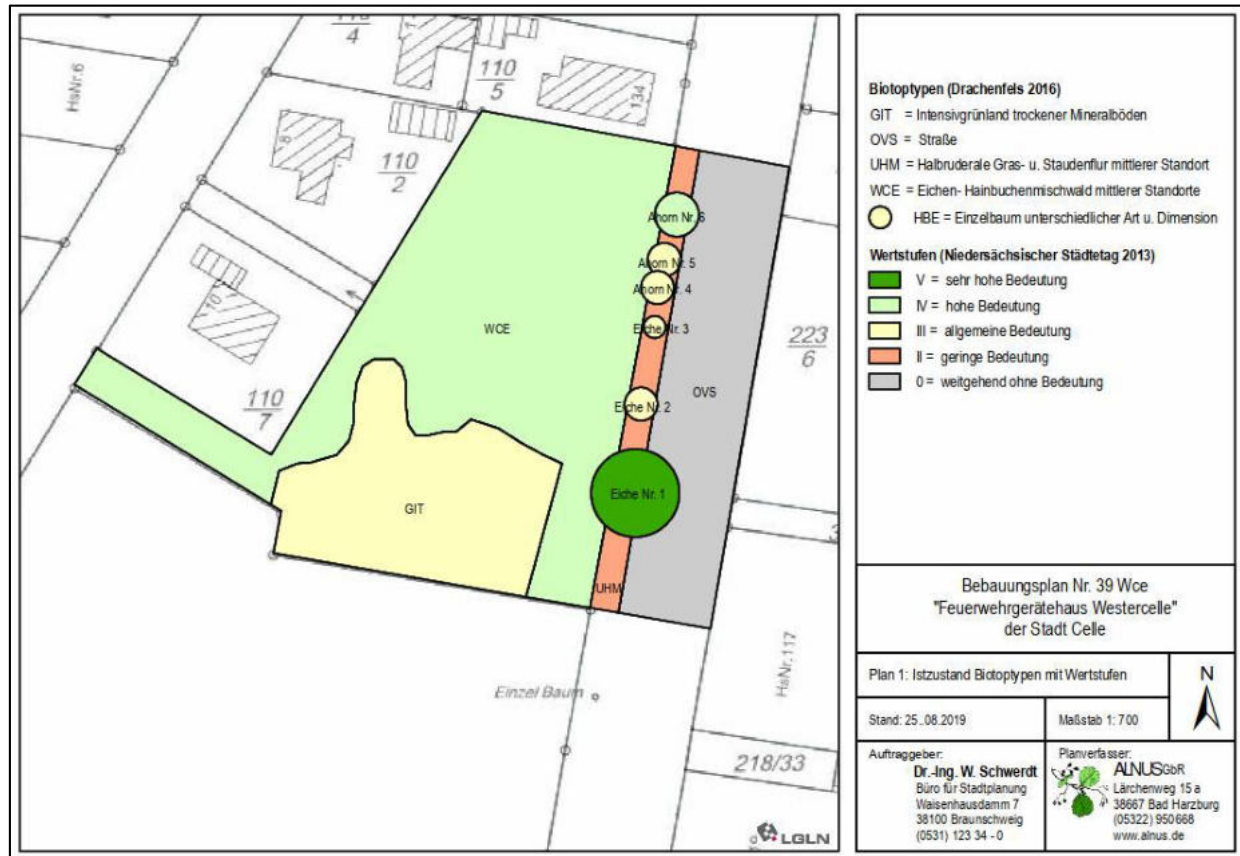
Das Bundeswaldgesetz (BWaldG) setzt i. V. m. dem Niedersächsischen Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) den rechtlichen Rahmen zur Regelung der WU. Das NWaldLG konkretisiert in § 8 die Rahmenvorschriften des BWaldG. § 8 NWaldLG wird in einem Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2016)<sup>1</sup> (Erlass) weiter konkretisiert, und dieser ist die methodische Grundlage zur Herleitung der waldrechtlichen Kompensation. Die waldrechtliche Kompensation nach dem NWaldLG ersetzt in Teilen die naturschutzrechtliche Kompensation nach dem BNatSchG und dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG).

---

<sup>1</sup> Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2016): RdErl. d. ML v. 5.11.2016 – 406-64002-136 – Nds. MBl. 2016 Nr. 43, S. 1094.

### 3.2 Erfassung von Waldzuständen

Aktuelle Waldzustände werden mittels Methoden der Forsteinrichtung (z. B. Landwirtschaftskammer Niedersachsen 2012) selbst erhoben oder nach Verifizierung aus den Datenbeständen des Waldbesitzenden übernommen.



**Abb. 2:** Ergebnisse der Biotypenkartierung (ALNUS GbR 2019; Bestandteil der Planunterlagen).

### 3.3 Bewertungsmethodik gemäß Walderlass nach NWaldLG

Der Erlass bewertet die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes gleichrangig anhand von 24 Einzelkriterien. Neun Kriterien entfallen auf die Nutzfunktion, neun Kriterien auf die Schutzfunktion und sechs Kriterien auf die Erholungsfunktion des Waldes. Gemäß dem Erlass erfolgt die Bewertung der drei Waldfunktionen in vier Stufen von „1“ (unterdurchschnittlich) bis „4“ (herausragend). Sind aufgrund rechtlicher Vorgaben einzelne Waldfunktionen vollständig ausgesetzt, so werden diese Funktionen nicht bewertet.

Der Erlass sieht weiterhin vor, dass die Waldumwandlungsfläche in Abhängigkeit von ihrem Gesamtwert mit einem Kompensationsfaktor verrechnet wird. Hierdurch wird erreicht, dass die Fläche der zu leistenden EA umso größer wird, je wertvoller die WU ist.

In begründeten Einzelfällen können lokale Besonderheiten Einfluss auf die Bedeutung einzelner Waldfunktionen haben. Abschlüsse sind generell nicht möglich. Bei der Beurteilung, ob besondere oder herausragende Waldfunktionen vorliegen, bilden die Waldfunktionenkarte des Landes Niedersachsen oder der Landschaftsrahmenplan / Landschaftsplan der zuständigen Gebietskörperschaft wesentliche fachliche Grundlagen.

Der Erlass setzt für Zuschläge für die Nutz- und die Schutzfunktion folgenden Rahmen:

- Nutzfunktion: max. + 0,5 (z. B. forstliche Versuchsfläche, Wertholzbestand, Saatgutbestand)
- Schutzfunktion: max. + 1,5 (z. B. Naturwald, Trinkwasser, Natur-/Kulturdenkmal, § 30 Biotop)
- Erholungsfunktion: Zuschläge für die Erholungsfunktion sind nicht zulässig.

Ein weiterer Zuschlag kann Berücksichtigung finden, falls zwischen der WU und der Durchführung der Kompensationsmaßnahme ein Zeitraum von mehr als 24 Monate liegt und Waldfunktionen in Folge dessen ausgesetzt sind:

- Zeitfaktor: max. + 0,3

Als Ausgleich für die WU sind vorrangig EA, nachrangig waldverbessernde Maßnahmen (WVM) oder Ersatzgeldzahlungen (EG) zu leisten. Gemäß dem NWaldLG sind natürliche Waldneubildungen (WNB) WU gleichzustellen, sofern diese nach dem 01. April 2009 freiwillig zugelassen wurden.

Die EA / WNB werden nach dem gleichen Prinzip bewertet und ebenfalls in Abhängigkeit von ihrer Güte mit einem Kompensationsfaktor belegt. Das NWaldLG schreibt jedoch grundsätzlich vor, dass die Fläche der EA / WNB mindestens so groß wie die Fläche der WU sein muss. Dies gilt auch für den Fall, dass die EA / WNB eine höhere Qualität als die WU aufweist. Weist die EA / WNB einen geringeren Wert als die WU auf, so ist der Verlust an Qualität quantitativ auszugleichen. Der Umfang der Mehrung darf jedoch 50 % der festgesetzten Gesamtkompensation nicht überschreiten.

Ist die ermittelte Kompensationsfläche größer als 150 % der WU, so soll gemäß dem Erlass die über den flächengleichen Ausgleich hinausgehende Kompensation über WVM erfolgen.

Sowohl das Alter der WU als auch der EA / WNB sind in der Bewertung nicht zu berücksichtigen. Gemäß dem Erlass „ist für die Einschätzung der Wertigkeiten im Rahmen einer mittleren Umtriebszeit das Durchschnittsalter anzunehmen“, das heißt, das Alter zur Hälfte der Umtriebszeit (HUZ).

Der Erlass regelt als Kann-Bestimmung, dass WU in waldreichen Regionen durch EA / WNB mit gleicher Wertigkeit in waldarmen Naturräumen, auch in anderen Landkreisen, ersetzt werden können, um so landschaftlich wenig strukturierte Landesteile zu verbessern.

Kann in Ausnahmefällen (z. B. wegen fehlender Flächenverfügbarkeit) keine ausreichende EA / WNB bereitgestellt werden, so erlauben das NWaldLG und der Erlass die Kompensation der Waldumwandlung durch andere waldbauliche Maßnahmen, für die ebenfalls nach Art und Güte Kompensationsfaktoren festzulegen sind. Der Umfang der WVM darf gemäß Erlass das „Dreifache des Kompensationsumfangs nicht überschreiten“. Hilfsweise kann die Fläche der WVM über eine Wertrelation einer Ersatzaufforstung hergeleitet werden.

Sowohl die Bewertung der WU als auch der EA / WNB erfolgt nachfolgend entsprechend des zum Stichtag 01.07.2019 erfassten und für die HUZ prognostizierten Waldzustands. Das vierstufige Bewertungssystem wird nicht nur auf die drei Waldfunktionen, sondern auf jedes der 24 Teilkriterien angewandt. Die Tab. 1 bis Tab. 3 definieren unter einem niedersachsenweiten Blickwinkel die Wertstufen (WS) „1“ (unterdurchschnittlich) bis „4“ (herausragend) der Waldfunktionen.

**Tab. 1:** Wertstufen der Teilkriterien der Nutzfunktion.

Bewertungsmerkmal	Spanne		
	Wertstufe 1 (unterdurchschnittlich)	Wertstufen 2 und 3 (durchschnittlich bis überdurchschnittlich)	Wertstufen 4 (herausragend)
Befahrbarkeit des Standortes	Nicht befahrbare Standorte (z. B. Moore, Steillagen)	Standorte mit erhöhten Anforderungen an die Befahrbarkeit (Witterung, Technik)	Ganzjährig voll befahrbare, flächig mit Rückegassen erschließbare Standorte
Erschließung	Nicht erschlossene Bestände in großer Entfernung zu Forstwegen und Waldstraßen	Bestände mit erhöhten Bringungsanforderungen (Witterung, Entfernung zu Forstwegen und -straßen)	Ganzjährig voll erschlossene Bestände mit geringem Bringungsanforderungen, z. B. an Forstwegen
Infrastruktur	Summe aller forstlichen Produktionsfaktoren ungünstig	Summe aller forstlichen Produktionsfaktoren durch- bis überdurchschnittlich	Summe aller forstlichen Produktionsfaktoren hervorragend
Gunst der Lage	Ungunst durch Flächenzuschnitt, geringer Größe (< 0,5 ha), Alleinlage abseits größerer Waldflächen oder im zersplitterten Eigentum bei zusätzlich sonstigen Beschränkungen	Bestände mit durch- bis überdurchschnittlicher Lage, Flächenform oder Flächengröße (0,5–2,0 ha) sowie durch- bis überdurchschnittlicher Lage im Wald und Eigentum oder einzelnen sonstigen Beschränkungen	Gunst durch Flächenzuschnitt, Flächengröße (> 2,0 ha), Lage in größeren Waldgebieten und flächigem Eigentum bei Fehlen sonstiger Beschränkungen
Bonität	Unterdurchschnittliche Leistungsklasse im Landesvergleich (z. B. Fichte: Jung Lkl. 10 bis alt Lkl. 7)	Durch- bis überdurchschnittliche Leistungsklasse im Landesvergleich (z. B. Fichte: Jung Lkl. 12 bis alt Lkl. 10)	Hervorragende Leistungsklasse im Landesvergleich (z. B. Fichte: Jung Lkl. 13 bis alt Lkl. 11)
Leistungsstärke des Standortes	Laut Standortkartierung: Trockene bis mäßig frische oder stark vernässte Standorte mit Nährstoffziffer 1 oder 2	Laut Standortkartierung: Frische bis vorratsfrische und wechselfeuchte Standorte mit Nährstoffziffer 3 oder 4	Laut Standortkartierung: Frische bis vorratsfrische Standorte mit Nährstoffziffer 5 oder 6
Pflegezustand	Schlecht gepflegte, über- oder unterbestockte Bestände schlechter Güte mit Schäden (z. B. Rotfäule) oder Fehlbestockung	Durch- bis überdurchschnittliche Bestände	Gut gepflegte, voll bestockte Bestände (Bestockungsgrad zw. 0,8 und 0,9), mit hohem Wertholzanteil (z. B. Astung)
Forstwirtschaftliche Bedeutung der Holzart und -qualität	Forstwirtschaftlich unbedeutende Holzart und Holzqualität (z. B. Ebereschen-Naturverjüngung)	Hauptwirtschaftsbaumarten in normaler und besserer Qualität	Hauptwirtschaftsbaumarten in hervorragender Qualität (z. B. geastete Douglasie) oder wertvolle Baumarten (z. B. Kirsche)
Produktivität der Bestände	Wenig produktive, ertragsschwache Bestände (geringwüchsige, minderwertige Sortimente)	Bestände mit durch- bis überdurchschnittlicher Produktivität und Ertrags-erwartung (wüchsige Massensortimente)	Bestände mit hervorragender Produktivität und Ertrags-erwartung (wüchsige Wertholzbestände)

**Tab. 2:** Wertstufen der Teilkriterien der Schutzfunktion.

Bewertungsmerkmal	Spanne		
	Wertstufe 1 (unterdurchschnittlich)	Wertstufen 2 und 3 (durchschnittlich bis überdurchschnittlich)	Wertstufen 4 (herausragend)
Bedeutung für Arten- und Biotopschutz	Fremdländische Laub- und Nadelforste (z. B. Douglasie, Lärche, Roteiche)	Forstlich intensiv bewirtschaftete Laub- und Mischwälder standortgerechter Baumarten	Laubwälder standortheimischer Baumarten mit potenziell hoher Strukturvielfalt, Kiefern- und Fichtenwälder in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet, Naturwaldreservate
Naturnähe der Waldgesellschaft	Naturnähestufe 4 und 5 nach forstlicher Biotopkartierung <sup>2</sup>	Naturnähestufe 2 und 3 nach forstlicher Biotopkartierung	Naturnähestufe 1 nach forstlicher Biotopkartierung

<sup>2</sup> Niedersächsische Landesforsten (1992): Ganzflächige Biotopkartierung. – Wolfenbüttel.

Bewertungsmerkmal	Spanne		
	Wertstufe 1 (unterdurchschnittlich)	Wertstufen 2 und 3 (durchschnittlich bis überdurchschnittlich)	Wertstufen 4 (herausragend)
Strukturreichtum/ Seltenheit	Homogene, strukturarme, gleichaltrige, einschichtige Laub- und Nadelforste (Altersklassenwälder) aus einer Hauptbaumart, ohne Misch und Nebenbaumarten	Laub- und Nadelholzwälder aus einer Hauptbaumart, mindestens einer Mischbaumart oder mehreren Nebenbaumarten mit durch- oder überdurchschnittlichem Strukturreichtum (Altersklassenwälder), auch mit Unterstand oder Überhalt, weit verbreitete Waldgesellschaften	Natürliche Wälder oder Mischwälder aus heimischen Laubbaumarten ohne deutlich erkennbare Hauptbaumart mit mehreren Misch- und Nebenbaumarten mit hoher Strukturvielfalt aufgrund von Altersunterschieden und Schichtung (z. B. Unterstand, Überhalt)
Bedeutung für Biotopvernetzung	Laub- und Nadelholzbestände in großen Waldgebieten	Laubholzbestände am Rand großer Waldgebiete	Laubholzbestände im Offenland als Verbindungselement zwischen großen Waldgebieten (z. B. Auwälder an Fließgewässern, Feldgehölze)
Totholzreichtum	Totholz fehlend	Geringe bis mittlere Totholzmengen (1–6 starke Stämme oder Stammteile / ha)	Große Totholzmengen (> 6 starke Stämme od. Stammteile / ha)
Alter und Ungestörtheit des Waldstandortes	Erstaufforstungen auf gestörten Standorten	Bestände der zweiten und dritten Waldgeneration nach Aufforstung	Bestände auf alten Waldstandorten
Bedeutung für Lärm-, Klima- und Immissionschutz	Bestände in Waldgebieten ohne entsprechende Schutzfunktionen	Bestände im Umfeld besiedelter Bereiche mit zu vermutenden Schutzfunktionen	Bestände mit Schutzfunktion z. B. nach Waldfunktionenkarte, Regionalem Raumordnungsprogramm, Landschaftsrahmenplan
Bedeutung für Boden- und Gewässerschutz	Bestände mit geringer Schutzwirkung für Boden- und Wasser (z. B. Nadelforsten im Flachland auf grundwasserfernen Standorten)	Bestände mit zu vermutenden Schutzfunktionen	Bestände mit Schutzfunktion z. B. nach Waldfunktionenkarte, Regionalem Raumordnungsprogramm, Landschaftsrahmenplan und in Wasserschutzgebieten
Strukturreichtum von Waldinnen- und Waldaußenrändern	Strukturlose Waldinnen- oder -außenränder (z. B. Fichtenforst angrenzend an Acker ohne Gebüsch- und Krautsaum)	Durch- bis überdurchschnittliche Waldinnen- oder -außenränder mit schmalen Kraut- oder Strauchsaum oder betrauten Altbäumen	Strukturreiche Waldinnen- oder -außenränder mit grobstigen Randbäumen und breitem Gebüsch- und Krautsaum

**Tab. 3:** Wertstufen der Teilkriterien der Erholungsfunktion.

Bewertungsmerkmal	Spanne		
	Wertstufe 1 (unterdurchschnittlich)	Wertstufen 2 und 3 (durchschnittlich bis überdurchschnittlich)	Wertstufen 4 (herausragend)
Frequenzierung / Bedeutung für die Erholung	Kaum oder unfrequentierte Wälder ohne Bedeutung zur Sicherung der Erholung, geringe oder fehlende Bedeutung für die Naherholung und den Fremdenverkehr	Durch- bis überdurchschnittlich frequentierte Wälder im Einzugsgebiet von Ortslagen (Naherholung) oder gelegentlicher touristischer Nutzung mit zu vermutender Erholungsfunktion	Stark frequentierter Wald mit besonderer Bedeutung zur Sicherung der Erholung und des Fremdenverkehrs, stadtnahe, sehr bekannte Waldgebiete mit touristischer Infrastruktur und deutlich erkennbarer Erholungsfunktion
Vorranggebiet für Erholung	Kein Vorranggebiet für Erholung	Vorsorgegebiet für Erholung	Vorranggebiet für Erholung

Bewertungsmerkmal	Spanne		
	Wertstufe 1 (unterdurchschnittlich)	Wertstufen 2 und 3 (durchschnittlich bis überdurchschnittlich)	Wertstufen 4 (herausragend)
Bedeutung für das Landschaftsbild	Waldbestände mit geringer Bedeutung für das Landschaftsbild (z. B. Nadelforste in größeren Waldgebieten)	Waldbestände mit durch bis überdurchschnittlicher Bedeutung für das Landschaftsbild (z. B. Laubholzbestände in größeren Waldgebieten)	Weit sichtbare Laubholzbestände an Waldaußenrändern oder herausragende Waldbilder im Inneren von Wäldern
Gestalterischer Wert des Bestandes	Homogene Nadelforste	Durch- bis überdurchschnittliche Laub- und Nadelforste und -wälder	Strukturreiche Laub- oder Nadelwälder im natürlichen Verbreitungsgebiet und besondere Nutzungsformen (z. B. Hutewälder)
Touristische Erschließung	Bestände mit fehlender touristischer Erschließung in abgelegenen Regionen	Bestände mit durch- bis überdurchschnittlicher touristischer Erschließung für die Naherholung, vor allem außerhalb, aber auch innerhalb von Tourismusregionen	Bestände mit umfassender touristischer Erschließung (z. B. Wanderwege, Spielplätze, Aussichtspunkte) in Naherholungs- und Tourismusregionen
Parkwaldungen	Wälder ohne parkähnliche Eigenschaften	Wälder mit teilweise parkähnlichen Eigenschaften	Parkähnliche Wälder, Landschaftsgärten, die nach NWaldLG als Wald anzusehen sind

#### 4. Ergebnisse

##### 4.1 Aktueller und künftiger Zustand der Waldumwandlung

Das Areal der WU weist zum Stichtag 01.01.2019 den in der Tab. 4 dargestellten Zustand auf. Das überplante Areal wird derzeit durch ein bis dato unbewirtschaftetes, lichtetes, eher randlich bestocktes, ca. 80 jähriges mittleres Eichenbaumholz (Biotoptyp WCE2) geprägt (siehe Titelblatt).

**Tab. 4:** Istzustand der Waldumwandlung zum Stichtag 01.07.2019.

Forstadresse	---	Fläche gesamt		2.575 m <sup>2</sup>	Nutzungsart	Holzboden
Fläche	2.575 m <sup>2</sup>	Höhenlage		--- m NHN	Stichtag	01.07.2019
Bestandesschicht	Baumart	Altersspanne	Mischungsanteil (%)	Leistungsklasse	Qualität	Bestockungsgrad
Hauptbestand	Stieleiche	50–110	75	5	gering	0,5
	Bergahorn	35–45	15	7	gering	0,5
	Kiefer	80	10	5	gering	0,5
Unterstand	Bergahorn	5–15	40	7	gering	0,2
	Spitzahorn	5–15	20	7	gering	0,2
	Aspe	1–10	20	8	gering	0,2
	Stieleiche	5–12	10	5	gering	0,2
	Traubenkirsche	3–10	10	4	schlecht	0,2
Sonstiges	Weitere Nebenbaumarten in allen Schichten: Eibe, Sandbirke, Weide, Robinie, Walnuss, Hasel					

Im Hinblick auf die Waldbewertung wird angenommen, dass sich der Eichenbestand im Laufe der nächsten zehn Jahr bis zum Erreichen der für die Baumart Eiche typischen HUZ von 90 Jahren (reguläre Umtriebszeit für Eiche: 180 Jahre) weiterhin nicht planvoll bewirtschaftet wird und sich sein Zustand nicht wesentlich verändert. Der Unterstand wird vermutlich weiter aufwachsen, und der Bestockungsgrad des Hauptbestandes wird in Folge von Zuwächsen geringfügig anwachsen (Tab. 5).

**Tab. 5:** Prognostizierter Waldzustand der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Forstadresse	---	Fläche gesamt		2.575 m <sup>2</sup>	Nutzungsart	Holzboden
Fläche	2.575 m <sup>2</sup>	Höhenlage		35 m NHN	Stichtag	01.07.2029
Bestandesschicht	Baumart	Altersspanne	Mischungsanteil (%)	Leistungsklasse	Qualität	Bestockungsgrad
Hauptbestand	Stieleiche	60–120	75	5	gering	0,6
	Bergahorn	45–55	15	7	gering	0,6
	Kiefer	90	10	5	gering	0,6
Unterstand	Bergahorn	15–25	40	7	gering	0,3
	Spitzahorn	1–25	20	7	gering	0,3
	Aspe	11–20	20	8	gering	0,3
	Stieleiche	15–22	10	5	gering	0,3
	Traubenkirsche	3–20	10	4	schlecht	0,3
Sonstiges	Weitere Nebenbaumarten in allen Schichten: Eibe, Sandbirke, Weide, Robinie, Walnuss, Hasel					

## 4.2 Übertragung der Bewertungsmaßstäbe auf die Waldumwandlungsfläche

Nachfolgend werden die allgemeingültigen Wertstufen des Kap. 3.2 auf die umzuwandelnde Waldfläche übertragen. Vor Ort sind nur zwei der drei Waldfunktionen zu berücksichtigen. Die Erholungsfunktion ist aufgrund der Einfriedung des Areals ausgesetzt.

### 4.2.1 Nutzfunktion

**Befahrbarkeit der Standorte:** Die WU ist abseits sehr nasser Phasen voll befahrbar (WS 3).

**Erschließung:** Der WU ist über eine befestigte Straße voll erschlossen (WS 4).

**Infrastruktur:** Die Bedingungen für die forstliche Produktion sind sehr gut. Die WU befindet sich zum Zeitpunkt der Umsetzung der Planung im Eigentum der Stadt Celle, die einen eigenen, leistungsstarken Forstbetrieb besitzt (WS 4).

**Gunst der Lage:** Die WU liegt in einem sehr kleinen Forstort abseits weiterer Waldflächen in der freien Landschaft (WS 1).

**Bonität:** Die WU weist zur HUZ eine geringe bis mittlere Bonität auf (WS 2).

**Leistungsstärke der Standorte:** Der Standort der WU ist von überdurchschnittlicher Güte (WS 3).

**Pflegezustand:** Der Pflegezustand der WU ist zur HUZ sehr gering (WS 1).

**Forstwirtschaftliche Bedeutung der Holzart und Holzqualität:** Die Baumart Eiche ist für die forstliche Produktion von überdurchschnittlicher Bedeutung (WS 3).

**Produktivität des Bestandes:** Die WU ist zur HUZ von unterdurchschnittlicher Produktivität (WS 1).

### 4.2.2 Schutzfunktion

**Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz:** Die WU weist in Ortsrandlage zur HUZ eine überdurchschnittliche Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz auf (WS 3).

**Naturnähe der Waldgesellschaft:** Die WU weist zur HUZ eine überdurchschnittliche Naturnähe auf (WS 3).

**Struktureichum:** Unbewirtschaftete, kleine Eichenwälder weisen zur HUZ eine überdurchschnittliche Strukturvielfalt auf (WS 3).



**Bedeutung für Biotopvernetzung:** Die am Ortsrand gelegene WU weist eine überdurchschnittliche Bedeutung für die Biotopvernetzung auf (WS 3).

**Totholzreichtum:** Mittelalte, unbewirtschaftete Eichenwälder weisen zur HUZ überdurchschnittlich Totholzanteile auf (WS 3).

**Alter und Ungestörtheit des Waldstandortes:** Der Standort der WU ist unter dem Einfluss früherer landwirtschaftlichen Nutzungen deutlich gestört (WS 2).

**Bedeutung für Lärm-, Klima- und Immissionsschutz:** Die WU hat aufgrund ihrer Lage am Rand der Bundesstraße B 3 eine herausragende Bedeutung für den Lärm-, Klima und Immissionsschutz (WS 4).

**Bedeutung für Boden- und Gewässerschutz:** Die WU hat aufgrund ihrer Lage eine durchschnittliche Bedeutung für den Boden- und Gewässerschutz (WS 2).

**Strukturreichtum des Waldrandes:** Kleine unbewirtschaftete, lichte Eichenwälder in der freien Landschaft weisen zur HUZ überdurchschnittlich entwickelte Waldränder auf (WS 3).

#### 4.2.3 Erholungsfunktion (ausgesetzt, nur nachrichtlich)

Die Erholungsfunktion ist vollständig ausgesetzt, da die Fläche vollständig gezäunt und für die Öffentlichkeit unzugänglich ist.

**Frequentierung / Bedeutung für die Erholungsfunktion:** Die regelmäßige Nutzung der WU zur HUZ als Erholungsraum ist aufgrund der Zäunung ausgeschlossen (WS 1).

**Vorranggebiet für Erholung:** Die WU liegt in keinem Naherholungsgebiet (WS 1).

**Bedeutung für das Landschaftsbild:** Die WU hat am Ortsrand von Westercelle im unmittelbaren Kontakt zur Bundesstraße B 3 zur HUZ eine herausragende Bedeutung für das Landschaftsbild (WS 4).

**Gestalterischer Wert des Bestandes:** Der gestalterische Wert der WU zur HUZ ist überdurchschnittlich (WS 3).

**Touristische Erschließung:** Die WU ist zur HUZ für die Öffentlichkeit nicht zugänglich (WS 1).

**Parkwald:** Die WU kann zur HUZ nicht als Parkwald eingestuft werden (WS 1).

#### 4.2.4 Zusammenfassende Bewertung der Waldumwandlungsflächen

Die Tab. 6 bis Tab. 9 stellen die Bewertungsergebnisse für die einzelnen Waldfunktionen und die Gesamtbewertung nach Waldrecht dar. Zuschläge wegen herausragender Waldfunktionen im Sinne des Erlasses werden nicht vergeben.

**Tab. 6:** Bewertung der Nutzfunktion der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Nutzfunktion											
Teilfläche	Beanspruchte Fläche (m <sup>2</sup> )	Befahrbarkeit	Erschließung	Infrastruktur	Gunst der Lage	Bonität	Güte Standort	Pflegezustand	Holzart, Holzqualität	Produktivität	Bewertung Teilkriterium $\Sigma(S2:S11)$ 9
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamt	2.575	3	4	4	1	2	3	1	3	1	2,44
Gesamt	2.575										2,44



**Tab. 7:** Bewertung der Schutzfunktion der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Schutzfunktion											
Teilfläche	Beanspruchte Fläche (m <sup>2</sup> )	Arten- und Biotop-schutz	Natur-nähe	Struktur-reich-tum / Selten-heit	Biotop-verbund	Totholz	Alter, Unge-störtheit Wald-standort	Lärm-, Klima-, Immis-sions-schutz	Boden-, Gewäs-serschutz	Struktur-reichtum Waldrand	Bewertung Teilkriterium $\Sigma(S2:S11)$ 9
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamt	2.575	3	3	3	3	3	2	4	2	3	2,89
Gesamt	2.575										2,89

**Tab. 8:** Bewertung der Erholungsfunktion der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Erholungsfunktion								
Teilfläche	Beanspruchte Fläche (m <sup>2</sup> )	Frequentierung/ Bedeutung für die Erholung	Vorrang-gebiet für Erholung	Bedeutung für das Landschafts-bild	Gestalteri-scher Wert	Touristische Erschließung	Parkwald	Bewertung Teilkriterium $\Sigma(S2:S8)$ 6
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gesamt	2.575	1	1	4	3	1	1	1,83
Gesamt	2.575	nur nachrichtlich, Funktion aussetzend						1,83

**Tab. 9:** Gesamtbewertung der Waldumwandlung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Kompensationsfaktoren:	Wertfaktor	< 2	entspricht Kompensationsfaktor	1,0
		2,00–2,19		1,1
		2,20–2,39		1,3
		2,40–2,59		1,5
		2,60–2,79		1,7
		2,80–2,99		1,9
		3,00–3,19		2,1
		3,20–3,39		2,3
		3,40–3,59		2,5
		3,60–3,79		2,7
		3,80–3,99		2,9
		> 4,0		3,0

Gesamtbewertung							
Teilfläche	Beanspruchte Fläche (m²)	Nutzfunktion	Schutzfunktion	Erholungs-funktion	Summe Σ(S3:S4) 3	Kompensations-faktor	Kompensations-äquivalent (m²) (S2 * S7)
		Dezimal	Dezimal	Dezimal	Dezimal		
		Gerundet	Gerundet	Gerundet	Klasse		
1	2	3	4	5	6	7	8
Gesamt	2.575	2,44	2,89	1,83	2,67		
		2,4	2,9	1,8	2,7		
Zuschlag Funktion		---	---	---	---		
Gesamtwert					2,7	1,7	4.378

Gemäß der Tab. 9 sind zum Ausgleich der WU auf einer Fläche von mindestens 2.575 m<sup>2</sup> mit einem Kompensationsäquivalent von 4.378 m<sup>2</sup> EA / WNB zu leisten.

### 4.3 Kompensation der Waldumwandlung

#### 4.3.1 Grundlagen

Für den vollwertigen Ausgleich der WU ist ein Kompensationsäquivalent von 4.378 m<sup>2</sup> zu leisten. Weist die EA / WNB einen geringeren Wert als die WU auf, so ist die EA auf bis zu 150 % der WU zu erweitern.

#### 4.3.2 Lage der Ersatzaufforstung und Waldentwicklungstyp (WET)

Die zur EA vorgesehene Fläche liegt im Landkreis Celle, in der Stadt Celle, in der in der Gemarkung Westercelle, in Flur 5, auf Flurstück 193/4, südlich des „Hörstenwegs“ in unmittelbarer Nähe zur WU und weist eine Gesamtfläche von ca. 20.000 m<sup>2</sup> auf (Abb. 3).

Das Flurstück wurde bereits ungefähr im Jahr 2014 zum Zwecke der waldrechtlichen Kompensation nach NWaldLG mit dem Waldentwicklungstyp Traubeneiche-Buche-Hainbuche (WET 10) aufgeforstet.

Die Tab. 10 beschreibt den aktuellen Zustand der EA. Die Tab. 11 prognostiziert den Waldzustand eines Eichen-Hainbuchenwaldes zur Hälfte seiner durchschnittlichen forstlichen Umtriebszeit (180 Jahre) im Alter von 90 Jahren im Biotoptyp WQL 2. Im Jahr 2104 wird vor Ort vermutlich ein gut gepflegter, geschlossener Eichen-Reinbestand mit einigen Kiefern als Nebenbaumart wachsen.



**Abb. 3:** Lage der Ersatzaufforstung (LGLN 2019).

**Tab. 10:** Istzustand der Ersatzaufforstung zum Stichtag 01.07.2019.

Forstadresse	---	Fläche gesamt		20.000 m <sup>2</sup>	Nutzungsart	Holzboden
Fläche	2.575 m <sup>2</sup>	Höhenlage		40 m NHN	Stichtag	01.07.2019
Bestandesschicht	Baumart	Altersspanne	Mischungsanteil	Leistungsklasse	Qualität	Bestockungsgrad
Hauptbestand	Eiche	7	90	7	gut	0,8
	Aspe	3-5	5	8	mäßig	0,8
	Kiefer	3-5	5	8	mäßig	0,8

**Tab. 11:** Prognostizierter Waldzustand der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Forstadresse	---	Fläche gesamt		20.000 m <sup>2</sup>	Nutzungsart	Holzboden
Fläche	2.575 m <sup>2</sup>	Höhenlage		40 m NHN	Stichtag	01.07.2104
Bestandesschicht	Baumart	Alter	Mischungs- anteil	Leistungsklasse	Qualität	Bestockungsgrad
Hauptbestand	Eiche	90	95	6	gut	0,9
	Kiefer	90	5	7	gut	0,9

### 4.3.3 Übertragung der Bewertungsmaßstäbe auf die Ersatzaufforstung

#### 4.3.3.1 Nutzfunktion

**Befahrbarkeit des Standorts:** Die EA ist nach ihrem Relief und Standort ganzjährig befahrbar (WS 4).

**Erschließung:** Die EA liegt unmittelbar an einem LKW-fähigen landwirtschaftlichen Weg und in unmittelbarer Nähe zu einer öffentlichen Straße (WS 4).

**Infrastruktur:** Die Bedingungen für die forstliche Produktion sind sehr gut. Die EA befindet sich im Eigentum eines leistungsstarken Forstbetriebes, der eine nachhaltige Forstwirtschaft in sehr hoher Qualität sicherstellt (WS 4).

**Gunst der Lage:** Die EA liegt am Rand eines größeren, jedoch nicht im gleichen Eigentum befindlichen Waldgebiets und ist uneingeschränkt bewirtschaftbar (WS 3).

**Bonität:** Die Hauptbaumart Eiche ist zur HUZ wüchsig und von überdurchschnittlicher Qualität (Bauholz) (WS 3).

**Leistungsstärke des Standorts:** Der Standort der EA ist mäßig nährstoff- und wasserversorgt (WS 3).

**Pflegezustand:** Der Pflegezustand der EA ist zur HUZ gut (WS 3).

**Forstwirtschaftliche Bedeutung der Holzart und Holzqualität:** Die Hauptbaumart Eiche ist eine forstliche Hauptbaumart und bei der vor Ort zu erwartenden Qualität als besseres Massensortiment (Bauholz) von gehobener wirtschaftlicher Bedeutung bei guter Wertschöpfung (WS 3).

**Produktivität des Bestandes:** Die EA ist zur HUZ mit mäßig produktiver Eiche als Hauptbaumart in geplanter Dichte bestockt (WS 3).

#### 4.3.3.2 Schutzfunktion

**Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz:** Die EA weist als typischer, mittelalter Eichenwald zur HUZ eine überdurchschnittliche Bedeutung für den Artenschutz auf (WS 3).

**Naturnähe der Waldgesellschaft:** In dem forstlichen Wuchsbezirk, der natürlicherweise überwiegend von bodensaurigen bis mesophilen Buchenwäldern geprägt wäre, in denen die Eiche jedoch als natürliche Misch- und Nebenbaumart vorkommen würde, weist der Eichenwald zur HUZ eine überdurchschnittliche Naturnähe auf (WS 3).

**Struktureichtum:** Mittelalte Eichenwälder weisen aufgrund ihrer Einschichtigkeit zur HUZ eine durchschnittliche Strukturvielfalt auf (WS 2).

**Bedeutung für Biotopvernetzung:** Am Rande eines größeren Waldgebietes gelegen, hat die EA nur eine unterdurchschnittliche Bedeutung für den Biotopverbund (WS 1).

**Totholzreichtum:** Regulär bewirtschaftete Eichenwälder sind zur HUZ allgemein eher arm an Totholz (WS 2).

**Alter und Ungestörtheit des Waldstandortes:** Im Vergleich zu natürlichen Waldböden (alte Waldstandorte) ist der Standort der EA durch seine frühere Nutzung als Ackerfläche deutlich gestört (WS 2).

**Bedeutung für Lärm-, Klima- und Immissionsschutz:** Die in Kontakt zur Bundesstraße B 3 liegende EA hat eine herausragende Bedeutung für den Lärm-, Klima- und Immissionsschutz (WS 4).

**Bedeutung für Boden- und Gewässerschutz:** Die EA liegt in keinem Wasserschutzgebiet oder auf grundwassernahen Standorten und ist für den Boden- und Gewässerschutz von durchschnittlicher Bedeutung (WS 2).

**Strukturreichtum des Waldrandes:** Zur HUZ weist die EA aufgrund ihrer Lage und der Art der Bepflanzung einen überdurchschnittlich strukturierten Waldrand auf (WS 3).

#### 4.3.3.4 Erholungsfunktion

**Frequentierung / Bedeutung für die Erholungsfunktion:** Die EA weist aufgrund ihrer Lage an der Bundesstraße B 3 abseits von Wohngebieten eine durchschnittliche Bedeutung für die Erholung auf (WS 2).

**Vorranggebiet für Erholung:** Die EA liegt in keinem für die Erholung bedeutenden Areal, jedoch soweit in Ortsnähe, dass sie zur HUZ von durchschnittlicher Bedeutung für die Erholung ist (WS 2).

**Bedeutung für das Landschaftsbild:** Die im Kontakt zur Bundesstraße B 3 liegende EA hat zur HUZ eine herausragende Bedeutung für das Landschaftsbild (WS 4).

**Gestalterischer Wert des Bestandes:** Einschichtige Eichenwälder weisen zur HUZ allgemein einen durchschnittlichen gestalterischen Wert auf (WS 2).

**Touristische Erschließung:** Der unmittelbar an die EA angrenzende landwirtschaftliche Weg erschließt die EA zur HUZ in hervorragender Weise (WS 4).

**Parkwald:** Die EA kann zur HUZ nicht als Parkwald eingestuft werden (WS 1).

#### 4.3.3.5 Gesamtbewertung der Ersatzaufforstung

Die Tab. 12 bis Tab. 15 fassen die Bewertungsergebnisse für die einzelnen Waldfunktionen und die Gesamtbewertung zusammen.

Nach Lage und Funktion der Ersatzaufforstung sind keine Zuschläge auf einzelne Waldfunktionen zu berücksichtigen. Da im Planungsgebiet im Gegensatz zur EA keine Waldfunktionen ausgesetzt sind, fließen die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion gleichrangig in die Bewertung ein.

**Tab. 12:** Bewertung der Nutzfunktion der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Nutzfunktion											
Teilfläche	Beanspruchte Fläche (m <sup>2</sup> )	Befahrbarkeit	Erschließung	Infrastruktur	Gunst der Lage	Bonität	Güte Standort	Pflegezustand	Holzart, Holzqualität	Produktivität	Bewertung Teilkriterium $\Sigma(S2:S11)$ 9
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamt	2.575	4	4	4	3	3	3	3	3	3	3,33
Gesamt	2.575										3,33

**Tab. 13:** Bewertung der Schutzfunktion der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Schutzfunktion											
Teilfläche	Beanspruchte Fläche (m <sup>2</sup> )	Arten- und Biotop-schutz	Natur-nähe	Struktur-reich-tum/ Selten-heit	Biotop-verbund	Totholz	Alter, Unge-störtheit Wald-standort	Lärm-, Klima-, Immis-sions-schutz	Boden-, Gewäs-serschutz	Struktur-reichtum Waldrand	Bewertung Teilkriterium $\Sigma(S2:S11)$ 9
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamt	2.575	3	3	2	1	2	2	4	3	2	2,44
Gesamt	2.575										2,44

**Tab. 14:** Bewertung der Erholungsfunktion der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Erholungsfunktion								
Teilfläche	Beanspruchte Fläche (m <sup>2</sup> )	Frequentierung/ Bedeutung für die Erholung	Vorrang-gebiet für Erholung	Bedeutung für das Landschafts-bild	Gestalteri-scher Wert	Touristische Erschließung	Parkwald	Bewertung Teilkriterium $\Sigma(S2:S8)$ 6
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gesamt	2.575	2	2	4	2	4	1	2,50
Gesamt	2.575							2,50

**Tab. 15:** Gesamtbewertung der Ersatzaufforstung zur Hälfte ihrer Umtriebszeit.

Kompensationsfaktoren:	Wertfaktor	< 2	entspricht Kompensationsfaktor	1,0
		2,00–2,19		1,1
		2,20–2,39		1,3
		2,40–2,59		1,5
		2,60–2,79		1,7
		2,80–2,99		1,9
		3,00–3,19		2,1
		3,20–3,39		2,3
		3,40–3,59		2,5
		3,60–3,79		2,7
		3,80–3,99		2,9
		> 4,0		3,0

Gesamtbewertung							
Teilfläche	Beanspruchte Fläche (m²)	Nutzfunktion	Schutzfunktion	Erholungs-funktion	Summe $\Sigma(S3-S5)$ 3	Kompensations-faktor	Kompensations-äquivalent (m²) (S2 * S7)
		Dezimal	Dezimal	Dezimal	Dezimal		
		Gerundet	Gerundet	Gerundet	Klasse		
1	2	3	4	5	6	7	8
Gesamt	2.575	3,33	2,44	2,50	2,76		
		3,3	2,4	2,5	2,8		
Zuschlag Funktion		---	---	---	---		
Gesamtwert					2,8	1,9	4.893

Der Wert der EA von 2,8 (Tab. 15, Sp. 6) liegt über dem Wert der WU von 2,7 (Tab. 9, Sp. 6). Das Kompensationsäquivalent der EA liegt mit 4.893 m<sup>2</sup> (Tab. 15, Sp. 8) 515 m<sup>2</sup> (rund 11 %) über dem der WU (Kompensationsäquivalent 4.378 m<sup>2</sup>, Tab. 9, Sp. 8).

Zusammenfassend ist festzustellen: Die flächengleiche Ersatzaufforstung von 2.575 m<sup>2</sup> Eichenwald am Wuchsort nach Abb. 3 genügt den Kompensationspflichten nach dem NWaldLG und dem Erlass. Weitere waldrechtliche Maßnahmen sind nicht zu planen.

## **5. Planung (Maßnahmenblatt)**

Die Ersatzaufforstung ist bereits realisiert; eine Planung ist nicht zu erstellen.

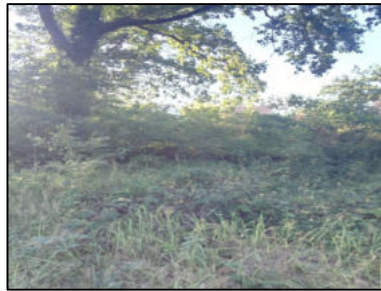
### **Anhang: Literaturverzeichnis**

Gauer, J. & Aldinger, E. (2005): Waldökologische Naturräume Deutschlands. – Mitteilungen des Vereins für Forstliche Standortskunde und Forstpflanzenzüchtung.

Landwirtschaftskammer Niedersachsen (2012): Richtlinien für die Betriebsregelung und Waldzustandserfassung (Waldinventur) im Privatwald im Bereich der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. – Stand Mai 2012.

# Studie „Waldameise“

## als Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“

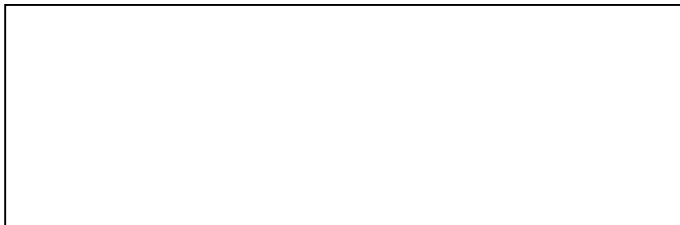


Stand 10.08.2020

im Auftrag Dr.-Ing. W. Schwerdt, Büro für Stadtplanung, Braunschweig

Leitung und Bearbeitung: **ALNUS GbR**

Weitere Mitarbeit



**ALNUS** GbR

Lärchenweg 15a

**38667 Bad Harzburg**

☎ 05322/ 950668  
Fax 05322/ 950669

info@alnus.de  
www.alnus.de

Arbeitsgemeinschaft für Landschaftsplanung, Naturschutz und Umweltstudien





## Inhaltsverzeichnis

1.	Grundlagen .....	1
1.1	Anlass .....	1
1.2	Auftrag.....	1
1.3	Bearbeitung.....	1
2.	Ergebnisse .....	1
2.1	Ameisen im Plangebiet .....	1
2.2	Artenschutzrechtliche Einordnung des Vorkommens .....	2
2.3	Gutachterliche Empfehlung.....	2

## 1. Grundlagen

### 1.1 Anlass

Die Stadt Celle plant den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Westercelle. Um Baurecht zu erlangen, sollen der Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren aufgestellt und der im Verfahren befindliche Bebauungsplan Nr. 23 Wce der Stadt Celle „Ohlhorstberg“ aufgehoben werden.

Im Rahmen der öffentlichen Beteiligung nach § 3 BauGB haben fachkundige Bürger und Umweltverbände u.a. Bedenken geäußert, im Rahmen der Bauleitplanung, insbesondere in der Studie zur artenschutzrechtlichen Prüfung, sei der Schutz von Ameisen nicht sachgerecht berücksichtigt worden.

### 1.2 Auftrag

Das Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt, Braunschweig, hat die ALNUS GbR im Juli 2020 beauftragt, als weiteren Fachbeitrag zur Bauleitplanung die hier vorgelegte Studie „Waldameise“ vorzulegen.

### 1.3 Bearbeitung

Die Erstellung dieses Fachbeitrags „Waldameise“ erfolgte unter Beteiligung folgender Bearbeiter:

- ALNUS GbR, Bad Harzburg: Außenaufnahmen, Fachbeitrag

## 2. Ergebnisse

### 2.1 Ameisen im Plangebiet

Im Ergebnis einer Außenkontrolle Ende Juli 2020 sind die Hinweise der Stellungnahmegeber, dass Waldameisen im Plangebiet stark verbreitet seien, zu bestätigen. Wie von den Stellungnahmegebern angemerkt, finden sich im Plangebiet mindestens acht Ameisenhögel, drei klar definierte Hauptnester, hiervon eines in einem Brennholzstapel (Abb. 1) und mehrere kleinere Nebennester.

Es handelt bei der Art um eine Waldameise der Gattung „*Formica*“, sehr wahrscheinlich um die in Niedersachsen und Deutschland weit verbreitete Art Kahlrückige Waldameise (*Formica polyctena*). Eine wissenschaftliche Bestimmung der Art ist wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwands nicht erfolgt, da die rechtlichen Konsequenzen für alle Arten der Gattung identisch sind.



Abb. 1: Markante Ameisenhaufen im Plangebiet

## 2.2 Artenschutzrechtliche Einordnung des Vorkommens

Wie die Stellungnahmegeber ausführen, sind Waldameisen nach der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchVO) besonders, nicht jedoch streng geschützt und unterliegen somit grundsätzlich dem § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG). Anders als von den Stellungnahmegebern angenommen, ist dieser Umstand im Hinblick auf die Bauleitplanung jedoch nicht relevant und die Waldameise wird in der Studie zur artenschutzrechtlichen Prüfung nicht berücksichtigt.

Gemäß § 44 Abs. 5 Satz 1 und Satz 5 stellen Handlungen zur Durchführung eines durch einen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffs keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG dar. Dies gilt, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL), europäische Vogelarten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie (EU-VSR) oder Arten, welche in einer (noch nicht erlassenen) Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, von den Eingriffen betroffen sind. Arten von Waldameisen sind nicht im Anhang IV der FFH-RL gelistet.

Zudem stellt § 13a Abs. 2, Nr. 4 die Bauleitplanung von einem Ausgleich von Eingriffen frei, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-RL, der EU-VSR bzw. nach § 54 BNatSchG von der Bauleitplanung berührt sind.

## 2.3 Gutachterliche Empfehlung

Losgelöst von der artenschutzrechtlichen Rechtslage wird empfohlen, im Rahmen des körperschaftlichen oder behördlichen Ermessens in den Bebauungsplan eine Festsetzung oder in eine später zu erteilende Baugenehmigung eine Nebenbestimmung aufzunehmen, die einen Vorhabensträger im Sinne einer nachhaltigen Umweltvorsorge verpflichtet, vor Rodung des Waldes die Ameisen mit ihren Bauten unter Beteiligung Fachkundiger sachgerecht umzusiedeln.

Studie „Spätblühende Breitblättrige Stendelwurz  
(*Epipactis helleborine* ssp. *moratoria*)“  
als Fachbeitrag zum  
Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle  
„Feuerwehrgerätehaus Westercelle“

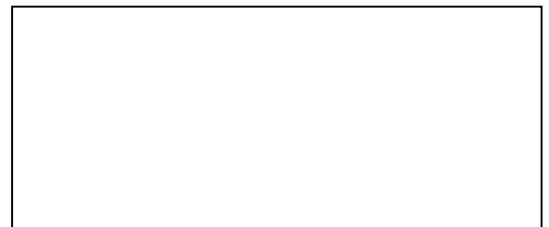
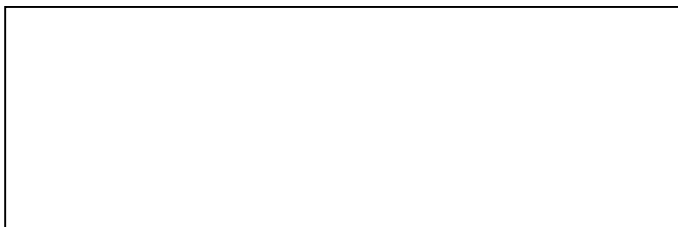


Stand 09.09.2020

im Auftrag Dr.-Ing. W. Schwerdt, Büro für Stadtplanung, Braunschweig

Leitung und Bearbeitung: **ALNUS GbR**

Weitere Mitarbeit



**ALNUS GbR**

Lärchenweg 15a

**38667 Bad Harzburg**

Arbeitsgemeinschaft für Landschaftsplanung, Naturschutz und Umweltstudien

☎ 05322/ 950668  
Fax 05322/ 950669

info@alnus.de  
www.alnus.de



## Inhaltsverzeichnis

1.	Grundlagen .....	1
1.1	Anlass .....	1
1.2	Auftrag.....	1
2.	Ergebnisse .....	1
2.1	Spätblühende Breitblättrige Stendelwurz ( <i>Epipactis helleborine</i> ssp. <i>moratoria</i> ).....	1
2.2	Artenschutzrechtliche Einordnung des Vorkommens .....	1
2.3	Gutachterliche Empfehlung.....	2

## 1. Grundlagen

### 1.1 Anlass

Die Stadt Celle plant den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Westercelle. Um Baurecht zu erlangen, sollen der Bebauungsplan Nr. 39 Wce der Stadt Celle „Feuerwehrgerätehaus Westercelle“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren aufgestellt und der im Verfahren befindliche Bebauungsplan Nr. 23 Wce der Stadt Celle „Ohlhorstberg“ aufgehoben werden.

Im Rahmen der öffentlichen Beteiligung nach § 3 BauGB haben fachkundige Bürger und Umweltverbände u.a. Bedenken geäußert, im Rahmen der Bauleitplanung sei der Schutz der Orchideenart „Spätblühende Breitblättrige Stendelwurz (*Epipactis helleborine* ssp. *moratoria*)“ nicht sachgerecht berücksichtigt worden.

### 1.2 Auftrag

Das Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt, Braunschweig, hat die ALNUS GbR im September 2020 beauftragt, eine kurze fachliche Einschätzung des Sachverhalts vorzunehmen.

## 2. Ergebnisse

### 2.1 Spätblühende Breitblättrige Stendelwurz (*Epipactis helleborine* ssp. *moratoria*)

Zur Unterart „*moratoria*“ der „Breitblättrigen Stendelwurz“ ist wenig bekannt. Lt. ROTHMALER (2016)<sup>1</sup> ist das exakte Verbreitungsgebiet nicht bekannt, Vorkommen sind bisher vor allem in Süddeutschland nachgewiesen. Weder GARVE (2007)<sup>2</sup> noch GARVE (2004)<sup>3</sup> listen die Subspezies für Niedersachsen.

### 2.2 Artenschutzrechtliche Einordnung des Vorkommens

Die Art „Breitblättrige Stendelwurz (*Epipactis helleborine*)“ wird nicht auf der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (GARVE 2004) geführt.

Die „Breitblättrige Stendelwurz“ unterliegt der EG-Artenschutzverordnung (EG) Nr. 338/97 und ist somit (wie alle heimischen Orchideen-Arten) grundsätzlich nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders geschützt.

<sup>1</sup> ROTHMALER (2016): Exkursionsflora von Deutschland. Gefäßpflanzen. Grundband. Springer-Verlag.

<sup>2</sup> GARVE, E. (2007): Verbreitungsatlas der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen, Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen. 43. Hannover.

<sup>3</sup> GARVE, E. (2004): Rote Liste und Florenliste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen. 5. Fassung, Stand 1,3,2004.. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 1/2004. Hildesheim.

§ 44 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG verbietet, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Gemäß § 44 Abs. 5 Satz 1 und Satz 5 stellen jedoch Handlungen zur Durchführung eines durch einen Bebauungsplan ermöglichten Eingriffs keine Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG dar. Dies gilt, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL), europäische Vogelarten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie (EU-VSR) oder Arten, welche in einer (noch nicht erlassenen) Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, von den Eingriffen betroffen sind. Die „Breitblättrige Stendelwurz“ ist nicht im Anhang IV der FFH-RL gelistet.

Zudem stellt § 13a Abs. 2 Nr. 4 die Bauleitplanung von einem Ausgleich von Eingriffen frei, sofern nicht Arten des Anhangs IV der FFH-RL, der EU-VSR bzw. nach § 54 BNatSchG von der Bauleitplanung berührt sind.

### **2.3      Gutachterliche Empfehlung**

Losgelöst von der artenschutzrechtlichen Rechtslage wird empfohlen, im Rahmen des körperschaftlichen oder behördlichen Ermessens in den Bebauungsplan eine Festsetzung oder in eine später zu erteilende Baugenehmigung eine Nebenbestimmung aufzunehmen, die unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit (z.B. hinsichtlich des Baubeginns) einen Vorhabensträger im Sinne einer nachhaltigen Umweltvorsorge verpflichtet, vor Rodung des Waldes auffindbare Pflanzen der Art unter Beteiligung Fachkundiger sachgerecht umzusiedeln.

Ein Verpflanzen der Art um wenige hundert Meter in angrenzende Wälder ist möglich, sofern ein hinreichend großer Wurzelballen ausgestochen wird.